



24 | 2013

66. Jg., 51.–52. KW, 23. Dezember 2013

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Felix Müsgens und Andreas Seeliger, Kirsten Westphal, Stefan Ladage, Harald Andruleit und Michael Kosinowski

- Fracking in Deutschland und Europa: Hype oder Chance?

Kommentare

Markus Demary

- Wie sollte die Europäische Bankenaufsicht mit unterkapitalisierten Banken verfahren?

Horst Zimmermann

- Wie wehrte Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise ab? Erfordernis übergreifender Erklärungsansätze

Niklas Potrafke

- Paradigmenwechsel in der Politik

Daten und Prognosen

Steffen Henzel, Wolfgang Nierhaus, Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Kai Carstensen, Christian Grimme, Oliver Hülsewig, Atanas Hristov, Nikolay Hristov, Michael Kleemann, Wolfgang Meister, Johanna Plenk, Elisabeth Wieland, Anna Wolf, Timo Wollmershäuser und Peter Zorn

- ifo Konjunkturprognose 2013/2014: Deutsche Konjunkturlokomotive kommt unter Dampf

Im Blickpunkt

Oliver Falck, Andreas Knabe, Andreas Mazat und Simon Wiederhold

- Mindestlohn in Deutschland: Wie viele sind betroffen?

Florian Wild, Julian Dieler und Jana Lippelt

- Kurz zum Klima: Der Weg des Benzins und das Raffineriesterben

Erich Gluch

- ifo Architektenumfrage: Hohe Auftragsbestände, Geschäftsklima aber sichtlich eingetrübt

ifo Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Dr. Christa Hainz, Annette Marquardt, Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Fracking in Deutschland und Europa – Hype oder Chance?

3

Welche Chancen und Risiken ergeben sich aus der Schiefergasförderung in Europa und speziell in Deutschland? Nach Ansicht von *Felix Müsgens*, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg, und *Andreas Seeliger*, Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach, sollte die skeptische Haltung gegenüber einer einheimischen Shale-Gas-Förderung überprüft und die Wiederbelebung der deutschen Gasförderindustrie in Betracht gezogen werden. *Kirsten Westphal*, Stiftung Politik und Wissenschaft, Berlin, analysiert die Folgen des US-Schiefergasbooms. Die USA können nicht nur rein rechnerisch energieunabhängig werden, der Schiefergasboom fördert auch die geopolitische Entwicklung der Vereinigten Staaten in Richtung Asien. *Stefan Ladage*, *Harald Andruleit* und *Michael Kosinowski*, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Hannover, betrachten die Schiefergasvorkommen in Deutschland. Inwieweit Schiefergas gefördert werden kann und in welchem Umfang sei zurzeit noch nicht absehbar.

Kommentar

Wie sollte die Europäische Bankenaufsicht mit unterkapitalisierten Banken verfahren?

11

Markus Demary

Markus Demary, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, plädiert für eine zweigeteilte Einführung der Bankenunion, für ausreichend kapitalisierte und für unterkapitalisierte Banken. Letztere sollten der EZB Restrukturierungspläne vorlegen, die diese genehmigen muss. Eine Abwicklung sollte bei Nichterfüllung unter Hinzunahme des nationalen Abwicklungsfonds stattfinden.

Wie wehrte Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise ab? Oder: Das Erfordernis übergreifender Erklärungsansätze

15

Horst Zimmermann

Warum wurde die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2010 in Deutschland so schnell überwunden? Sicher ist, dass die wirtschaftliche Ausgangslage in Deutschland besser war als in anderen Ländern. Ausreichend analysiert ist auch die Wirksamkeit einzelner Instrumente, wie etwa der Infrastrukturmaßnahmen. Offen ist aber, nach Ansicht von *Horst Zimmermann*, Prof. em. Universität Marburg, welchen Beitrag das Zusammenwirken der zahlreichen Instrumente geleistet hat.

Paradigmenwechsel in der Politik

19

Niklas Potrafke

Nach Ansicht von *Niklas Potrafke* wird durch die große Koalition die Staatstätigkeit kräftig ausweitete. Dieser sich abzeichnende Politikwechsel sei aber problematisch, da sich die Mehrheit der deutschen Wähler keinen größeren Einfluss des Staates gewünscht hätten.

Daten und Prognosen

ifo Konjunkturprognose 2013/2014: Deutsche Konjunkturlokomotive kommt unter Dampf

20

Steffen Henzel, Wolfgang Nierhaus, Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Kai Carstensen, Christian Grimme, Oliver Hülsewig, Atanas Hristov, Nikolay Hristov, Michael Kleemann, Wolfgang Meister, Johanna Plenk, Elisabeth Wieland, Anna Wolf, Timo Wollmershäuser und Peter Zorn

Am 17. Dezember 2013 stellte das ifo Institut im Rahmen seines vorweihnachtlichen Pressegesprächs seine Prognose für die Jahre 2013 und 2014 vor. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland wird sich im kommenden Jahr beschleunigen. Darauf deutet das ifo Geschäftsklima hin, das in den vergangenen Monaten eine deutliche Aufwärtstendenz gezeigt hat. Auch bessert sich das weltwirtschaftliche Umfeld. Die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind ebenfalls günstig. Die Unsicherheit bei den Unternehmen ist gesunken, und für die Anleger bleibt sie bei einer Auslandsanlage hinreichend hoch, um das Interesse an einer vergleichsweise sicheren Investition in Deutschland aufrechtzuerhalten. Die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sind gut. Vor diesem Hintergrund wird die konjunkturelle Expansion voraussichtlich von der Binnenwirtschaft getragen. Im Jahresdurchschnitt 2014 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt, bei einem Unsicherheitsintervall (2/3 Wahrscheinlichkeit) von 0,8% bis 3,0%, daher um 1,9% zunehmen.

Im Blickpunkt

Mindestlohn in Deutschland: Wie viele sind betroffen?

68

Oliver Falck, Andreas Knabe, Andreas Mazat und Simon Wiederhold

Der Beitrag nutzt zwei verschiedene Datensätze zur Struktur der Arbeitsverdienste in Deutschland – das Sozio-oekonomische Panel und die Verdienststrukturerhebung – um den Anteil der Beschäftigten zu ermitteln, die von dem im Koalitionsvertrag beschlossenen Mindestlohn betroffen wären. Es ist zu erwarten, dass die flächendeckende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns gerade die Arbeitskosten in kleinen Betrieben erhöhen würde.

Kurz zum Klima: Der Weg des Benzins und das Raffineriesterben

74

Florian Wild, Julian Dieler und Jana Lippelt

Diese Ausgabe des »Kurz zum Klima« geht der Frage auf den Grund, wie das Rohöl aus der Quelle in den Tank der Autofahrer in Deutschland kommt. Im Zuge der Analyse der Handelsströme von Mineralölprodukten ergeben sich einige Gründe für die Probleme deutscher und europäischer Raffinerien.

ifo Architektenumfrage: Weiterhin hohe Auftragsbestände – aber sichtliche Eintrübung des Geschäftsklimas

77

Erich Gluch

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten hat sich das Geschäftsklima zu Beginn des vierten Quartals 2013 deutlich eingetrübt. Sowohl die Urteile zur aktuellen Geschäftslage als auch die Angaben zu den Geschäftsaussichten fielen zurückhaltender aus.

Das ifo Institut möchte ein Forum für den Informations- und Meinungsaustausch zwischen Wissenschaftlern und Praktikern zu aktuellen Fragen der Energiepolitik schaffen und wird dazu einige Workshops in Kooperation mit der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf durchführen. Der 1. Workshop in dieser Reihe fand am 15. Oktober 2013 statt und befasste sich mit dem Thema »Fracking in Deutschland und Europa – Hype oder Chance«.

Vor zwei Jahren proklamierte die Bundesregierung die Energiewende. Der Beitrag der erneuerbaren Energien zur Energieversorgung in Deutschland steigt, doch die Kosten der Energiewende drohen aus dem Ruder zu laufen, und der dringend benötigte Ausbau der Infrastruktur stockt. Die Forderungen nach einem allumfassenden Masterplan zur Energiewende werden entsprechend lauter. Möglichst bald müssen die Weichen für die Entwicklung eines zukunftsfähigen Regulierungsrahmens gestellt werden. Der 1. Energiepolitische Workshop befasste sich mit den Chancen und Risiken der Schiefergasförderung in Europa und speziell in Deutschland. Mit Blick auf die fallenden Erdgaspreise und die sinkende Abhängigkeit der USA von Energieimporten stellt sich die Frage, ob die Erschließung der Schiefergasvorkommen auch in Deutschland ein möglicher Baustein im Transformationsprozess der Energieversorgung sein kann. Unter der Moderation von Klaus Stratmann, Handelsblatt, referierten Prof. Dr. Andreas Seeliger, Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach, Dr. Kirsten Westphal, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, und Dr. Michael Kosinowski, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover.

Der Shale-Gas-Boom in den USA und die ökonomischen Auswirkungen auf Deutschland¹

Die amerikanische Shale-Gas-Revolution

Das nicht-konventionelle Shale Gas (Schiefergas) hat in den USA mittlerweile eine große energiewirtschaftliche und auch volkswirtschaftliche Bedeutung. So stieg der Anteil des Shale Gas an der gesamten US-amerikanischen Gasförderung auf aktuell über 30% – mit weiter steigender Tendenz (vgl. EIA 2013). Zwar spielen andere nicht-konventionelle Erdgase wie Tight Gas und Kohleflözgas seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle (aktuell ebenfalls ca. 30% der Förderung), deren Entwicklung verlief aber über Jahrzehnte hinweg kontinuierlich. Shale Gas hingegen war bis 2007 noch relativ unbedeutend, so dass dieser enorme Produkti-

onszuwachs zu Recht als »Shale-Gas-Revolution« bezeichnet wird.

Dadurch sind die amerikanischen Gasimporte gesunken, so dass die Shale-Gas-Förderung einen anderen prognostizierten Boom jäh beendet hat: die »LNG-Revolution«.² Noch 2007 wurden für das Jahr 2010 LNG-Importe in Höhe von 60 Mrd. m³ prognostiziert. Die tatsächliche Entwicklung blieb aufgrund der starken Shale-Gas-Expansion jedoch deutlich darunter (ca. 15 Mrd. m³). Damalige Prognosen für 2030 (125 Mrd. m³) erscheinen angesichts dieser Entwicklung unwahrscheinlich, neuere Publikationen gehen nur noch von unter 30 Mrd. m³ aus.³

Auswirkungen auf die Energiepreise in den USA

Die starke Zunahme der einheimischen Förderung hat zu einem starken Preisverfall am Großhandelsmarkt für Erdgas geführt. Neben der Ausweitung des Angebots und dem



Felix Müsgens*



Andreas Seeliger**

* Prof. Dr. Felix Müsgens ist Inhaber des Lehrstuhls Energiewirtschaft an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

** Prof. Dr. Andreas Seeliger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Mosbach.

¹ Der vorliegende Artikel fasst die wesentlichen Erkenntnisse eines Beitrags beider Autoren in der aktuellen Jahrespublikation des Weltenergieerats Deutschland zusammen (vgl. Müsgens und Seeliger 2013).

² LNG (Liquefied Natural Gas) ist eine Transportmethode für Erdgas, bei der das Gas stark abgekühlt wird, damit es an Volumen verliert. Dadurch kann sich auch ein Erdgastransport per Tanker als Alternative ergeben, was sich aufgrund der, verglichen bspw. mit Erdöl, geringen Energiedichte ansonsten nicht wirtschaftlich darstellen lassen würde.

³ Vgl. hier bspw. die regelmäßig aktualisierten Prognosen der EIA, hier vor allem EIA (2007; 2010; 2013).

Ersetzen von teurerem Importgas hat jedoch auch die 2008 einsetzende Wirtschaftskrise einen hohen Anteil am Preisrückgang. So bewegte sich der Gaspreis am Henry Hub, dem umsatzstärksten Gashandelsplatz in den USA, im Zeitraum von 2003 bis 2008 zwischen rund 5 und 14 US-Dollar/MBtu⁴, mit Jahresdurchschnittspreisen mit bis zu 9 US-Dollar/MBtu (2005 und 2008). Ab 2009 blieben Ausschläge nach oben die Ausnahme, lediglich zu Beginn 2010 wurden noch einmal Werte knapp unter 6 US-Dollar/MBtu erreicht. Ansonsten blieb der Gaspreis in einem Band zwischen 2,50 und 4,50 US-Dollar/MBtu. Im bisherigen Jahresverlauf von 2013 betrug der Durchschnittspreis ca. 3,75 US-Dollar/MBtu.⁵

Durch die niedrigen Gaspreise wird Erdgas in den USA seit einigen Jahren wieder vermehrt zur Stromerzeugung eingesetzt. So stieg der Anteil der Gaskraftwerke an der Stromerzeugung der USA von unter 17% im Jahr 2003 auf ca. 31% im Jahr 2012. Damit beeinflusst der niedrige Gaspreis auch die Großhandelsstrompreise, die in den USA ebenfalls rückläufig sind. Durch die Preisrückgänge dieser beiden wichtigen Endenergieträger sind auch die Energiekosten des produzierenden Gewerbes in den USA deutlich zurückgegangen. Insbesondere bei energieintensiven Industriezweigen wie Papierherstellung und Grundstoffchemie, in denen die Energiekosten einen Anteil von über 10% an den gesamten Produktionskosten ausmachen, haben sich dadurch die Produktionsbedingungen in den USA verbessert.⁶

Mögliche Auswirkungen auf Deutschland

Ein Vergleich zwischen Deutschland und den USA zeigt, dass die Strom- und Gaspreise für das produzierende Gewerbe in Deutschland aktuell deutlich über dem amerikanischen Niveau liegen.⁷ Besonders markant ist der Preisunterschied zwischen amerikanischen Großhandelspreisen für

Erdgas und deutschen Grenzübergangspreisen (unter 4 US-Dollar/MBtu vs. ca. 11 US-Dollar/MBtu).⁸

In dieser Hinsicht hat Deutschland (zusammen mit vielen anderen Ländern in Europa) derzeit also schlechtere Standortbedingungen als die USA. Zwar war Deutschland schon vorher ein relativ teurer Produktionsstandort, allerdings konnte dieser Nachteil in der Vergangenheit durch Faktoren wie eine hohe Arbeitsproduktivität, eine gut ausgebaute Infrastruktur oder die Nähe zu zentralen Absatzmärkten ausgeglichen werden. Dies ist jedoch nur möglich, solange die Preisunterschiede nicht zu groß werden (und die Vorteile in den anderen Bereichen aufrechterhalten bleiben). Durch das weitere Auseinanderdriften der deutschen und amerikanischen Energiepreise gerät diese Balance jedoch ins Wanken.

Für Investitionsentscheidungen ist allerdings nicht primär der Status quo entscheidend, sondern vielmehr die Erwartungen über die Zukunft. Die zentralen weiterführenden Fragen sind also, ob die heutigen Preisunterschiede in Zukunft Bestand haben werden und ob darauf basierend zukünftig Investitionsverschiebungen im produzierenden Gewerbe stattfinden werden.

Dies ist derzeit schwer zu prognostizieren, da eine Vielzahl teilweise gegenläufiger Aspekte abgewogen werden müssen. Im Hinblick auf den gaswirtschaftlichen Rahmen in beiden Ländern gibt es valide Argumente dafür, dass die Preisunterschiede von Dauer sein können. Grundsätzlich ist hierbei neben Gasproduktionsaspekten (1.) und unterschiedlichen Preisbildungsmechanismen (2.) vor allem der Gasferntransportbereich (3.) zu nennen:

1. Bezüglich der Shale-Gas-Förderung kann davon ausgegangen werden, dass sich diese in Deutschland und Europa weniger dynamisch entwickeln wird als in den USA, was neben den geringeren und vermutlich kostenintensiveren Vorkommen vor allem an der skeptischen politischen und gesellschaftlichen Grundhaltung in wesentlichen europäischen Ländern (insbesondere in Deutschland) liegt.⁹
2. Aktuell ist der hohe Preisunterschied zwischen Deutschland und den USA auch auf unterschiedliche Preisbildungsmechanismen zurückzuführen. Während in den USA die Gaspreise ausschließlich über das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage am Markt gebildet werden, sind in Deutschland und weiten Teilen Europas nach wie vor auch langfristige Lieferverträge mit Ölpreisindi-

⁴ MBtu (Million British Thermal Unit) ist die gängige Energiemaßeinheit für Erdgas in den USA. Bei einem Wechselkurs von 1,30 US-Dollar/Euro entspricht 1 US-Dollar/MBtu ungefähr 2,60 Euro/MWh.

⁵ Damit liegen die Preise am untersten Rand der Shale-Gas-Produktionskosten, die sich je nach Lagerstätte auf bis zu 10 US-Dollar/MBtu belaufen können (vgl. Müsgens und Seeliger 2013, S. 12). Zahlreiche Quellen können angesichts der aktuellen Preise kaum wirtschaftlich produzieren. Aus verschiedenen Gründen wird die Förderung zumeist dennoch nicht gedrosselt, da dies bspw. in manchen Fällen technisch schwierig ist oder eine gemeinsame Förderung mit nicht-konventionellem Erdöl erfolgt, die sich in der Summe trotzdem lohnen kann für den Produzenten.

⁶ Je nach Abnahmefall und Standort sind die Preiseffekte unterschiedlich. Im landesweiten Durchschnitt sind die Gaspreise für Industriekunden jedoch analog zum Großhandelspreis gefallen, und die Strompreise sind seit 2007 stabil im Bereich von 6 US-Cent/kWh geblieben. Vgl. IEA (2012) sowie aktuelle Angaben der EIA (www.eia.gov) und Eurostat (ec.europa.eu/eurostat).

⁷ Laut IEA (2012) haben sich bspw. die durchschnittlichen Industriestrompreise in Deutschland von 11 auf 16 US-Dollar/MBtu erhöht, während die US-Preise, wie oben beschrieben, auf dem Niveau von 2007 verblieben sind. Allerdings sind nicht nur aufgrund Wechselkursschwankungen solche Vergleiche schwierig. Angesichts zahlreicher Ausnahmen bei der Energiebesteuerung und diversen Umlagen (v.a. EEG) für zahlreiche Industrieabnehmer kann der hier angeführte Preis nur ein Referenzwert mit gewissen Unschärfen (wenn auch mit eindeutiger Tendenz) sein. Eine Übersicht zur Problematik von Industriepreisstatistiken gibt bspw. Frontier Economics und EWI (2010).

⁸ Amtliche Preisinformationen für Erdgas an der deutschen Grenze werden regelmäßig aktualisiert vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (www.bafa.de) veröffentlicht. Auch zu den deutschen Gasbörsenpreisen (www.eex.de) besteht ein deutlicher Unterschied, da diese aktuell (2013) nur knapp unter den langfristigen Vertragspreisen liegen.

⁹ Einen Überblick über die Positionen zu Shale Gas in verschiedenen europäischen Ländern gibt Deutsche Bank (2013). Ein Überblick über die Situation in Deutschland sowie eine Abschätzung des deutschen Schiefergaspotenzials findet sich bei BGR (2012).

zierung präsent. Zukünftig wird die Bedeutung der Ölpreisbindung jedoch auch in Europa (aller Voraussicht nach) rückläufig sein. Dadurch dürfte sich das Preisniveau in Europa strukturell etwas absenken.¹⁰ Allerdings wird dieser Effekt nicht ausreichen, um die Preise auf das aktuelle US-Preisniveau zu drücken. Dies gilt selbst bei einer Zunahme der interkontinentalen Handelsströme.¹¹

3. Dauerhafte Preisunterschiede werden auch durch hohe Transportkosten zwischen den USA und Europa zementiert. Trotz starker Kapazitätserweiterungen im internationalen Gastransport per LNG und bereits realisierten Kostensenkungen bleiben die Transportkosten so hoch, dass selbst bei den momentan niedrigen US-Preisen (die aktuell ja nur rund ein Drittel des deutschen Preisniveaus ausmachen) US-Shale-Gas zwar einigermaßen wettbewerbsfähig angeboten werden könnte, aber nicht zu größeren Preisrückgängen in Deutschland führen würde. So belaufen sich die Angebotskosten (hypothetischer) amerikanischer Exporteure in Deutschland auf ca. 9 US-Dollar/MBtu (ca. 23 Euro/MWh), was zwar unter den aktuellen deutschen Preisen (sowohl öllindiziert als auch marktbasierend, beide aktuell ca. 28 Euro/MWh) liegt, aber nicht in einem Umfang, der einen signifikanten Preisrückgang in Deutschland erwarten ließe.

Fazit

Die Analyse des energiewirtschaftlichen Rahmens führt uns zu dem Fazit, dass sich unter den gegebenen Voraussetzungen dauerhafte Wettbewerbsnachteile für die deutsche Industrie ergeben. Um in diesem Kontext auch in Deutschland langfristig industrielle Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sichern, sollten die Nachteile zumindest möglichst klein gehalten werden – oder auch durch Vorteile an anderer Stelle kompensiert werden. Zwar wurde der deutschen Industrie im Rahmen der zunehmenden Ausweitung der Ausnahmereiche bei Energiesteuern und -umlagen bereits entgegengegangen, allerdings werden diese Ausnahmen aktuell politisch wieder auf den Prüfstand gestellt. Zumindest für Industrien im internationalen Wettbewerb sollte an einer Entlastung festgehalten werden. Darüber hinaus sollte die skeptische Haltung gegenüber einer einheimischen Shale-Gas-Förderung überprüft werden. Die potenzielle Wiederbelebung der deutschen Gasförderindustrie sollte zumindest in Betracht gezogen werden und ergebnisoffen und rational diskutiert werden.

Literatur

BGR (2012), *Abschätzung des Erdgaspotenzials aus dichten Tongesteinen (Schiefergas) in Deutschland*, Hannover.

¹⁰ Empirisch lässt sich für Deutschland sowie Länder mit längerer Gashandelsaktivität (Großbritannien, Belgien, Niederlande) zeigen, dass markt-basierte Preise in den meisten Jahren im Durchschnitt zum Teil deutlich günstiger sind als öllindizierte Kontrakte.

¹¹ Vgl. dazu ausführlicher Müsgens und Seeliger (2013, S. 27 ff.).

Deutsche Bank (2013), *Commodities Weekly*, 25. Januar, London.

EIA (div. Jahrgänge), *International Energy Outlook*, Washington.

Frontier Economics und EWI (2010), *Energiekosten in Deutschland – Entwicklungen, Ursachen und internationaler Vergleich*, Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums, Berlin.

IEA (2012), *Energy Prices and Taxes*, quarterly, Paris.

Müsgens, F. und A. Seeliger (2013), »Nicht-konventionelle Erdgasvorkommen in den USA und ihre Auswirkungen auf Europa«, in: Weltenergieat – Deutschland (Hrsg.), *Energie für Deutschland*, Berlin, 7–31.



Kirsten Westphal*

Die US-Schiefergasrevolution und ihre geopolitischen Folgen

Die Energiemärkte entwickeln sich rasant und sind durch »beispiellose Ungewissheiten gekennzeichnet« (vgl. IEA 2010; 2013). Die USA können rein rechnerisch energieunabhängig werden, während sich die anderen großen Verbraucher Europa, China und Indien auf ein erhöhtes Maß an Importabhängigkeit einrichten müssen. Um die geopolitischen Folgen des Schiefergasbooms in den USA abschätzen zu können, lohnt zunächst ein Blick auf die internationalen Gasmärkte. Bisher hat der Boom die bestehende Dreiteilung der globalen Gasmärkte eher vertieft – zwischen Nordamerika, dem europäisch-asiatischen Kontinentalmarkt und der asiatisch-pazifischen Region mit den großen Nachfragern Japan, Südkorea und China, die zwei Drittel des weltweit gehandelten LNGs kaufen. Diese Dreiteilung wird auch in den Preisstrukturen sichtbar: Die USA profitieren von einem hochliquiden Spotmarkt und Preisen am Handelsplatz Henry Hub, die bei etwa einem Drittel des durchschnittlichen Importpreises in Europa und bei einem Fünftel der Importpreise Japans liegen (vgl. IEA 2013, S. 24). Die beschriebenen Preisdifferenzen bedeuten aber auch, dass der asiatisch-pazifische Raum als Destination attraktiver ist als der europäische Markt. In Folge dessen stieg 2013 sein Anteil am LNG-Markt weiter auf 77% (von 70% im Jahr 2012), während der europäische Anteil an den globalen LNG-Importen auf 15% (von 21% im Jahr 2012) sank (vgl. DG Energy 2103a, S. 14 f.).

Eine entscheidende Rolle für den globalen LNG-Handel kommt nordamerikanischen LNG-Exporten zu. Die USA stehen hier vor einem Dilemma, da die Industrie von niedrigen Energiepreisen profitiert, volkswirtschaftlich von Exporten aber eher Vorteile erwartet werden. Das Energieministerium prüft Exporte in Länder, mit denen die USA kein Freihandelsabkommen haben, »im nationalen Interesse« (vgl. Ratner et al. 2013, S. 18). Mit Stand Dezember 2013 hat das Minis-

terium vier Exportterminals diese Bewilligung erteilt, aber lediglich ein Projekt, Sabine Pass mit einem Exportvolumen von 2,2 Mrd. Kubikfuß pro Tag, verfügt über alle nötigen Zulassungen anderer Behörden (vgl. US Department of Energy 2013; FERC 2013). Tendenziell wird sich die Preisschere zwischen dem nordamerikanischen Gasmarkt und dem asiatisch-pazifischen LNG-Markt etwas schließen, aber die Preisentwicklungen in Europa bleiben zunächst wohl weitgehend unberührt.¹

Für die Geopolitik ist vor allem der enorme Anstieg der US-Ölproduktion auf 7,5 Mill. Barrel pro Tag 2013 (vgl. Commerzbank Commodity Research 2013, S. 1) und die Tatsache, dass die USA 2015 zum größten Ölproduzenten aufsteigen, von Bedeutung. Schiefergas wird in Washington im Lichte ökonomischer Vorteile diskutiert, während man sich von der Tight-Öl-Revolution strategische Vorteile verspricht. Das prägt zunehmend die außen- und sicherheitspolitische Debatte in den USA mit (vgl. dazu ausführlich Howald, Milner und Westphal 2013). Dabei gewinnt Energie eher an Bedeutung, wie das Zitat des Nationalen Sicherheitsbeirats zeigt: »Unter der Führung von Präsident Obama verlagern wir unsere Position im Bereich Energie weg von der Passiv hin zur Aktivseite, welche unser Land stärkt und unsere internationale Führungsrolle untermauert.« (White House 2013) Das Narrativ einer »Energie-Eigenversorgung« entwickelt seine eigene Wirkmacht auch jenseits des physischen Marktgeschehens.

Die große Debatte um geostrategische Implikationen dreht sich vor allem um die Präsenz der USA am Persischen Golf. Klar ist, dass man sich in Washington vor allem wachsende Handlungsmöglichkeiten verspricht, wenn die Abhängigkeit von der OPEC sinkt. Andererseits ist schwer vorstellbar, dass sich die USA von der Carter-Doktrin verabschieden, sich vom Persischen Golf zurückziehen und zusehen, wie andere Länder das Vakuum in dieser strategisch so entscheidenden Weltregion füllen. Denn es bestehen gute, rationale energiepolitische Gründe fort: Der Persische Golf bleibt das Rückgrat der Weltölversorgung, er verfügt über die wichtigen freien Förderkapazitäten, die kostengünstigste Förderbasis und mithin über den entscheidenden Einfluss auf den globalen Ölpreis. Zudem gilt der Effekt des Tight-Ölbooms als temporär und auf die nächsten zehn Jahre begrenzt (vgl. IEA 2013, S. 25 f.). Schon Mitte des nächsten Jahrzehnts gewinnen die OPEC-Länder des Mittleren Ostens ihre strategische Position als Rückgrat der Ölversorgung zurück. Nichtsdestotrotz wird es Washington aber gegenüber der eigenen Bevölkerung schwerer fallen, für die Rolle der »Weltpolizei« zu argumentieren, da sie nicht länger mit Blick auf Importabhängigkeiten gerechtfertigt werden kann. Wachsende Kritik am »Interventionismus« fällt vor allem auch mit krisenbedingten Kürzungen im Militärbudget

* Dr. Kirsten Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin.

¹ Vgl. dazu die Kostenanalysen der IEA (2012, S. 129; 2013, S. 127) und Preisentwicklungen in der EU (vgl. DG Energy 2013b, S. 16).

zusammen. In jedem Fall also werden die USA mehr Lastenaufteilung von ihren europäischen und pazifischen Partnern einfordern.

Unumschränkt lässt sich sagen, dass der Schieferboom geopolitische Entwicklungen verstärkt (vgl. dazu ausführlich Westphal 2013), die sich ohnehin abzeichnen wie eine multipolare Weltordnung. Sie wird verstärkt durch eine zunehmende Fragmentierung der Energielandschaft entlang unterschiedlicher Ressourcenpotenziale, Nutzungspfade und Energiekonzepte. Besonders deutlich ist auch die Neuorientierung der USA in Richtung Asien. Der »Asian Pivot« kann interpretiert werden als Eindämmung und Kontrolle des Aufstiegs Chinas, er ist aber auch eine logische Folge der Verlagerung der Handelsströme und der strategischen Bedeutung der Seewege. Wie die USA, so weitet auch China seine Militärpräsenz in der Region aus, wo ohnehin Spannungen um die Öl- und Gasvorkommen in der süd- und ostchinesischen See zunehmen. Daneben baut Russland seine militärischen Kapazitäten in der Region aus und beobachtet vor allem angespannt den arktischen Hinterhof mit seinen künftig häufiger eisfreien Passagen.

Russland als ehemals »unabdingbare Energiemacht« steht vor einer gewissen Marginalisierung und Degradierung in einen »Swing Supplier« von regionaler Bedeutung. Geopolitisch kann dies Russlands Abstieg zu einer Regionalmacht beschleunigen. Der Kreml tariert momentan die Marktpositionen der eigenen Öl- und Gasfirmen mit Blick auf Zugang zu Vorkommen, Besteuerung und Exportlizenzen neu aus. Sich verändernde Marktmacht hat Rückwirkungen auf die Geopolitik. Das gilt auch und nicht zuletzt für Europa.

Europa hat indirekt vom Schieferboom insofern profitiert, als dadurch der Druck auf seine traditionellen Lieferländer gewachsen ist, die Gaspreise zu senken und den Gas-zu-Gas-Wettbewerb auszubauen. Dennoch darf man keinen Automatismus dahingehend erwarten, dass der US-Schiefergasboom automatisch in einen diversifizierten und liquiden europäischen Gasmarkt mündet. Die Dreiteilung der Gasmärkte und die Verlagerung der LNG-Ströme in den Pazifik bedeuten zumindest mittelfristig, dass der europäische Gasmarkt ein pipeline-dominiertes Markt bleibt. Mithin bleibt für Europa die erweiterte Nachbarschaft mit Russland, dem Kaspischen Becken, dem Mittelmeerraum und Westafrika von vorrangiger Bedeutung, was die Energiesicherheit angeht. Dabei bringt der Schiefergasboom mehr Instabilität in diesen Nachbarregionen, weil der Druck auf die herrschenden Eliten wächst, wenn sich die Einkommen aus dem Öl- und Gasverkauf schmälern. Das gilt für Russland, den arabischen Raum und Nordafrika. Unmittelbar strategischer Imperativ bleibt es, diese Produzenten an den europäischen Markt anzubinden, die Energiekorridore durch die Türkei und die Ukraine zu bewahren bzw. auszubauen sowie die Energie-Kooperation zu vertiefen. In der Vergangenheit hat Eu-

ropa vom US-Engagement profitiert, das freie Seewege und funktionierenden Energiehandel garantiert, aber auch die vom Zugang zu den Meeren abgeschnittenen Öl- und Gasfelder des Kaspischen Beckens über Pipeline-Bau an die Weltmärkte angebunden hat. Hier ist zu erwarten, dass sich die EU in Zukunft stärker engagieren muss.

Europa befindet sich in einer »Sandwich-Position« zwischen einem weitgehend energie-eigenständigen (nord-)amerikanischen Markt und einem wachsenden asiatischen Markt. In Zukunft wird Europa von einer Position relativ sinkender Marktanteile bei einem gleichzeitig hohen Gasimportbedarf agieren müssen. Das ist für die Versorgungssicherheit eine Bürde und Herausforderung. Hinzukommt, dass Europa in einer Zeit, wo es die Kräfte und die Marktmacht bündeln sowie sein Energiesystem umbauen müsste, wachsenden Friktionen in der EU-Energiepolitik und einer Fragmentierung der nationalen Energiemärkte gegenübersteht.

Die anstehenden klima- und energiepolitischen Entscheidungen der EU werden durch die Preiseffekte der Schieferrevolution eher erschwert. Zwar eröffnen nicht-konventionelle Gasvorkommen mehr Zeit und eine Brücke, um das Energiesystem zu transformieren, aber sie entbinden eben nicht von dieser Notwendigkeit. Das globale Trilemma aus Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bekämpfung der Energiearmut wird langfristig durch den Boom der nicht-konventionellen Erzeugung nicht gelöst.

Das hohe Maß an Unsicherheit und rasanter Veränderung verlangt einen engeren Produzenten-Konsumenten-Dialog mit Blick auf Energiesicherheit und Klimaschutz. Tendenziell werden multilaterale Initiativen aber durch wachsende Interessendivergenzen erschwert. International muss vor allem das Vertrauen in das Funktionieren der Märkte bewahrt werden. Den USA kommt hier eine Schlüsselrolle zu.

Literatur

Commerzbank Commodity Research (2013), »Rohstoffe kompakt Energie«, 10. Dezember.

DG Energy (2013a), »Quarterly Report on European Gas Markets«, *Market Observatory for Energy* (1), Brüssel.

DG Energy (2013b), »Quarterly Report on European Gas Markets«, *Market Observatory for Energy* (2), Brüssel.

FERC (2013), »LNG Existing and Proposed Terminals«, online verfügbar unter: <http://www.ferc.gov/industries/gas/indus-act/lng.asp>.

Howald, J., S.-A. Mildner und K. Westphal (2013), »What Economies of Shale for US Foreign Policy?«, *EU ISS Briefs* (46), 6. Dezember.

IEA – International Energy Agency (2010), *World Energy Outlook 2010*, IEA, Paris.

IEA – International Energy Agency (2012), *World Energy Outlook 2012*, IEA, Paris.

IEA – International Energy Agency (2013), *World Energy Outlook 2013*, IEA, Paris.

Ratner, M., P.W. Parfomak, I.F. Fergusson und L. Luther (2013), *U.S. Natural Gas Exports: New Opportunities, Uncertain Outcomes*, online verfügbar unter: <http://www.fas.org/sgp/crs/misc/R42074.pdf>.

US Department of Energy (2013), »Summary of LNG Export Applications«, online verfügbar unter: <http://energy.gov/fe/downloads/summary-lng-export-applications>.

Westphal, K. (2013), »Nichtkonventionelles Öl und Gas: Folgen für das globale Machtgefüge«, *SWP-Aktuell* (16), Berlin.

White House (2013), »Remarks by Tom Donilon, National Security Advisor to the President At the Launch of Columbia University's Center on Global Energy Policy«, Pressemitteilung, 24. April, online verfügbar unter: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/04/24/remarks-tom-donilon-national-security-advisor-president-launch-columbia>, aufgerufen am 18. November 2013.



Stefan Ladage*

Harald Andruleit**

Michael Kosinowski***

Schiefergas in Deutschland

Die rasante Entwicklung bei der Erschließung großer Schiefergasvorkommen in den USA in den letzten zehn Jahren hat weltweit den Blick auf diese neue, zusätzliche Erdgasressource gelenkt. Die Gewinnung von Erdgas aus nicht-konventionellen Vorkommen wie Schiefergas, Tight-Gas und Kohleflözgas trägt in den USA bereits rund 60% zur Gesamtproduktion an Erdgas bei. Mittelfristig werden die USA ihren Erdgasbedarf voraussichtlich aus eigenen Quellen decken können. Außerhalb Nordamerikas dagegen steht die Nutzung von Schiefergasvorkommen erst am Anfang. Auch in Deutschland gibt es ein bislang unausgeschöpftes Potenzial an Schiefergas. Erste Aktivitäten zur Erkundung und Erschließung möglicher Vorkommen sind allerdings hier, wie auch in anderen europäischen Ländern, wegen möglicher Umweltauswirkungen in die öffentliche Kritik geraten. Vor diesem Hintergrund ermittelt die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) derzeit das Ressourcenpotenzial an Schiefergas und Schieferöl in Deutschland und betrachtet dabei Aspekte der Umweltverträglichkeit. Hier werden erste Ergebnisse vorgestellt, die auf einer vorläufigen Abschätzung basieren.

Erdgas in Deutschland

In Deutschland besteht die Erwartung, dass Erdgas in den kommenden Jahrzehnten eine wichtige Rolle beim Übergang vom heutigen Energiemix zur angestrebten Deckung eines Großteils des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien einnehmen wird. Der Anteil von Erdgas am Primärenergieverbrauch (PEV) in Deutschland befindet seit Mitte der 1990er Jahre auf konstant hohem Niveau und

* Stefan Ladage leitet den Arbeitsbereich »Schiefergas und Schieferöl in Deutschland« in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) mit Sitz in Hannover.

** Dr. Harald Andruleit leitet den Arbeitsbereich »Verfügbarkeit der Energierohstoffe« in der BGR.

*** Dr. Micheal Kosinowski ist Leiter der Abteilung »Grundwasser und Boden« in der BGR.

beträgt über 20%, 2012 lag er bei rund 21,6% (vgl. Abb. 1). Der Erdgasverbrauch in Deutschland beläuft sich 2012 auf knapp 90 Mrd. m³. Deutschland importiert davon den Großteil, 2012 rund 87% des Gesamtverbrauches. Wichtigster Lieferant ist derzeit die Russische Föderation mit 38% Anteil, gefolgt von Norwegen und den Niederlanden. Die Versorgung Deutschlands mit Erdgas kann noch zu einem signifikanten Anteil aus heimischer Förderung gedeckt werden – allerdings ist dieser Anteil in den letzten Jahren rückläufig. Noch im Jahr 2000 stammten rund 20% des Erdgases aus eigener Förderung, während 2012 nur knapp 12 Mrd. m³ aus Deutschlands Lagerstätten gefördert wurden. Dies entspricht einem Anteil von 13%. Die stetige Abnahme der Erdgasproduktion in Deutschland ist auf die zunehmende Erschöpfung der vorhandenen Lagerstätten zurückzuführen. Nennenswerte Neufunde sind in den letzten Jahren ausgeblieben (vgl. BGR 2013a).

Nicht-konventionelle Erdgasvorkommen

Weltweit existieren neben den konventionellen Erdgaslagerstätten große Erdgasmengen in sogenannten nicht-konventionellen Vorkommen. Hierzu zählen Tight-Gas, Kohleflözgas und auch Schiefergas. In Deutschland wird Erdgas aus Tight-Gas-Vorkommen bereits seit vielen Jahren gefördert, die Erkundung von Schiefergasvorkommen hingegen hat erst begonnen. Schiefergas bezeichnet Erdgas in dichten sedimentären Tongesteinen (*shale*). In seiner Zusammensetzung unterscheidet sich das Schiefergas jedoch nicht grundsätzlich von Erdgas aus konventionellen Vorkommen,

Abb. 1

Erdgasversorgung Deutschlands von 1960 bis 2012

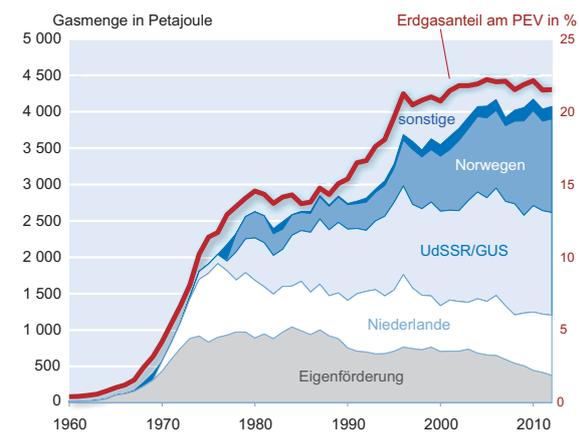
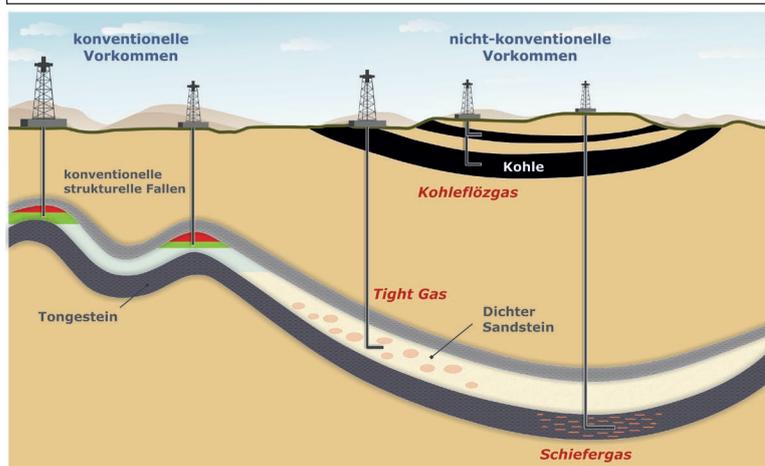


Abb. 2

Schematische geologische Übersicht konventioneller und nicht-konventioneller Erdgasvorkommen



Quelle: BGR.

da die gleichen geologischen Voraussetzungen zur Erdgasbildung, erfüllt sein müssen.

Im Gegensatz zu konventionellen Erdgaslagerstätten, bei denen das Erdgas in räumlich begrenzten Strukturen sekundär angereichert ist, sind die nicht-konventionellen Vorkommen und Lagerstätten überwiegend flächig im Untergrund verbreitet (vgl. Abb. 2). Bei Schiefergas und Tight-Gas-Vorkommen haben die Gesteine nur sehr geringe natürliche Wegsamkeiten und sehr kleine Porenräume, in denen das Erdgas gespeichert ist. Bei diesen Kohlenwasserstoff-Vorkommen strömt das Erdgas daher einer Förderbohrung nicht ohne weitere technische Maßnahmen in ausreichender Menge zu. Aufwändigere Erschließungsverfahren, wie moderne Horizontalbohrtechnik in Kombination mit »hydraulischen Fracking«, sind erforderlich. Dabei werden zusätzliche Wegsamkeiten im Zielhorizont erzeugt, die den Zustrombereich vom Vorkommen zur Bohrung vergrößern und somit eine Gasförderung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ermöglichen können.

Vorkommen und Potenziale von Schiefergas in Deutschland

Die erste, vorläufige Abschätzung zum Schiefergaspotenzial in Deutschland beruht auf der Bewertung dreier Tongesteinsformationen: die Tongesteine des Unterkarbons, des jurassischen Posidonienschiefers sowie des Wealden (Unterkreide). Diese Tongesteinsformationen sind sogenannte Erdölmuttergesteine und kommen in Deutschland in weiten Bereichen im Untergrund in den großen Sedimentbecken vor, wie etwa dem Norddeutschen Becken. Sowohl die geologischen Voraussetzungen, die zur Bildung von Erdgas erfüllt sein müssen, als auch technische Rahmenparameter (etwa 20 m Mindestmächtigkeit; Tiefenlage zwischen 1 000 und 5 000 m) sind jedoch nur in begrenzten Bereichen

Abb. 3
Verbreitung von bituminösen Tongesteinen*



* Verbreitung von bituminösen Tongesteinen, die grundsätzlich die Voraussetzung für die Bildung von Schiefergas aufweisen können (graue Fläche). Die Flächen zeichnen im Wesentlichen die bekannten Kohlenwasserstoff-Provinzen in den großen Sedimentbecken nach. Rotschraffierte Flächen entsprechen den Regionen, die nach Anwendung weiterer Screening-Kriterien für die Potenzialabschätzung herangezogen wurden.

Quelle: BGR.

am Südrand und im östlichen Teil des Nordwestdeutschen Beckens, in Nordostdeutschland sowie im mittleren Oberrheingraben gegeben (vgl. Abb. 3).

Für die Abschätzung wurde eine probabilistische Monte-Carlo-Simulation angewandt, um die Unsicherheiten und Varianz der Eingangsparameter berücksichtigen und somit die Spannweite der Resultate ermitteln zu können. Demnach beläuft sich das Potenzial an technisch förderbaren Schiefergas auf insgesamt zwischen 0,7 Billionen m³ bis und 2,2 Billionen m³, im Mittel (Median) auf 1,3 Billionen m³. Die erhebliche Spannweite der Ergebnisse erklärt sich aus der zurzeit begrenzten Datenbasis, da zum Teil die bewerteten Formationen in den betrachteten Regionen bislang nicht im Fokus detaillierterer Untersuchungen standen. Die Größenordnung von im Mittel 1,3 Billionen m³ technisch förderbaren Schiefergas zeigt jedoch ein bedeutendes Ressourcenpotenzial auf. Dies entspricht etwa dem Zehnfachen der Erdgasressourcen in heimischen konventionellen Lagerstätten von rund 0,15 Billionen m³.

Inzwischen liegen für zahlreiche Länder Angaben zu den dortigen Schiefergasressourcen vor. Die Angaben sind allerdings mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, so dass

Korrekturen bei Neubewertungen zu erwarten sind. Obwohl darüber hinaus die Angaben auch auf unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen fußen und damit eine Vergleichbarkeit erschweren, zeichnet sich mittlerweile ein grobes Bild der weltweiten Schiefergasressourcen ab. Vorbehaltlich der noch lückenhaften Datenlage weist die BGR derzeit 205 Billionen m³ weltweiter Schiefergasressourcen aus. Argentinien, China und Algerien haben mit jeweils über 20 Billionen m³ dem einstigen Vorreiter USA mit rund 15 Billionen m³ den Rang abgelassen. Deutschland nimmt eine Position im unteren Mittelfeld ein.

Diese Zahlen zeigen, dass die deutschen Schiefergasressourcen im weltweiten Vergleich keine zentrale Rolle spielen. Es ist nicht zu erwarten, dass sich Schiefergas in Deutschland zu einem »Game Changer« wie in den USA entwickelt. Vielmehr könnten die zusätzlichen heimischen Ressourcen den Förderrückgang konventionellen Erdgases in Deutschland abfedern und so zur Energieversorgungssicherheit beitragen helfen.

Ausblick

Erdgas bleibt voraussichtlich auch in Zukunft ein wichtiger Baustein im deutschen Energiemix. Die heimischen nicht-konventionellen Erdgasressourcen könnten dabei einen zusätzlichen Beitrag zur Sicherstellung der Energieversorgung leisten. Ob es aber zu einer Schiefergasförderung kommt und wenn ja, in welchem Umfang eine solche stattfinden wird, ist zurzeit nicht absehbar. Voraussetzung ist zum einen, dass die Erkundung nicht-konventioneller Vorkommen und die Erprobung einer möglichen Gewinnung fortgeführt werden kann. Zum anderen müssen die Besorgnisse der Gesellschaft bei der Erschließung und Förderung von Schiefergasvorkommen aufgegriffen werden und offene Fragen von den Geowissenschaften beantwortet werden. So könnte ein Beitrag für eine größere Akzeptanz für die Nutzung dieser Ressource in unserer Gesellschaft geleistet werden.

Weiterführende Literatur

BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2012), *Ab-schätzung des Erdgaspotenzials aus dichten Tongesteinen (Schiefergas) in Deutschland*, Hannover, online verfügbar unter: http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/BGR_Schiefergaspotenzial_in_Deutschland_2012.pdf?__blob=publicationFile&v=7.

BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2013a), *Energiestudie 2013 – Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energie-rohstoffen*, Hannover, online verfügbar unter: http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/Energiestudie_2013.pdf?__blob=publication-File&v=3.

BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2013b), *Deutschland – Rohstoffsituation 2012*, Hannover, online verfügbar unter: http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/Roh-sit-2012.pdf?__blob=publicationFile&v=7.

Wie sollte die Europäische Bankenaufsicht mit unterkapitalisierten Banken verfahren?

Im Rahmen ihrer neuen Aufsichtskompetenzen wird die Europäische Zentralbank (EZB) die Bilanzen der Banken einer rigorosen Prüfung unterziehen. Dieser wird womöglich Kapitallücken bei den Banken aufdecken. Wie jedoch mit den unterkapitalisierten Banken verfahren wird, steht noch nicht vollständig fest. Die Abwicklung ihrer Altlasten sollten aber nicht vom geplanten europäischen Abwicklungsfonds finanziert werden, da diese Altlasten unter einer nationalen Aufsicht entstanden sind. Sinnvoll wäre eine zweigeteilte Einführung der Bankenunion für ausreichend kapitalisierte und unterkapitalisierten Banken. Letztere sollten der EZB Restrukturierungspläne vorlegen, die diese genehmigen muss. Eine Abwicklung sollte bei Nichterfüllung unter Hinzunahme des nationalen Abwicklungsfonds stattfinden.

Bankenaufsicht und Bankenabwicklung lagen bisher in der nationalen Verantwortung. Island und Irland hat die Rettung ihrer Großbanken überfordert. Denn obwohl europäische Banken kleiner als US-Banken sind, überragen sie die US-Geldhäuser gemessen an der Wirtschaftsleistung ihres Sitzlandes bei weitem (vgl. Liikanen et al. 2011). So ist die Bilanzsumme der niederländischen ING Bank fast doppelt so groß wie das niederländische Bruttoinlandsprodukt (BIP), während keine US-Bank größer als ein Sechstel des US-BIP ist. Die 30 weltweit größten Banken, darunter viele europäische Banken, sind in durchschnittlich 44 Ländern tätig. Sie verfügen über durchschnittlich 900 Tochtergesellschaften, von denen rund 600 im Ausland tätig sind (vgl. Claessens et al. 2010). Gerät eine solche Bank in Schieflage, so müssen sich die Aufsichtsbehörden mehrerer Länder mit den Rettungs- und Aufräumarbeiten koordinieren. Nationale Interessen können einer effizienten Lösung im Weg stehen und die Kosten der Rettung in die Höhe treiben.

Die europäische Bankenunion soll das verhindern. Für sie sind drei Säulen vorgesehen: eine gemeinsame Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM), eine gemeinsame Bankenabwicklung (Single Resolution Mechanism, SRM) sowie gemeinsame Standards für die Einlagensicherung. Alle drei verbindet ein gemeinsames Regelwerk (Single Rule Book). Für die Bankenabwicklung und die Einlagensicherung bestehen zwar Vorschläge, aber noch kein Beschluss. Die

erste Säule, der SSM, wurde am 12. September 2013 formell beschlossen.

An der Spitze des SSM steht die EZB als oberste Bankaufseherin. Zusätzlich zur europäischen Geldpolitik übernimmt sie nun die direkte Aufsicht über die rund 130 größten europäischen Banken. Die EZB darf über deren Zulassung als Bank entscheiden und ihnen in schwerwiegenden Fällen sogar diese entziehen. Zudem überwacht sie die Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen und darüber die Höhe der Bankschulden. Halten die Banken sich nicht an diese Vorgaben, so darf die EZB von ihnen Sanierungspläne einfordern und gegebenenfalls auch noch weit vor der eigentlichen Insolvenz Maßnahmen ergreifen (vgl. KOM 2012).

Die EZB wird im Jahr 2014 umfangreiche Bilanzprüfungen bei den Banken durchführen. Dies ist vor Beginn der Bankenunion essentiell, um den vorgesehenen europäischen Abwicklungsfonds möglichst nicht mit Altschulden zu belasten. Dies ist auch dringend notwendig, denn laut der konsolidierten Bankenstatistik der EZB waren im Jahr 2012 bei griechischen Banken 16,3% der vergebenen Kredite notleidend. In Italien und Portugal waren es 11,3 und 8,2%. Zudem war bei den Krisenländern der Eurozone, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, ein Anstieg in dieser Kennzahl seit dem Jahr 2008 zu beobachten (vgl. Abb. 1).

Was passiert mit den unterkapitalisierten Banken?

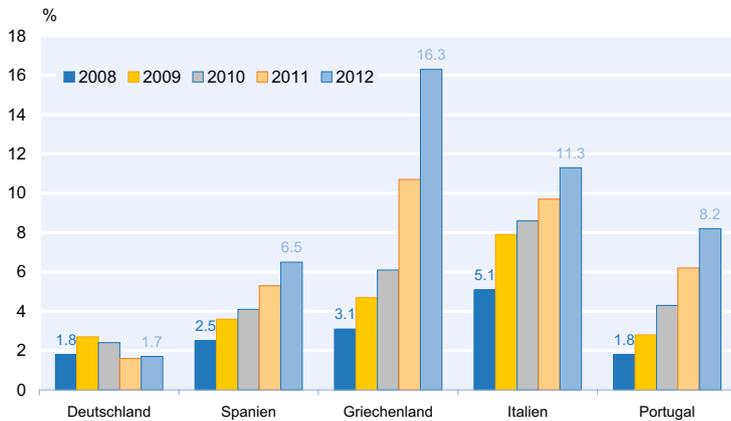
Ungewiss ist, was mit den Durchfallern beim Bilanz-TÜV passiert. Zwar können



Markus Demary*

* Dr. Markus Demary ist Referent für Geldpolitik und Finanzmärkte am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Abb. 1
Notleidende Kredite in Prozent der ausstehenden Kredite



Quelle: EZB (2013); Consolidated Banking Data.

sie versuchen, aus eigener Hilfe ihre Kapitallücken zu füllen, indem sie Aktien emittieren oder Gewinne einbehalten, fraglich ist aber, ob die Banken in den Krisenländern genügend Gewinne erzielen, um ihre Kapitallücken zu schließen bzw. ob sie attraktiv genug für Aktionäre sind. Eine weitere Möglichkeit der Rekapitalisierung läge in der Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital, einem Bail-in. Dies ist nach den bisherigen Vorschlägen aber erst ab dem Jahr 2018 vorgesehen (vgl. Rat der Europäischen Union 2013). Vermutlich werden auch die Nationalstaaten, und wenn dies ihre Haushalte überlastet, der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) die Rekapitalisierung übernehmen müssen. Die neuen Beihilfavorschriften der EU sehen aber vor, dass ab dem 1. August 2013 ein Bail-in stattfinden muss, bevor staatliche Mittel fließen dürfen (vgl. KOM 2013).

Dazu kommt, dass der SRM noch nicht einsatzbereit ist. Die zweite Säule wird vermutlich 2014 verabschiedet. Strittig ist noch, wer im Insolvenzfall einer Bank die benötigten Abwicklungsmaßnahmen finanziert. Die Europäische Kommission will einen gemeinsamen Abwicklungsfonds mit Gemeinschaftshaftung, die Bundesregierung will hingegen nationale Fonds (vgl. Koschyk 2013). Demary (2013) schlägt hierzu eine praktikable Lösung vor, die auch für die Übergangszeit angewendet werden kann, bis der europäische Fonds einsatzbereit ist. Sein Vorschlag sieht neben den 17 nationalen Fonds aber noch einen europäischen Fonds vor. In den europäischen Fonds zahlen die für die Systemstabilität der Eurozone relevanten Banken ein, während die übrigen Banken in die Fonds der Länder einzahlen, in denen sie tätig sind. Betrifft die Abwicklung einer Bank dann z.B. zwei Länder, so werden nur die beiden jeweiligen Fonds herangezogen. Bestehen aber Gefahren für die gesamte Eurozone, so wird der europäische Fonds herangezogen. Wichtig ist aber, dass über den europäischen Fonds keine Altschulden aus den Bankbilanzen vergemeinschaftet werden. Denn die Altschulden sind unter der in der Vergangen-

heit nicht immer ganz so strengen nationalen Bankaufsicht entstanden.

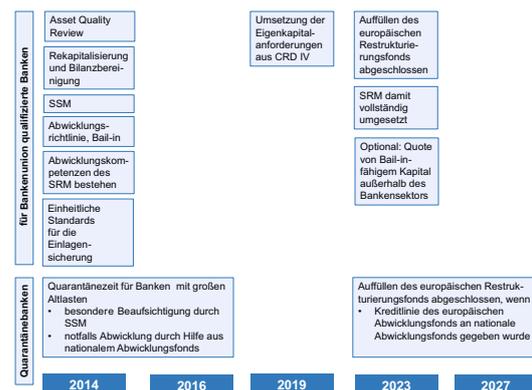
Bankenunion benötigt einen alternativen Zeitplan

Die Umsetzung der Bankenunion sollte jedoch nicht durch vorschnelle und lückenhafte Konzepte gefährdet werden. Ziel sollte ein langfristiger Ordnungsrahmen für die Eurozone sein und keine kurzfristige Lösung des Altschuldenproblems. Deshalb sollte eine Belastung der Bankenunion durch die Altlasten aus der letzten Bankenkrise vermieden werden. Um die Bankenunion vor solchen Belastungen zu schonen, macht Demary (2013) einen Vorschlag für eine getrennte Einführung der Bankenunion für qualifizierte

Banken und für Banken, die sich in Quarantäne und damit unter besonderer Beaufsichtigung des SSM befinden. Der Zeitplan ist in Abbildung 2 dargestellt.

Wichtig ist, dass die Ergebnisse der Bilanzprüfung zu einer rigorosen Rekapitalisierung und Bilanzbereinigung der Banken genutzt werden. Die auf diesem Weg qualifizierten Banken unterstehen dann, wie geplant, der Aufsicht des SSM. Für die Banken, die sich nicht für die Bankenunion qualifiziert haben, sollte bis Ende 2016 eine Quarantänezeit gelten, in der sie unter der besonderen Aufsicht des SSM stehen (vgl. Demary 2013). Sie sollten der EZB Sanierungspläne vorlegen, in denen detailliert erläutert ist, wie sie ihren benötigten Eigenkapitalbestand erreichen wollen. Die EZB hat aber die Möglichkeit, diese Sanierungspläne abzulehnen, wenn diese unzureichend sind. Ist aber abzusehen, dass diese Banken eine Bilanzbereinigung und Rekapitalisierung nicht erfolgreich abschließen können, dann sollte die EZB eine Abwicklung vorschlagen. Dabei sollte die Abwicklungsfinan-

Abb. 2
Vorschlag für einen Zeitplan für die Einführung der Bankenunion



Quelle: Demary (2013).

zierung durch den nationalen Abwicklungsfonds geleistet werden, da diese Altlasten aus nationalen Aufsichtslücken resultieren. Der europäische Abwicklungsfonds sollte für die Abwicklungsfinanzierung bei Altlasten nicht herangezogen werden, da ansonsten eine Versicherung nach Eintreten des Versicherungsfalls gegeben wird. Er könnte den nationalen Abwicklungsfonds aber eine Kreditlinie gewähren. Hiermit soll erreicht werden, dass der europäische Abwicklungsfonds zum frühestmöglichen Zeitraum einsatzbereit ist, so dass auch der SRM damit zum frühestmöglichen Zeitraum vollständig umgesetzt ist.

Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Bankenunion ist, dass die Banken bis zum Jahr 2019 die Eigenkapitalanforderungen nach CRD IV erfüllen (vgl. KOM 2011). Der SSM hat darauf zu achten, dass auch die systemischen Risikopuffer aufgebaut sind, um der Systemrelevanz von großen und stark vernetzten Banken Rechnung zu tragen. Ziel ist, dass genügend Eigenkapital im Bankensektor besteht, um den europäischen Restrukturierungsfonds zu schonen. Das Auffüllen der Mittel aus dem europäischen Restrukturierungsfonds sollte nach der bisherigen Planung im Jahr 2023 abgeschlossen sein, sofern in diesem Zeitraum keine Bankenabwicklung finanziert werden muss. Ansonsten sieht der EU-Vorschlag vor, dass die Zeit für das Auffüllen bis zum Jahr 2027 ausgedehnt wird (vgl. Rat der Europäischen Union 2013, Artikel 65).

Eine Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen ist erforderlich

Die Bankenunion benötigt aber noch zusätzliche Ergänzungen, wie eine Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen (vgl. Demary 2013). Dies ist notwendig, um die Abwicklungsfonds zu schonen, indem die Banken Verluste aus einer Staatsschuldenkrise auffangen können. Zudem ist dies auch vor dem Hintergrund wichtig, da eine Bankenunion allein noch nicht den Teufelskreis aus Bankenkrise und Staatsschuldenkrise löst. Dieser Teufelskreis wird dadurch begünstigt, dass sich die Banken zu stark in den Anleihen ihres Heimatstaates engagieren, anstatt ein international diversifiziertes Portfolio zu halten (vgl. Pockrandt und Radde 2012). Der regulatorische Rahmen sollte dem entgegenwirken, indem Banken mit einem schlechter diversifizierten Anleiheportfolio mehr Eigenkapital hierfür unterlegen sollten als bei einem diversifizierten Portfolio (vgl. Demary 2013). Zudem sehen die bestehenden Eigenkapitalregeln eine Beschränkung für Großkredite vor. Diese dürfen nicht größer als 25% des anrechenbaren Eigenkapitals sein (vgl. KOM 2011, Artikel 416.). Diese Obergrenzen gelten jedoch nicht für die Staatsanleihen der Mitgliedstaaten (vgl. KOM 2011, Artikel 400). Für Engagements in Staatsanleihen sollte deshalb ebenfalls eine Obergrenze von 25% gelten, wie bereits von Demary und Schuster (2013) gefordert.

Kein dauerhafter Machtzuwachs von bestehenden Institutionen

Die Letztentscheidungsrechte des EZB-Rates im SSM und der Kommission im SRM sind durchaus kritisch zu sehen, da sie die Gefahr von Interessenskonflikten bergen. Beck und Gros (2012) sehen aber auch die Gefahr, dass die EZB zu viel Einfluss bekommen könnte, ohne eine Rechenschaftspflicht gegenüber einem Parlament zu haben. Langfristig sollte deshalb die Aufsicht in eine eigene Behörde ausgegliedert werden. Zu empfehlen ist eine Zusammenarbeit nach dem Vorbild von Bundesbank und BaFin in Deutschland (vgl. Hartmann-Wendels et al. 2010). Denn nur dieses Konstrukt verhindert, dass die EZB für mögliche Aufsichtsfehler verklagt werden kann, was ihre Unabhängigkeit als Zentralbank gefährdet. Eine neue Behörde wäre zudem dem Parlament gegenüber stärker rechenschaftspflichtig, als die Bankenaufsicht der EZB es aktuell ist. Im SRM besteht ebenfalls die Gefahr von Interessenskonflikten, da die Kommission für Abwicklung und Beihilfekontrolle zuständig wäre und die Mittel aus dem Abwicklungsfonds mit staatlichen Beihilfen gleichgestellt sind (vgl. Rat der Europäischen Union 2013, Artikel 16). Besser wäre es, mit dem SRM eine neue unabhängige Behörde zu gründen und die Gleichstellung der Mittel aus dem Abwicklungsfonds mit staatlichen Beihilfen aufzuheben. Hierzu ist aber eine Änderung der EU-Verträge notwendig.

Literatur

Beck, T. und D. Gros (2012), »Monetary Policy and Banking Supervision: Coordination Instead of Separation«, *CESifo Forum* 13(4), 33–39.

Claessens, S., R. Herring, D. Schoemaker und K. Summe (2010), *A Safer World Financial System: Improving the Resolution of Systemic Institutions*, Geneva Reports on the World Economy 12, Genf.

Demary, M. (2013), »Ein Vorschlag für eine europäische Bankenunion ohne automatische Vergemeinschaftung von Bankverlusten«, *IW policy paper* Nr. 16.

Demary, M., T. Schuster (2013), »Die Neuordnung der Finanzmärkte: Stand der Finanzmarktregulierung fünf Jahre nach der Lehman-Pleite«, *IW Analysen* Nr. 90, Köln.

Hartmann-Wendels, T., M. Hellwig und M. Jäger-Ambrożewicz (2010), »Arbeitsweise der Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise«, *IW-Analysen* Nr. 63, Köln.

Koschyk, H. (2013), »Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (SRM) für Europas Banken: wie ist der Vorschlag der EU-Kommission zu bewerten?«, *ifo Schnelldienst* 66(17), 3–5.

Liikanen, E., H. Bänzinger, J.M. Campa, L. Gallois, M. Goyens, J.P. Krahenen, M. Mazzucchelli, C. Sergeant, Z. Tume, J. Vanhevel und H. Wijffels (2012), *High-level Expert Group on Reforming the Structure of the EU Banking Sektor*, Final Report, Brüssel.

KOM – Europäische Kommission (2011), *Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on the Access to the Activity of Credit Institutions and the Prudential Supervision of Credit Institutions and Investment Firms*, COM 2011 453 final, Brüssel

KOM – Europäische Kommission (2012), *Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit*

der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank, COM 2012 511 final, Brüssel

KOM – Europäische Kommission (2013), *Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen ab dem 1. August 2013 auf Maßnahmen zur Stützung von Banken im Kontext der Finanzkrise (»Bankenmitteilung«)*, Amtsblatt der Europäischen Union C 216/1, 30. Juli 2013.

Rat der Europäischen Union (2013), *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinien 77/91/EWG und 82/891/EG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG und 2011/35/EG sowie der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, 2012/0150(COD)*, 28. Juni 2013, Brüssel.

Pockrandt, J. und S. Radde (2012), »Reformbedarf in der EU-Bankenregulierung: Sovenz von Banken und Staaten entkoppeln«, *DIW Wochenbericht* (42), 3–11.

Wie wehrte Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise ab?

Oder: Das Erfordernis übergreifender Erklärungsansätze

15

Aus welchen Gründen wurde die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2010 in Deutschland so erfreulich schnell überwunden? Die Analyse führt auf mehrere Wege, von denen der wohl wichtigste erst noch der Analyse harret. Sicher ist, dass die wirtschaftliche Ausgangslage in Deutschland besser war als in anderen Ländern. Recht gut analysiert ist auch die Wirksamkeit einzelner Instrumente, wie etwa der Infrastrukturmaßnahmen. Offen ist aber, welchen Beitrag das Zusammenwirken und Ineinandergreifen der zahlreichen Instrumente geleistet hat, denn diese Instrumente waren von höchst unterschiedlicher Art und reichten von der Ansage Merkel/Steinbrück, »die Spareinlagen sind sicher«, bis zu klassischen Instrumenten der Rezessionsbekämpfung. Es scheint auch Einigkeit zu bestehen, dass bei diesem wichtigen Maßnahmenbündel die Gesamtwirkung größer ist als die Summe der Einzelwirkungen. Um diesen Mehrwert durch das Zusammenfügen mehrerer Instrumente und deren zeitliche Sequenzierung zu ermitteln, ist es offenbar erforderlich, neue Wege zu gehen. Das könnte so aussehen, dass zunächst die Summe der Ergebnisse zur Analyse der Einzelmaßnahmen gezogen wird. Dem könnte ein systematisch aufgebautes Narrativ folgen mit dem Ziel, mehrere beteiligte Wissenschaften einzubeziehen und auch andere und offenere Modelle zu testen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2010 wurde in Deutschland überraschend schnell überwunden. Der Erfolg ist sicherlich zunächst auf der Basis der vergleichsweise guten Wirtschaftsstruktur und der Ausgangslage dieses Landes zu interpretieren. Zugleich ist er aber offensichtlich das Ergebnis einer Summe von wichtigen Maßnahmen, die erst in ihrem Zusammenspiel die beabsichtigte Wirkung gezeigt haben. Für die folgenden Überlegungen, die diesem Zusammenspiel gewidmet sind, ist es hilfreich, sich zunächst den Ablauf der wichtigen Maßnahmen zu vergegenwärtigen. Dabei ist vor allem auf die Verschiedenartigkeit der eingesetzten Instrumente zu achten.

Die Verschiedenartigkeit der Einzelmaßnahmen

Beim Durchgehen der Maßnahmen ist zu berücksichtigen, dass die Programme, insbesondere die Konjunkturpakete I und II, eine sehr große Anzahl zum Teil sehr kleinteiliger Einzelmaßnahmen enthielten. Von ihnen sind daher nur die vermutlich wichtigeren hier aufgeführt. Die Maßnahmen nehmen ihren Anfang mit der Lehman-Insolvenz am 15. September 2008, die zum schnellen Ausfall des In-

terbankencredits führte und Furcht vor einer Kreditklemme auslöste:

- Ansage Merkel/Steinbrück, dass die Spareinlagen sicher sind, 5. Oktober 2008, psychologische Maßnahme ohne materielle Unterfütterung.
- Einrichtung des SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung), 17. Oktober 2008, bis zu 80 Mrd. Euro für Kapitalerhöhungen und 400 Mrd. Euro Garantien, große Summen rückblickend weitgehend psychologisch (»Brandmauer«), weil vergleichsweise wenig in Anspruch genommen.
- Konjunkturpaket I, 5. Dezember 2008, verschiedene Maßnahmen, darunter:
 - a) Abschreibungserleichterungen für bewegliche Wirtschaftsgüter und Mittelstand, ein klassisches Instrument der Rezessionsbekämpfung.
 - b) Kurzarbeitergeld, Verlängerung von zwölf auf 18 Monate und befristet auf ein Jahr.

Insgesamt handelt es sich vor allem um finanziell unterlegte Maßnahmen mit Befristung. Sie wirkten zugleich psychologisch, wie das Kurzarbeitergeld, das zwar je Betrieb und unter Umständen zusammengefasst in einer Region zunächst ähnlich wie ein Infrastruktur-Stimulus wirkt. Zusätzlich wird aber auch Vertrauen darauf aufgebaut, dass die Krise in diesem Betrieb und damit



Horst Zimmermann*

* Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann ist Professor Emeritus für Finanzwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen.

dieser Region durchhaltbar ist. Das wiederum hat sicherlich Effekte auf den Einzelhandel, der erklären hilft, dass der Konsum in Deutschland in dieser Phase nicht eingebrochen ist.

- Konjunkturpaket II und »Wirtschaftsfonds«, 6. März 2009, 80 Mrd. Euro u.a. für Infrastruktur, 100 Mrd. Euro Garantien und Kredite. Darin:
 - a) Infrastrukturmaßnahmen, – der Ansatz ist hier richtigerweise keynesianisch, mit maximalem Multiplikator.¹
 - b) Garantien und Kredite sind wiederum stark psychologisch, der »Wirtschaftsfonds« wird sogar Ende 2011 wegen mangelnder Inanspruchnahme geschlossen.
 - c) Auto-Abwrackprämie, bewusst temporär begrenzte Maßnahme mit absehbarem Vorzieheffekt, mithin »Multiplikatoreffekt auf Zeit«.
- Opel-Rettungsplan durch Bund und Land, 19. August 2009, Bund und Opel-Standortländer sind bereit, 4,5 Mrd. Euro Kredite und Bürgschaften für eine Sanierung bereitzustellen (die letztlich damals nicht erforderlich war). Es wäre zum Teil eine materielle Maßnahme gewesen (Vermeiden regional geballter Arbeitslosigkeit), war aber zu diesem Zeitpunkt zugleich eine stark psychologische Maßnahme (»kein negatives Signal!«). Ordnungspolitisch wäre die Maßnahme grundsätzlich falsch gewesen, wäre aber in diesem konjunkturellen Augenblick tendenziell richtig gewesen.

Im Laufe des Jahres 2010 konnte die Finanz- und Wirtschaftskrise als weitgehend überwunden gelten, wie die sinkenden Arbeitslosenzahlen und steigenden Steuereinnahmen zeigten.

Das Zusammenwirken der Instrumente

Der Überblick über die wichtigeren Instrumente zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 zeigt, dass es nicht ein Hauptinstrument gab, mit dessen Hilfe man der Probleme Herr zu werden hoffte. Vielmehr drückt sich das »Programm« darin aus, dass es gerade nicht ein vorher formuliertes und vielleicht theoretisch basiertes Vorgehen war, das mit diesem vielleicht einmaligen Instrumentenmix diesen Erfolg bewirkte. Von den absoluten Zahlen her könnte man denken, dass es die Bürgschaften und Garantien waren, die die Hauptlast zu schultern hatten. Damit würde man aber einen Fehler wiederholen, den wichtige Entscheidungsträger 2009 begingen, als sie davon sprachen, dass diese Programme »den Steuerzahler 500 Mrd. Euro gekostet« hätten (vgl. Zimmermann 2009, S. 306). Eine genauere vergleichende Analyse würde erweisen, dass vermutlich klei-

¹ Zu den verschiedenen Multiplikatoren mit vergleichendem Zahlenbeispiel vgl. Zimmermann, Henke und Broer (2012, S. 390–396).

nere Programmteile je eingesetzter Million oder Milliarde Euro einen sehr viel höheren Effekt bewirkt haben.

Um welche Typen von Instrumenten handelt es sich in diesem Maßnahmenpaket, die dementsprechend zunächst mit einem je eigenen Analyseansatz auf ihren Beitrag zu untersuchen wären?

- Zu Recht handelt es sich, weil es um die Finanz- und dann Wirtschaftskrise ging, in vielen Fällen um Instrumente, die stärker die Erwartungen beeinflussen sollen und weniger darauf abzielen, durch Ausgaben Einkommen zu schaffen für Investition und Konsum. Als sozusagen klassisches Beispiel kann die Merkel/Steinbrück-Aussage dienen. Diese Maßnahme stand zu Recht ganz am Anfang, weil es sich anfangs nur um eine Finanzkrise handelte, bei der schnelles Handeln noch wichtiger ist als bei einer Wirtschaftskrise, ganz zu schweigen von der langfristigen Staatsschuldenkrise.²
- Dem folgten materiell wirkende Instrumente mit frühem und recht genau abschätzbarem Wirkungsbeginn und frühem Antragsende. So wurden die Maßnahmen der Konjunkturpakete größtenteils auf schnelle Inanspruchnahme abgestellt und mit einem frühen Ende der Antragsmöglichkeit ausgestattet. Als weiteres Beispiel mag die Abwrackprämie für Pkw gelten, die zwar später sicherlich zu verminderten Käufen geführt hat, die aber durch den Vorzieheffekt die Konjunktur im richtigen Augenblick gestützt hat.
- Wiederum anders müsste man im Fall der geplanten Opel-Rettung vorgehen, die in dieser speziellen konjunkturellen Situation wahrscheinlich einen negativen kumulativen Effekt vermieden hätte, wenn man sich vergegenwärtigt, welcher Anteil der deutschen Wertschöpfung direkt oder indirekt dieser Branche zuzuordnen ist.
- Ein anderes Verfahren wäre wiederum zu wählen, um die Wirkungen im Bereich der Kurzarbeit abzuschätzen. Sie wirkt je Betrieb und unter Umständen zusammengefasst in einer Region ähnlich wie ein Infrastruktur-Stimulus. Im Gegensatz zu ihm wird aber hier vor allem Vertrauen darauf aufgebaut, dass die Krise in diesem Betrieb und damit dieser Region durchhaltbar ist. Das wiederum hat sicherlich Effekte auf den Einzelhandel, der erklären hilft, dass der Konsum in Deutschland in dieser Phase nicht eingebrochen ist.

Die wissenschaftliche Reaktion

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der erfolgreichen Krisenbekämpfung in Deutschland konzentriert sich allem

² Zur Unterscheidung der drei Krisen vgl. Zimmermann (2012).

Anschein nach auf die Analyse einzelner Maßnahmen. Als Beispiel sei eine Sitzung des Vereins für Socialpolitik in Düsseldorf am 6. September 2013 genannt. Dort ging es in der Arbeitsgruppe »Fiscal Policy« u.a. um die wichtige Frage, inwieweit die öffentlichen Investitionen aus den Konjunkturpaketen in Deutschland zu Mehrbeschäftigung in der Rezession geführt haben. Die ökonomische Überprüfung der erarbeiteten Hypothesen ergab, dass es zwar einen positiven Effekt gegeben habe, der aber, wie mündlich ausgeführt wurde, als nicht allzu hoch einzustufen sei (vgl. Buchheim und Watzinger 2013). Das Zusammenwirken dieser Maßnahme mit den übrigen war nicht Gegenstand der Analyse. Die nachfolgende Diskussion führte zu zwei sehr unterschiedlichen, aber allgemein akzeptierten Aussagen.³ Zum einen wurde die These, dass eigentlich diese Maßnahme im Zusammenwirken mit den anderen zu untersuchen sei, um die Synergieeffekte zu erfassen, einhellig als zutreffend betrachtet, zumal das konjunkturelle Problem als ungewöhnlich gravierend anzusehen sei. Zum anderen war aber ebenfalls Einigkeit, dass in der Ökonomie jeglicher Ansatz fehle, um in dieser Weise zu verfahren. Wie solle man die Einflüsse zusammenfassen und dann quantifizieren? Welche Daten sollte man nehmen? Nicht zuletzt gebe es nur dieses eine Ereignis, was eine ökonomische Behandlung erschwere.

Wenn man dies als die Sicht der Volkswirtschaftslehre als der am ehesten zuständigen Einzelwissenschaft nimmt, so hilft diese offenbar bei dieser Fragestellung derzeit nicht weiter. Die übliche zweifellos erfolgreiche Verfahrensweise bedeutet, dass man eine theoretisch fundierte Hypothese aufstellt und diese dann ökonomisch testet. Dieses Verfahren ist aber derzeit wohl nur für eng begrenzte Maßnahmen anwendbar. Eine Gesamtwirkung hingegen lässt sich ex ante derzeit offenbar nur mittels Intuition abschätzen, wobei zwar sicherlich die ökonomisch fundierte Kenntnis der Einzelinstrumente hilft, aber nicht ausreicht. In dieser eher intuitiven Weise ist man wirtschaftspolitisch 2008/2009 offensichtlich auch vorgegangen.

Offen bleibt dabei aber, wie eine gesamthafte Ex-post-Analyse durchzuführen ist, die ja auch einen theoretischen und empirisch nachvollziehbaren Gesamtrahmen haben müsste. Und diese Analyse müsste es sein, auf der man dann Empfehlungen für die zukünftige Reaktion auf eine drohende schwere Krise dieser Art aufbaut. Oder will man einen ausländischen Staat, der sich in einer ähnlichen Situation befindet, auf die Intuition verweisen, wenn er Instrumentenmix und Reihenfolge der Maßnahmen für eine so dramatische Problemlage bestimmen will?

³ Die Diskussion wurde durch die entsprechende Frage des Autors zur Gesamtwirkung der Instrumente ausgelöst und gab den Anstoß zu diesem Beitrag.

Die Arbeitsaufgabe: Die Gesamtwirkung abschätzen

Ehe man sich einer solchen erweiterten Analyse der Instrumente zuwendet, ist vorab zu berücksichtigen, dass die schnelle Wirksamkeit in Deutschland sicherlich zu einem erheblichen Teil auf die günstige Ausgangssituation in diesem Land zurückzuführen ist, die sozusagen als versteckter Mitspieler angesehen werden kann.⁴ Deutschland gilt als sicherer Hafen für Geldanlagen und profitierte zudem vom vergleichsweise niedrigen Außenwert des Euro im Vergleich zu der Situation, wenn es die D-Mark beibehalten hätte. Auch hat die Stützung der schwächeren Euroländer durch Kredite und die Europäische Zentralbank diesen Ländern erlaubt, ihre Außenhandelsdefizite zu finanzieren, und hat insoweit einen Aufwertungseffekt für Deutschland verhindert. Auch war die 2008/2009 wahrgenommene Gefahr einer starken Rezession (»zweite Weltwirtschaftskrise?«) vielleicht ein besonders guter Nährboden für die Wirksamkeit der eingesetzten Instrumente. Umgekehrt hätte also in Ländern mit einer schwierigeren Ausgangslage das Maßnahmenbündel wahrscheinlich nicht so gut gewirkt.

Dessen ungeachtet besteht vermutlich Einigkeit darüber, dass bei diesem wichtigen Maßnahmenbündel die Gesamtwirkung größer ist als die Summe der Einzelwirkungen. Das wiederum ist beim derzeitigen Forschungsstand eigentlich ein Aufruf, in irgendeiner Form neue Wege zu gehen. Das alleinige Vertrauen auf die in gewissem Sinne parzellierte bisherige Vorgehensweise der Volkswirtschaftslehre reicht nicht aus. Das Ziel wäre die Ermittlung des Mehrwerts durch Zusammenfügen mehrerer Instrumente, die in der wirtschaftspolitischen Realität offenbar in diesem Fall mit abgestimmtem Timing und planvollem Wirkungsmix eingesetzt worden sind.

Die oben aufgeführten Einzelinstrumente, die sicherlich zum Teil individuell analysiert worden sind, stellen die Ausgangssituation dar, von der aus man sich der zusammenfassenden Analyse nähern müsste. Wahrscheinlich lassen sich einige von ihnen mittels Simulation gleichzeitig analysieren. Aber welche Schritte lassen sich nun denken, um dem gewünschten Abschätzen der Gesamtwirkung mit ihrem Synergieeffekt und folglich dem Mehrwert der Instrumentengesamtheit näherzukommen?

Sicherlich müssten am Anfang das Zusammentragen und die Interpretation der Summe der belastbaren Einzelergebnisse stehen. Diese würden, um wiederum den Merkel/Steinbrück-Aufruf zu nennen, methodisch sehr spezifisch ausfallen. Wahrscheinlich müsste man in diesem Fall die Kenner von Reaktionen bestimmter Gruppen heranziehen. Das können Politologen sein, aber beispielsweise für diese

⁴ Für Hinweise, die zu diesen Ausführungen geführt haben, dankt der Verfasser Thiess Büttner und Wolfram Richter.

zitierte Aussage auch der Sozialpsychologe und dessen Hypothese.

Den nächsten Schritt könnte ein theoretisch geleitetes Narrativ bilden, also eine Story ohne Rücksicht auf Durchführbarkeit, aber so gestaltet und formuliert, dass jeweils die Absicht erkennbar ist, theoretisch fundiert und dann empirisch basiert vorzugehen. Auf der Basis dieses Narrativs wäre dann in Abstimmung zwischen den beteiligten Einzelwissenschaften ein schrittweises Herandenken und dann Heranarbeiten an das Machbare vorzusehen, wobei möglichst viele Ausschnitte aus der Summe der Einzelergebnisse zu verwenden wären. Dabei wären neben der typischen ökonomischen Modellwelt (plus Ökonometrie) ganz andere und offenere Modellwelten heranzuziehen, wie sie etwa in der Klimaforschung verwendet werden.

Diese Forderung ist natürlich leichter aufgestellt als erfüllt. Doch ist das Ausmaß der durch die Maßnahmen in Deutschland verhinderten Schäden so groß, dass eine wissenschaftliche Durchdringung des Gesamtansatzes dringlich ist.

Literatur

Buchheim, L. und M. Watzinger (2013), »Do Public Investments Increase Employment in a Recession? Evidence from Germany«, Präsentation auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Düsseldorf am 6. September 2013, freigegebener Text online verfügbar unter: <http://www.econstor.eu/dspace/escollectionhome/10419/79668/simple-search?query=Series%3A+D01>.

Zimmermann, H. (2009), »Finanz- und Wirtschaftskrise – Was kosten die Maßnahmen wirklich?«, *Wirtschaftsdienst* 89, 306–312.

Zimmermann, H. (2012), »Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise: ihre Bedeutung für den öffentlichen Haushalt«, *Wirtschaftsdienst* 92, 101–104.

Zimmermann, H., K.-D. Henke und M. Broer (2012), *Finanzwissenschaft*, 11. Aufl., Verlag Vahlen, München.

Lange haben wir uns darüber beschwert, dass es egal ist, welche Partei wir wählen. Auf Bundesebene haben CDU/CSU-geführte Regierungen kaum eine andere Wirtschaftspolitik als SPD-geführte Regierungen betrieben. Mit der kommenden großen Koalition scheint das nun anders zu werden. CDU/CSU haben den eher marktorientierten Koalitionspartner FDP durch die eher staatsorientierte SPD ausgetauscht. Der neue Koalitionsvertrag verspricht, dass sich die Staatstätigkeit kräftig ausweitet. Die Regierungsbeteiligung der SPD trägt also die für die Wähler zu erwartenden Früchte.

Mit dem sich abzeichnenden Politikwechsel sind jedoch zwei Probleme verbunden. Das erste Problem ist, dass sich die Mehrheit der deutschen Wähler diesen Politikwechsel hin zu mehr Einfluss des Staates nicht gewünscht hat. Bei der letzten Bundestagswahl haben sich die 41,5% Unionswähler und die gut 9% Wähler für die FDP und die AfD sicher nicht mehr Bevormundung durch die Politik gewünscht. Das zweite Problem ist, dass wichtige Elemente der zu erwartenden Wirtschaftspolitik verfehlt sind. Die Paradebeispiele sind der geplante Mindestlohn und die Rentenpolitik. Wenn der flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde kommt – noch besteht Hoffnung, dass es sich CDU/CSU und SPD während der Legislaturperiode anders überlegen – wird die Arbeitslosigkeit insbesondere im Osten steigen. Darüber hinaus werden die Unternehmen die höheren Personalkosten auf die Verbraucher überwälzen. Ebenso ist zu erwarten, dass die Schwarzarbeit zunimmt.

SPD und CDU/CSU haben der jetzt älteren Generation mit dem neu geschnürten Rentenpaket ein großzügiges Weihnachtsgeschenk gemacht. Dieses Rentenpaket geht nicht allein auf den Umverteilungsdrang der SPD zurück: Die Rentner sind eine der wichtigsten Wählergruppen der CDU/CSU, die sich bei Geschenken für die Rentner deshalb nicht lumpen lässt. In der CDU/CSU konnte oder wollte offensichtlich niemand noch einmal klipp und klar machen, was alle in Deutschland eigentlich schon wissen: Wenn die Menschen immer älter werden und dabei vielfach auch viel vitaler als früher bleiben, dann können sie auch länger arbeiten – sie müssen sogar länger arbeiten, wenn unser Solidarsystem am Leben bleiben soll. Wenn in Zukunft immer weniger Junge immer mehr Alte finanzieren müssen und die Rente für

die jetzt Jungen später nicht mehr reichen wird, dann muss mit Extraleistungen an die heute Alten ganz behutsam umgegangen werden. Zu differenzieren ist zwischen den zwei wesentlichen Bestandteilen des Rentengeschenks. Die Möglichkeit des vorzeitigen Renteneintritts ohne Abschläge im Alter von 63 Jahren bei Vorliegen von 45 Versicherungsjahren ist verfehlt, weil sie ausschließlich den Betroffenen und nicht vermehrt dem System zugutekommt. Die »Mütterrente« ist an sich sinnvoll, weil sie Kinderkriegen und Großziehen von Kindern belohnt, wodurch im Umlagesystem die Rente der zukünftigen Generationen gesichert wird. Dennoch wird die Mütterrente teuer. Zur Gegenfinanzierung hätte sich die CDU/CSU beispielsweise für ein höheres Renteneintrittsalter stark machen können. Dazu fehlte der CDU/CSU der Mut.

Viel früher als gedacht mag der Regierung auf die Füße fallen, dass ihre Rentengeschenke alsbald gegenfinanziert werden müssen. Wenn keine neuen Schulden gemacht werden sollen, geht das entweder nur durch höhere Beiträge zur Rentenversicherung oder durch höhere Steuern. Beides macht Arbeit in Deutschland teurer. Gekoppelt mit dem Mindestlohn droht uns somit, vom Wachstumspfad abzukommen und unsere komfortable wirtschaftliche Lage einzubüßen.

* Auch erschienen unter dem Titel »Das bringt die große Koalition: Schwarzarbeit nimmt zu, Arbeit wird teuer«, Focus online, 14. Dezember 2013, verfügbar unter: http://www.focus.de/politik/gastkolumnen/potrafke/neue-regierung-vor-grossen-problemen-das-bringt-die-grosse-koalition-schwarz-arbeit-nimmt-zu-arbeit-wird-teuer_id_3480553.html

Steffen Henzel, Wolfgang Nierhaus, Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Kai Carstensen, Christian Grimme, Oliver Hülsewig, Atanas Hristov, Nikolay Hristov, Michael Kleemann, Wolfgang Meister, Johanna Plenk, Elisabeth Wieland, Anna Wolf, Timo Wollmershäuser und Peter Zorn*

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland wird sich im kommenden Jahr beschleunigen. Darauf deutet das ifo Geschäftsklima hin, das in den vergangenen Monaten eine deutliche Aufwärtstendenz gezeigt hat. Auch bessert sich das weltwirtschaftliche Umfeld. Die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind ebenfalls günstig. Die Unsicherheit bei den Unternehmen ist gesunken, und für die Anleger bleibt sie bei einer Auslandsanlage hinreichend hoch, um das Interesse an einer vergleichsweise sicheren Investition in Deutschland aufrechtzuerhalten. Die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sind gut. Vor diesem Hintergrund wird die konjunkturelle Expansion voraussichtlich von der Binnenwirtschaft getragen. Im Jahresdurchschnitt 2014 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt, bei einem Unsicherheitsintervall ($\frac{2}{3}$ Wahrscheinlichkeit) von 0,8% bis 3,0%, daher um 1,9% zunehmen.

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Im vergangenen Sommer hat sich das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion leicht beschleunigt. So legten sowohl die Weltindustrieproduktion als auch der Welthandel etwas kräftiger zu als noch zu Beginn des Jahres 2013. Dabei war die globale Entwicklung nach wie vor durch eine starke Heterogenität zwischen den einzelnen Regionen gekennzeichnet. Während sich die Konjunkturlage in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zunehmend aufhellte, durchliefen wichtige aufstrebende Ökonomien eine Schwächephase, die nicht nur konjunkturelle, sondern vielerorts auch strukturelle Gründe hatte. Damit wurden die Industrieländer zum ersten Mal seit mehr als vier Jahren zur treibenden Kraft der konjunkturellen Besserung. Insgesamt war das globale Expansionstempo allerdings deutlich moderater als in den Jahren vor Ausbruch der Finanzkrise (vgl. Abb. 1.1). Im kommenden Winterhalbjahr dürften sich die Zuwächse der Weltproduktion weiter, wenn auch nur leicht, beschleunigen. Darauf deuten der ifo World Economic Survey sowie die Mehrzahl der übrigen Frühindikatoren hin, die seit dem Spätsommer 2013 nahezu überall aufwärtsgerichtet sind.

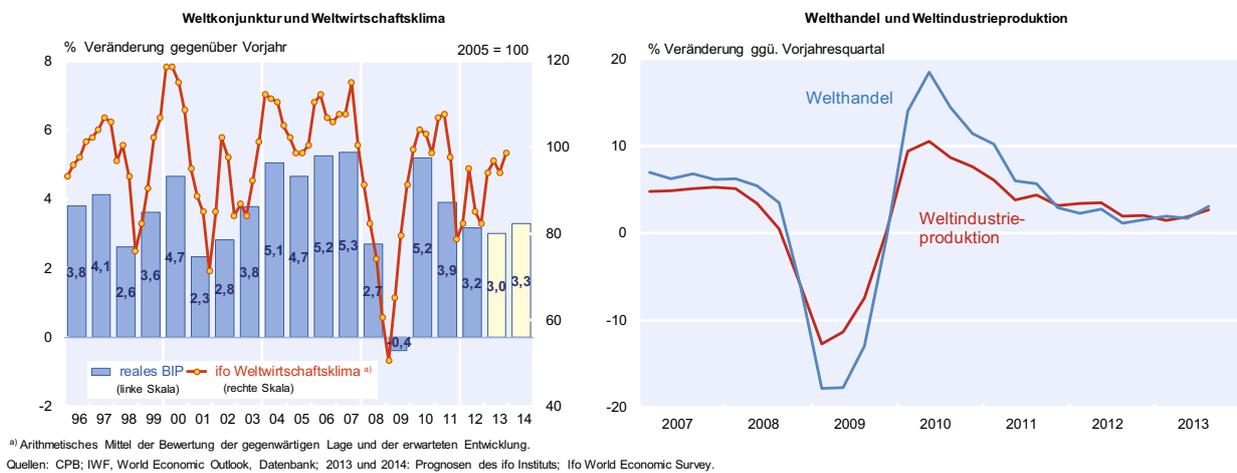
Im Sommerhalbjahr zeigte sich die Konjunktur in den *fortgeschrittenen Volks-*

wirtschaften vielerorts spürbar kräftiger als in den sechs Monaten zuvor. Allerdings waren die treibenden Kräfte von Land zu Land sehr unterschiedlich. So konnten die privaten Haushalte in den USA, gestützt durch die Verbesserung ihrer Vermögenssituation, die vorteilhafte Entwicklung am Häusermarkt und die zunehmende Aufhellung der Beschäftigungslage, ihre Konsumausgaben kräftig ausweiten. Dadurch wurde der kontraktive Impuls, der von der Finanzpolitik ausging, mehr als kompensiert. Auch die Aktivität im Bausektor legte beschleunigt zu. Nicht zuletzt profitierte die Konjunktur von der weiterhin äußerst expansiven Geldpolitik der Zentralbank. In Großbritannien beschleunigte sich das Expansionstempo ebenfalls. Stützend wirkten dort neben der Geldpolitik und dem bereits fortgeschrittenen Schuldenabbau im privaten Sektor sowie die allmähliche Abschwächung des fiskalischen Restriktionsgrades. In Japan ist die Geldpolitik seit Jahresbeginn äußerst expansiv ausgerichtet, was die privaten Konsum- und Investitionsausgaben beflügelte und der heimischen Exportindustrie die Vorteile eines stark geschwächten Yen bescherte. Auch die Finanzpolitik lieferte positive Impulse.

Schließlich konnte sich die Wirtschaft des *Euroraums* im vergangenen Frühjahr von der mehr als ein Jahr anhaltenden Rezession lösen und im Sommer 2013 moderate Zuwächse verzeichnen. Stützend wirkten hier vor allem die Rückführung des fiskalischen Restriktionsgrades, sowie die Abnahme der Unsicherheit über

* Wir danken Hans-Werner Sinn für viele wichtige Diskussionen und Hinweise.

Abb. 1.1
Weltkonjunktur



den Fortbestand des Währungsraums. Obgleich sich die Stimmung von Konsumenten und Produzenten nahezu überall im Euroraum in den vergangenen Monaten aufgehellt hat, bleibt die wirtschaftliche Lage der einzelnen Volkswirtschaften sehr heterogen. Denn mehrere Euroraumländer leiden nach wie vor unter einer sehr hohen privaten und/oder öffentlichen Verschuldung. Ferner ist die Lage im Bankensektor in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland nach wie vor sehr fragil. Dort steigt der Anteil der ausfallgefährdeten Kredite stetig und belastet die Bankbilanzen. Zudem leiden die Länder unter der nach wie vor fehlenden Wettbewerbsfähigkeit, da die notwendigen Preisanpassungen bislang noch nicht in ausreichendem Umfang stattgefunden haben. Zwar sind in einigen Volkswirtschaften bereits sinkende Preise zu beobachten. Um diese beiden Probleme aber durchgreifend zu lösen, sind tiefgreifende Reformen nötig. Die Regierungen sehen sich hier einem starken gesellschaftlichen und politischen Widerstand gegenüber. Ein weiteres Hemmnis, diese beiden Probleme anzugehen, geht dabei von der großzügigen Bereitstellung von Hilfgeldern durch die europäischen Rettungsschirme, der Lockerung der fiskalpolitischen Ziele, die die EU-Kommission zu Jahresbeginn mehreren Euroraumländern gewährte sowie dem Target-System und dem OMT-Programm der EZB aus. Diese Maßnahmen haben für viele Regierungen die zuvor sehr hohen Refinanzierungskosten und den daher massiven Marktdruck reduziert und die Reform- und Sparanstrengungen verlangsamt. Besorgniserregend ist die gegenwärtige Entwicklung auch in Frankreich. Das Land ist ebenfalls hoch verschuldet und leidet unter Strukturproblemen. In den zurückliegenden drei Jahren ist es aber nicht gelungen, strukturelle Reformen einzuleiten, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die langfristigen Wachstumsaussichten erhöhen könnten.

In zahlreichen wichtigen *Schwellenländern* hat das wirtschaftliche Expansionstempo seit dem vergangenen Herbst

kontinuierlich, wenn auch unterschiedlich stark, abgenommen. Maßgeblich dafür waren nicht zuletzt mehrere konjunkturelle Faktoren. So litten im vergangenen Winterhalbjahr viele aufstrebende Ökonomien unter der sehr schwachen Nachfrage aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Zudem litten Brasilien, Russland sowie weitere lateinamerikanische Länder unter stagnierenden oder sinkenden Rohstoffpreisen. Vielerorts spielten auch die Nachwirkungen der graduellen geld- und fiskalpolitischen Straffung bis etwa Mitte 2012 eine Rolle. Zudem erlitten im Sommer 2013 viele Schwellenländer starke Abflüsse ausländischen Kapitals, was die Refinanzierungsbedingungen für den privaten und öffentlichen Sektor dort merklich verschlechterte und mehrere Währungen unter einen massiven Abwertungsdruck setzte. Zum Teil waren diese Turbulenzen eine Reaktion auf die nachlassende wirtschaftliche Dynamik in den aufstrebenden Ökonomien. Vor allem aber wurden die Spannungen an den Finanz- und Devisenmärkten durch Signale ausgelöst, dass eine graduelle Straffung der Geldpolitik in den USA, früher als von den Finanzmarktakteuren antizipiert, eingeleitet werden könnte. Während sich viele Regionen der Welt einer temporären Abschwächung der Kapitalimporte, Währungsabwertungen gegenüber dem US-Dollar und steigenden Anleihezinsen gegenüber sahen, waren diese Anpassungen besonders ausgeprägt in den Schwellenländern (Türkei, Indien, Indonesien, Brasilien, Südafrika), deren öffentliche und private Schuldner besonders anfällig bei Abwertungen der heimischen Währung gegenüber dem US-Dollar sind. Denn diese Volkswirtschaften weisen einen verhältnismäßig hohen, auf US-Dollar lautenden kurzfristigen Refinanzierungsbedarf auf. Ende August stabilisierten sich die Kapitalströme in die Schwellenländer wieder. Maßgeblich dafür waren Leitzinserhöhungen und Devisenmarktinterventionen mehrerer Zentralbanken dieser Länder sowie die Entscheidung der Notenbank in den USA, die Rückführung ihrer Wertpapierkäufe zeitlich zu verschieben. Diese Turbulenzen dürften zu einem erheblichen Teil

auf Übertreibungen zurückzuführen sein. Ferner zeigte sich im Sommer, dass die Schwellenländer im Unterschied zu den Zahlungsbilanzkrisen Ende der 1990er Jahre gegenwärtig über ausreichende Devisenreserven verfügen, um Marktturbulenzen entgegenzuwirken. Gleichwohl bleiben die Refinanzierungsbedingungen für Haushalte, Unternehmen und den Staat seit dem Sommer vielerorts restriktiver als noch zu Beginn des Jahres 2013.

Darüber hinaus ist der Rückgang des Expansionstempos in den Schwellenländern auch strukturellen Problemen geschuldet. So sehen sich mehrere wichtige aufstrebende Volkswirtschaften einer merklichen Abflachung ihres Bevölkerungswachstums gegenüber, was die Erhöhung des Erwerbsspersonspotenzials verlangsamt und somit das Potenzialwachstum reduziert. Darüber hinaus hat China aufgrund verhältnismäßig stark steigender Lohnstückkosten in den vergangenen Jahren spürbar an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Schwellenländern eingebüßt. Zudem mehren sich die Anzeichen, dass das Potenzial des auf Kapitalakkumulation basierten Wachstumsmodells langsam ausgeschöpft ist. Denn die Überkapazitäten, die in vielen Bereichen aufgebaut wurden, machen weitere Investitionen weniger profitabel und daher weniger attraktiv. Auch verringert sich mit zunehmendem Entwicklungsniveau Chinas der Spielraum für Produktivitätserhöhungen durch die Adaption bereits bestehender moderner Technologien. In Brasilien belasten die mangelnde Infrastruktur und der ausgeprägte Interventionismus der Regierung die Attraktivität des Landes als Investitionsstandort. In Indien dürften Probleme im Bankensektor, Engpässe bei der Energieversorgung und die Überregulierung vieler Wirtschaftsbereiche die wirtschaftliche Expansion dämpfen, obschon die Regierung jüngst einige Reformschritte zur Erleichterung des Zugangs ausländischer Direktinvestitionen unternommen hat. Zwar waren all diese strukturellen Faktoren seit geraumer Zeit präsent, ihre Effekte jedoch wurden in den ersten drei Jahren nach der Finanzkrise durch die stimulierende Wirkung massiver geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen überlagert.

Geldpolitik: Expansiv in den Industrieländern, uneinheitlich in den Schwellenländern

Die Geldpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat im vergangenen Sommerhalbjahr ihren Expansionsgrad beibehalten. Dabei greifen die Zentralbanken der USA, Großbritanniens und Japans, angesichts bereits sehr niedriger Leitzinsen von nahe 0%, weiterhin auf vorerst zeitlich unbefristete unkonventionelle Maßnahmen der monetären Lockerung zurück. Lediglich die EZB nutzte einen Teil des noch verbliebenen zinspolitischen Spielraums, indem sie im Oktober, angesichts der Verlangsamung des Preisauftriebs im Euroraum, den Leitzins geringfügig von 0,5% auf 0,25% senkte.

Zusätzlich zu den Maßnahmen der monetären Lockerung greifen die Notenbanken der fortgeschrittenen Volkswirtschaften seit einiger Zeit auch auf eine intensivere Kommunikationspolitik zurück, um die Wirksamkeit ihrer Geldpolitik zu erhöhen. So knüpften die Fed und die Bank of England den künftigen Pfad des Leitzinses und der monetären Expansion an die Erreichung konkreter konjunktureller Ziele. Damit sollen die mittelfristigen Zinserwartungen so lange niedrig und damit die Refinanzierungsbedingungen günstig gehalten werden, bis sich die wirtschaftliche Erholung hinreichend gefestigt hat. Die Bank of Japan hat im Januar 2013 die Befristung des im Herbst 2012 aufgestockten Wertpapieraufkaufprogramms aufgehoben und die Dauer seiner Durchführung an die Erreichung des neuen Inflationsziels von 2% geknüpft. Ferner kündigte sie im April 2013 an, die Zentralbankgeldmenge binnen der kommenden zwei Jahre zu verdoppeln. Entsprechend wertet der Yen seit mehreren Monaten ab, was die japanische Exportwirtschaft beflügelt. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Spätsommer vergangenen Jahres ihre Bereitschaft angekündigt, unter bestimmten Konditionen Staatsanleihen einzelner Euro-raumländer zu kaufen und somit deren Kurse zu stützen (OMT-Programm). Die Ankündigung reduzierte die Sorge vieler Investoren vor einem Zahlungsausfall einzelner Länder oder gar einem Auseinanderbrechen der Währungsunion und ließ die zuvor stark gestiegenen Risikoprämien auf private und öffentliche Schuldtitel aus nahezu allen Mitgliedsstaaten fallen. Dies vermochte allerdings die Kreditzinsen in Euroraumländern mit Finanzierungsproblemen nicht zu senken. Auch im Prognosezeitraum dürfte der Versuch, die Staatsanleihezinsen zu reduzieren, einen sehr begrenzten Effekt auf die Kreditzinsen in der europäischen Peripherie entfalten (vgl. Kasten: Zur Effektivität des OMT-Programms der EZB). Darüber hinaus kündigte im September 2013 auch die EZB an, den Leitzins für einen längeren Zeitraum auf einem sehr niedrigen Niveau zu belassen, um somit die im Sommer auch im Euroraum gestiegenen mittelfristigen Zinserwartungen wieder etwas zu drücken.

Insgesamt wird die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wohl auch im Prognosezeitraum sehr expansiv bleiben. Denn es dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis sich die konjunkturelle Lage soweit aufgehellt hat, dass die von den einzelnen Notenbanken festgelegten Kriterien für erste Leitzinserhöhungen erfüllt sind. Allerdings ist die Erholung in den USA und Großbritannien mittlerweile so weit fortgeschritten, dass bereits in der ersten Hälfte des kommenden Jahres die Rückführung der Wertpapieraufkaufprogramme eingeleitet werden dürfte.

In den aufstrebenden Volkswirtschaften war die Geldpolitik in den zurückliegenden sechs Monaten deutlich heterogener. In den Ländern, deren Währung im Sommer starkem Abwertungsdruck ausgesetzt war, wurden die Leitzinsen zum Teil kräftig angehoben. Damit versuchten die dortigen No-

Kasten 1.1**Zur Effektivität des OMT-Programms der EZB**

Die Europäische Zentralbank begründet ihr OMT-Programm mit Störungen in der geldpolitischen Transmission. Diese finden ihrer Meinung nach darin ihren Ausdruck, dass die Leitzinssenkungen, die seit Mitte 2008 vorgenommen wurden, lediglich zu Rückgängen bei den Kreditzinsen in den Kernländern, nicht jedoch in den Krisenländern geführt haben. Ziel des OMT-Programms ist daher die Verringerung der Zinsspreizungen im Euroraum, die zu Lasten der Krisenländer gehen (vgl. Europäische Zentralbank 2012a; 2012b).

Die Begründungen der EZB werden vom ifo Institut nicht geteilt, denn Zinsspreizungen nach der Bonität der Schuldner sind essenzielle Steuerungselemente in der Marktwirtschaft, die die Überschuldung und die daraus resultierenden Gefahren rechtzeitig verhindern. Wenn die Investoren das Risiko ihres Engagement selbst tragen und keine Chance haben, es über das OMT auf die Steuerzahler der noch gesunden Länder des Eurosystem abzuwälzen, die für die Verringerung der Gewinnausschüttungen des EZB-Systems aufkommen müssen, dann verlangen sie höhere Zinsen, und die höheren Zinsen veranlassen die Schuldner, sich weniger zu verschulden. Dieser Zusammenhang ist fundamental und für das Funktionieren des Eurosystems unverzichtbar. So gesehen ist das OMT als ökonomisch fragwürdige Intervention der EZB einzustufen, die die Selbstregulierung des Kapitalmarktes unterminiert und das Risiko einer weiteren Schuldenblase in sich birgt.

Das gilt auch bezüglich des Argumentes der EZB, dass sich in den Zinsspreizungen ein Redenominierungsrisiko nach einem möglichen Zusammenbruch des Euro zeigt. Auch dieses Risiko begründet keine Intervention der EZB, weil nur jene Länder von ihm betroffen sind, die ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Übersteuerung verloren haben und abwerten müssen. Das Abwertungsrisiko müssen Investoren bei ihrem Kalkül berücksichtigen, weil relative Preisänderungen grundsätzlich zu den zinsbestimmenden Faktoren in der Marktwirtschaft gehören (vgl. Dorfman, Solow und Samuelson 1958; Sinn (2013a).

Wenngleich somit die Zielsetzung der EZB kritikwürdig ist, stellt sich die Frage, ob sie mit ihren Aktionen überhaupt in der Lage ist, die angestrebten Ziele zu erreichen. Die EZB selbst bezweifelt das, denn sie stellt fest, dass die Zinsen für Unternehmenskredite in den Krisenländern nach der Ankündigung des Programms nahezu unverändert hoch blieben. Teilweise stieg sogar der Abstand zu den Kreditzinsen in den Kernländern.

In einer aktuellen Studie untersuchen Hristov et al. (2013) dieses Thema eingehend. Die Analyse erfolgt mithilfe eines vektorautoregressiven Modells mit zeitvariablen Koeffizienten (TVPVAR).¹ Die endogenen Variablen des Modells sind die Staatsanleihezinsen mit einer Laufzeit von einem bis drei Jahren und der Unternehmenskreditzins. Beide Größen werden jeweils als der Durchschnitt über die Peripherieländer (Italien, Spanien, Portugal, Irland) gemessen. Ferner werden Schätzungen unter Verwendung sowohl kurzfristiger (Laufzeit bis zu einem Jahr) als auch langfristiger (Laufzeit von bis zu drei Jahren) Unternehmenskreditzinsen durchgeführt. Da zu vermuten ist, dass die Verwerfungen im Zuge der globalen Finanzkrise sowie der Eurokrise zu beträchtlichen strukturellen Veränderungen geführt haben, hat ein TVPVAR klare Vorteile gegenüber Ansätzen mit konstanten Koeffizienten. Die zeitvariable Modellstruktur ermöglicht es, die potentielle Effektivität von Eingriffen an den Bondmärkten durch die EZB zu verschiedenen Zeitpunkten sowie am aktuellen Rand zu schätzen.

Die Schätzergebnisse deuten darauf hin, dass ein unerwarteter Rückgang der Staatsanleihezinsen eine statistisch signifikante Reduktion sowohl bei den kurzfristigen als auch bei den langfristigen Kreditzinsen hervorruft. Allerdings ist die Übertragung alles andere als vollkommen und hat sich seit Ausbruch der globalen Finanzkrise stark abgeschwächt. So konnte bis Mitte 2008 ein Rückgang der Staatsanleiherenditen um einen Prozentpunkt die kurz- und langfristigen Kreditzinsen um höchstens 0,4 bzw. 0,6 Prozentpunkte senken. Dabei wurden diese maximalen Reaktionen nicht sofort, sondern erst nach sieben bzw. vier Monaten erreicht. Im Herbst 2008 hingegen ist die Reagibilität der Kreditzinsen spürbar um einen Drittel gesunken und bis zum Ende des Betrachtungszeitraums (Mitte 2013) auf diesem niedrigeren Niveau geblieben. Dabei führten weder die zweifache Durchführung von Dreijahrestendern durch die EZB (LTRO-Programm) im Winter 2011/12 noch die Ankündigung des OMT-Programms zu einer nennenswerten Veränderung des Zusammenhangs zwischen Kredit- und Staatsanleihezinsen.

Angesichts dieser Indizien für einen abgeschwächten, jedoch noch immer signifikanten Zusammenhang zwischen Staatsanleihen- und Kreditzinsen, stellt sich die Frage, wie groß die Intervention der EZB an den Bondmärkten sein müsste, um das Kreditzinsniveau in den Peripherieländern auf jenes in den Kernländern zu drücken. Aufschluss darüber liefert die folgende kontrafaktische Simulation auf der Basis des geschätzten TVPVARs: Es wird angenommen, dass die EZB ab Mai 2013 an den Bondmärkten interveniert und dabei die Staatsanleiherenditen der Peripherieländer dauerhaft auf deren Niveau in den Kernländern senkt. Dabei wird der Notenbankeingriff einer Sequenz von Schocks in der Bondzinsgleichung gleichgesetzt. Die daraus resultierende Reaktion der kurz- und langfristigen Kreditzinsen wird für zwei alternative Parametrisierungen des Modells berechnet – unter der hypothetischen Annahme, dass die Koeffizienten ihren Vorkrisenwerten entsprechen sowie unter der Prämisse, dass die seit Ausbruch der Finanzkrise geltenden Parameterwerte vorliegen.

Unter beiden Parametrisierungen würde die EZB im Mai 2013 eine massive Intervention benötigen, um die Staatsanleihezinsen bereits im selben Monat auf das gewünschte Niveau zu senken. Der Eingriff würde einem enormen Renditeschock von knapp 2 Prozentpunkten an den Bondmärkten hervorrufen, der um knapp das Fünffache die Standardabweichung der Schocks übersteigt, die gemäß dem Modell die Bondrenditen üblicherweise treffen (vgl. Abb. 1.2, 2 und 4). In den Folgemonaten würden weitere Interventionen nötig sein, die die Bondrenditen in jeder Periode um etwa 0,3 Prozentpunkte drücken. Trotz der massiven Eingriffe, wäre die EZB weder vor 2008 noch gegenwärtig in der Lage, die kurzfristigen Kreditzinsen in der Peripherie auf deren Niveau in den Kernländern zu senken (vgl. Abb. 1.2, 1).

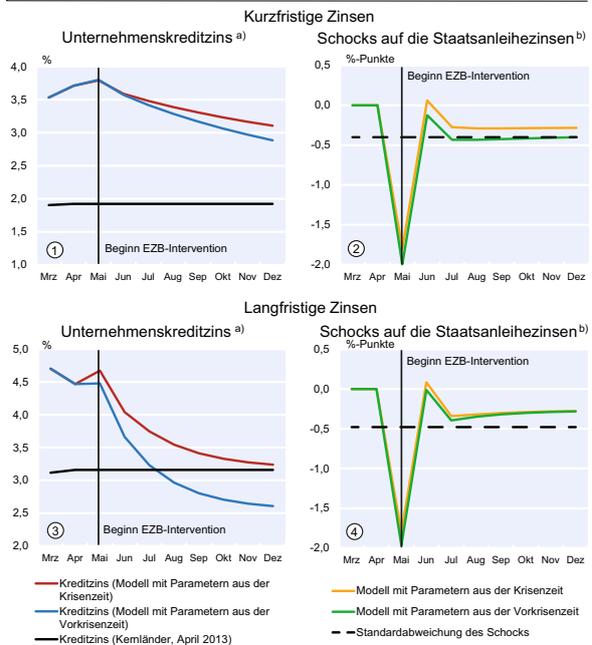
¹ Vgl. Primiceri (2005), Nakajima, Kasuya und Watanabe (2011) sowie del Negro und Primiceri (2013) für Kritik an dem Ansatz.

Etwas mehr Erfolg dürften sie hinsichtlich der Zinsen auf Unternehmenskredite mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr haben. Diese wären bei ähnlich großen Interventionen nach etwa einem Monat auf das Zinsniveau in den Kernländer gefallen, unterstelle man das Vorliegen der Modellparameter aus dem Vor-krisenzeitraum. Lege man dagegen die Parameterwerte zugrunde, die am aktuellen Rand gelten, so würde die EZB mehr als ein halbes Jahr brauchen, um die Kreditzinsen auf das gewünschte Niveau zu reduzieren (vgl. Abb. 1.2, 3).

Alles in allem zeichnet die Analyse ein eher düsteres Bild hinsichtlich des Erfolgspotenzials des OMT-Programms zur Senkung der Kreditzinsen in der europäischen Peripherie. So wäre die EZB in der Lage, nur die langfristigen, nicht aber die kurzfristigen Kreditkosten zu drücken. Zudem würde dies gut ein halbes Jahr in Anspruch nehmen, während dessen kontinuierliche und dabei massive Interventionen an den Bondmärkten erforderlich wären. Vor allem kurzfristig müsste die EZB einen enormen Schock auf die Bondrenditen erzeugen. Dieser Schock ist um etwa ein fünffaches größer, als die historisch beobachtbare Volatilität an den Staatsanleihenmärkten und erscheint daher als wenig realistisch. Schließlich ist es äußerst fraglich, inwiefern die Vorteile des OMT-Programms, angesichts des sehr begrenzten Zielerreichungspotenzials, die mit dem Programm verbundenen Risiken kompensieren. Denn umfangreiche Staatsanleihenkäufe bergen eine Reihe von Gefahren. Sie führen zu Fehlanreizen bei den Regierungen der Krisenländer, erhöhen die Risiken in der EZB-Bilanz und untergraben die Glaubwürdigkeit der Notenbank.

Abb. 1.2

Modellsimulation: Interventionen der EZB auf den Staatsanleihenmärkten



^{a)} Hypothetische Entwicklung unter Interventionen der EZB ab Mai 2013. - ^{b)} Erforderlich, um die Staatsanleiherenditen in den Krisenländern auf deren Niveau in den Kernländern zu drücken.
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

tenbanken, den starken Kapitalabflüssen, der Zunahme der in heimischer Währung gemessenen kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten und dem Anstieg der Inflation aufgrund steigender Importpreise entgegenzuwirken. In Indien leitete die Zentralbank sogar makroprudentielle Maßnahmen zur Eindämmung der Kapitalflucht ein. Diese Eingriffe trugen zwar zur Beruhigung an den Devisenmärkten bei, führen jedoch dazu, dass im Prognosezeitraum die Refinanzierungsbedingungen weniger günstig ausfallen werden als noch vor dem vergangenen Sommer. In Ländern, die eine deutlich solidere Nettoauslandsposition, geringere Leistungsbilanzdefizite und eine moderatere Inflation aufwiesen, beließen die Zentralbanken die Leitzinsen unverändert oder senkten sie sogar leicht, um die negativen Effekte der vergleichsweise schwachen Nachfrage aus China und anderen Schwellenländern zu kompensieren. Der Expansionsgrad der Geldpolitik in den aufstrebenden Ökonomien dürfte im Prognosezeitraum angesichts des zumeist eher moderaten Preisauftriebs und der im historischen Vergleich geringen konjunkturellen Dynamik keinen nennenswerten Anpassungen unterliegen.

Finanzpolitik: Restriktiv in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, neutral in den Schwellenländern

Die meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind angesichts noch immer hoher Budgetdefizite und wachsender

Staatsschulden weiterhin bemüht, ihre öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. So hat die Mehrzahl der Euroraumländer auch im laufenden Jahr massive fiskalische Sparmaßnahmen durchgeführt, obgleich der restriktive Impuls vielerorts etwas milder ausfällt als noch im Vorjahr. Besonders groß waren die Kürzungen in den Mitgliedsländern, die bei ihrer Refinanzierung auf internationale Hilfe angewiesen sind, sowie in Italien, das im Spätsommer 2011 und im Frühjahr 2012 ebenfalls den starken Kapitalmarkterschütterungen im Zuge der Euro-Krise ausgesetzt war. Im kommenden Jahr wird die Haushaltskonsolidierung im Euroraum weiterhin bremsend wirken. Allerdings dürfte der Restriktionsgrad in nahezu allen Mitgliedsländern weitaus moderater ausfallen als noch im Jahr 2013. Auch in den USA befindet sich die Finanzpolitik seit Jahresbeginn auf intensivem Konsolidierungskurs. So wurden mit der so genannten »fiskalischen Klippe« umfangreiche Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen eingeleitet. Ferner führte im Oktober der zähe Haushaltsstreit zwischen den beiden politischen Lagern und die damit einhergehende Verzögerung bei der Verabschiedung eines neuen Haushaltsgesetzes zu einer Lahmlegung (»Government Shutdown«) der öffentlichen Verwaltung für gut zwei Wochen. Zunächst wurde lediglich ein Übergangshaushalt beschlossen, ehe sich die beiden Parteien Mitte Dezember auf einen Haushaltsentwurf für die kommenden zwei Jahre einigen konnten. Damit werden die automatischen flächendeckenden Budgetkürzungen (»Sequester«), die sonst eingetreten wären, moderat gelockert. Insgesamt

dürfte der fiskalpolitische Restriktionsgrad in den USA im kommenden Jahr etwas abnehmen. Lediglich in Japan wurden im vergangenen Spätherbst – trotz der hohen Defizite und der enormen Staatsverschuldung – umfangreiche Ausgabenprogramme zur Ankurbelung der Konjunktur beschlossen. Allerdings wird die Finanzpolitik bereits im kommenden Jahr im Zuge der geplanten Mehrwertsteuererhöhung ihren Expansionsgrad spürbar zurückfahren.

In der Mehrzahl der Schwellenländer sind die öffentlichen Defizite moderat und die Staatsverschuldung deutlich geringer als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Entsprechend konnten einige Länder (China, Brasilien und Südkorea) einen Teil des vorhandenen finanzpolitischen Spielraums nutzen, um mittels Investitionsprogrammen die schwache Nachfrage aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zumindest teilweise zu kompensieren. Im kommenden Jahr werden diese Stimuli auslaufen, so dass die Fiskalpolitik in den meisten Schwellenländern neutral wirken dürfte. Lediglich in Indien dürften öffentliche Investitionsprogramme die Konjunktur moderat ankurbeln.

Basisszenario und Risiken für die Prognose

Der vorliegenden Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass es zu keiner neuerlichen Eskalation der Eurokrise kommt. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass die strukturellen Anpassungen im Euroraum wie angekündigt fortgesetzt werden, was hier unterstellt wird. Ferner wird angenommen, dass die Finanzierung der öffentlichen Haushalte Griechenlands, Irlands und Portugals bis zum Ende des Prognosezeitraums sichergestellt ist. Irland deckt seinen Kapitalbedarf bereits nahezu vollständig über den Kapitalmarkt, während die Hilfsprogramme Griechenlands und Portugals im kommenden Jahr auslaufen. Entsprechend werden auch diese beiden Länder zu einer Refinanzierung über die internationalen Kapitalmärkte zurückkehren müssen. Allerdings laufen in den Jahren 2015 und 2016 sowohl in Portugal als auch in Griechenland beträchtliche Volumina an Staatsschulden aus. Eine vollständige Refinanzierung am Kapitalmarkt erscheint angesichts der wirtschaftlichen Schwäche der beiden Mitgliedsstaaten als unwahrscheinlich. Daher wird angenommen, dass Portugal und Griechenland bereits im Prognosezeitraum Finanzhilfe durch internationale Institutionen zugesagt bekommen. Entsprechend dieser Annahmen wird hier unterstellt, dass sich das Vertrauen von Investoren, Konsumenten und Produzenten im Euroraum, wenn auch nur sehr langsam, weiter festigt. Als Folge verschlechtern sich die Refinanzierungsbedingungen für Geschäftsbanken sowie private Haushalte und Unternehmen nicht weiter.

Gleichwohl stellt die Eurokrise das Hauptrisiko für die globale wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr dar.

Denn mehrere Euroraumländer weisen nach wie vor sehr hohe öffentliche und private Schuldenstände. Zudem durchlaufen diese Volkswirtschaften eine Phase der wirtschaftlichen Schwäche oder befinden sich in der Rezession, was das Abtragen der Schuldenlast zusätzlich erschwert. Daher sind diese Länder nach wie vor äußerst anfällig für eine Erosion des Investorenvertrauens und einen sprunghaften Anstieg der Refinanzierungskosten.

Eine wesentliche Gefahr für eine durchgreifende Besserung im Euroraum ist, dass die notwendigen Strukturreformen nicht weiter vorangetrieben werden. So müssen die Banken der Krisenländer restrukturiert werden, und die notwendigen Preisanpassungen müssen stattfinden, um die Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Sollten weitere Hilfsmaßnahmen durch die EZB oder eine weitere Lockerung der fiskalpolitischen Ziele vorangetrieben werden, so könnten sich viele politische Entscheidungsträger dazu veranlasst sehen, schmerzhaft Reform- und Sparanstrengungen zu verlangen. Die langfristigen Wachstumsaussichten würden dadurch deutlich verschlechtert.

Seit Ausbruch der Finanzkrise ist die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Inflation deutlich gestiegen. Risiken gehen dabei von den vielfältigen Maßnahmen der monetären Lockerung aus, die die Notenbanken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften seit Ausbruch der Finanzkrise ergriffen haben. So könnte die äußerst reichliche Bereitstellung günstiger Liquidität die Entstehung von Preisblasen und unerwünschter Volatilität an den Vermögens- und Währungsmärkten begünstigen. Dies verdeutlichen die kräftigen Aktienkursgewinne, die auch in Ländern wie Griechenland, Portugal, Spanien und Italien zu beobachten sind, obwohl diese sich aktuell in einer sehr schlechten wirtschaftlichen Verfassung befinden.

Ein weiteres Risiko rührt von der Inflationsentwicklung im Euroraum seit Beginn des Jahres her. So ist der Preisauftrieb von 2,8% im Januar auf 0,9% im November zurückgegangen. Dabei hat er sich in allen Mitgliedsländern der Währungsunion spürbar abgeschwächt. In Griechenland und Spanien gehen die Konsumentenpreise seit dem Sommer sogar zurück. Da die wirtschaftliche Erholung im Prognosezeitraum äußerst langsam voranschreiten dürfte, wird wohl auch die unionsweite Teuerungsrate deutlich unterhalb dem Inflationsziel der EZB von knapp unter 2% liegen. Eine lange Phase niedrigen Preisauftriebs könnte bei Investoren, Konsumenten und Produzenten jedoch zu einer Abwärtsrevision ihrer langfristigen Inflationserwartungen führen. Angesichts des kaum noch vorhandenen Leitzinssenkungspotenzials seitens der EZB, würde der Rückgang der Inflationserwartungen einen Anstieg der Realzinsen zur Folge haben und die Ausgabenbereitschaft der Investoren und Konsumenten senken. Auch würden die Lohnabschlüsse moderater ausfallen. Diese Anpassungen würden den tat-

sächlichen Preisauftrieb verlangsamen und somit die nach unten revidierten Inflationserwartungen tendenziell bestätigen. Zudem bedeutet eine niedrigere Teuerungsrate eine geringere Entlastung für öffentliche und private Nettoschuldner, was die laufende Nachfrage und somit die Inflation weiter dämpft. Im Extremfall könnte es zu einer Spirale aus Inflationsrückgängen und sukzessiven Herabsenkungen der Inflationserwartungen führen, die schließlich in eine dauerhafte Deflationsphase münden könnten. Da die Nominallöhne tendenziell nach unten rigide sind, würde die Deflation eine persistente Unterbeschäftigung nach sich ziehen (vgl. Benhabib, Schmitt-Grohe und Uribe 2001; Schmitt-Grohe und Uribe 2012). In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass ein Abgleiten in die Deflation auf Euroraumebene vermieden wird. Denn die langfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor bei dem Ziel der EZB nahe 2% verankert. Ferner wird unterstellt, dass die Strukturreformen, die mehrere Euroraumländer anvisiert haben, in den kommenden Jahren auch tatsächlich durchgeführt werden. Im Ergebnis wird eine dauerhafte Eintrübung der langfristigen Wachstums- und Inflationserwartungen verhindert.

Ausblick: Weltkonjunktur gewinnt nur geringfügig an Dynamik

Soweit sich das Basisszenario realisiert, wird die weltwirtschaftliche Expansion im Prognosezeitraum weiter, wenn auch nur moderat, an Fahrt gewinnen. Darauf deuten zahlreiche Indikatoren der Produzenten- und Konsumentenerwartungen, die sich seit dem Spätsommer in allen wichtigen Regionen zum Teil kräftig verbessert haben. Im Unterschied zu den vergangenen fünf Jahren werden diesmal allerdings nicht mehr die Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas die treibende Kraft hinter der Beschleunigung sein, sondern vielmehr fortgeschrittene Volkswirtschaften wie die USA, Großbritannien und im geringeren Maße Japan und der Euroraum. Dabei werden die aufstrebenden Ökonomien nach wie vor Zuwachsraten erzielen, die höher als jene in den Industrieländern sind. Das Expansionstempo dürfte aber im Prognosezeitraum kaum noch zunehmen. Nicht zuletzt werden die aufstrebenden Volkswirtschaften aufgrund struktureller Faktoren die Expansionsraten der vergangenen Jahre nicht mehr erreichen können.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürften sich die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum allmählich erhöhen, wenngleich diese nach wie vor geringer ausfallen werden als in den meisten Schwellenländern. So dürfte der private Konsum in den USA, gestützt durch die zunehmende Aufhellung auf dem Arbeits- und dem Häusermarkt und den weniger restriktiven Kreditvergabebedingungen, beschleunigt zulegen. Auch die Unternehmensinvestitionen dürften von der Belebung der Binnen-

nachfrage und der lockeren Geldpolitik profitieren, die ihnen nach wie vor relativ günstige Refinanzierungsbedingungen beschere werden. Schließlich wird im kommenden Jahre der finanzpolitische Impuls weniger kontraktiv sein als noch in diesem Jahr. Auch in Großbritannien dürfte sich die Binnen- nachfrage, gestützt durch die Verbesserung der Vermögensposition der privaten Haushalte und die expansive Geldpolitik, im Jahresverlauf zunehmend beleben. Die konjunkturelle Lage im Euroraum ist nach wie vor sehr trüb. Hier haben mehrere Mitgliedsländer noch immer mit gewaltigen Strukturproblemen zu kämpfen. Gleichwohl dürfte sich die moderate Erholung im Prognosezeitraum fortsetzen. Denn der Impuls aus den öffentlichen Sparmaßnahmen wird spürbar abnehmen. Zudem dürften auch die Nettoexporte, vor allem aufgrund der vielerorts schwachen Importe, stützend wirken. Schließlich wird der äußerst niedrige Preisdruck in einigen der strukturschwachen Länder (Irland, Spanien, Portugal, Griechenland) voraussichtlich zu einer Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen. Entsprechend wird der Euroraum im kommenden Jahr etwas stärker als in der Vergangenheit von der Belebung des Welthandels profitieren. In Japan werden die sehr expansiven Geld- und Fiskalpolitik sowie die Abwertung des Yen die Wirtschaft im Winterhalbjahr stark expandieren lassen. Im kommenden Jahr allerdings dürfte die konjunkturelle Dynamik allmählich wieder zurückgehen, da der positive finanzpolitische Impuls dann abebbt, die strukturellen Probleme aber fortbestehen dürften.

Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt wohl in diesem und im nächsten Jahr mit 2,7% bzw. 3,3% zunehmen (vgl. Tab. 1.1). Entsprechend wird der Welthandel im Jahr 2013 voraussichtlich um lediglich 1,9% expandieren, ehe er im kommenden Jahr um 4,8% zulegt. Dabei werden sich die Leistungsbilanzen der meisten Schwellenländer aufgrund der nach wie vor robusten Zuwächse bei der Binnennachfrage zunehmend verschlechtern. Im Euroraum dagegen dürfte die nach wie vor äußerst schwache Binnenkonjunktur zu einer Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos führen. Das Leistungsbilanzdefizit der USA wird wohl nahezu unverändert bleiben. Dort dürfte die Beschleunigung bei den Zuwächsen an Güterimporten durch die Ausweitung der Gas- und Ölexporte nahezu kompensiert werden. Der Preisauftrieb dürfte sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit Ausnahme der Europäischen Union im Prognosezeitraum wieder etwas beschleunigen. In Japan wird dabei auch der Effekt der geplanten Mehrwertsteuererhöhung im April 2014 eine wichtige Rolle spielen. In den aufstrebenden Ökonomien dürfte die Inflation, angesichts der moderaten Entwicklung der Rohstoffpreise in den vergangenen Monaten, zumeist keinen Anlass zur Straffung der Geldpolitik bieten. In Ländern wie Indien und Indonesien dürften die im Sommer durchgeführten Leitzinserhöhungen den aktuell recht hohen Preisauftrieb im Prognosezeitraum wieder etwas dämpfen.

Tab. 1.1
Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt
2012 bis 2014

	Gewicht ^{a)}	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %					
		2012	2013	2014	2012	2013	2014
Industrieländer							
EU 28	20,2	- 0,4	0,0	1,2	2,6	1,5	1,3
USA	19,1	2,8	1,7	2,3	2,1	1,5	2,0
Japan	5,6	1,9	1,7	1,6	0,0	0,3	2,7
Asiatische Tigerstaaten ^{b)}	3,9	1,8	2,8	4,2	2,1	1,4	2,5
Industrieländer insg.^{c)}	51,4	1,3	1,1	2,0	2,0	1,3	1,8
Schwellenländer							
Russland	3,0	3,4	1,2	2,0	5,1	6,7	6,0
China	14,3	7,7	7,6	7,5	2,6	2,5	3,4
Indien	5,7	3,8	2,8	4,1	9,3	11,3	9,3
Südostasiatische Schwellenländer ^{d)}	3,3	6,5	4,9	5,1	3,5	4,6	4,9
Lateinamerika ^{e)}	7,4	2,7	2,5	2,9	6,2	6,9	6,8
Schwellenländer insg.	33,6	5,4	4,8	5,2	4,8	5,5	5,4
<i>nachrichtlich:</i>							
Weltwirtschaft^{f)}	100,0	3,2	2,7	3,3	3,1	3,0	3,2
ifo Exportindikator^{g)}		1,8	1,0	2,1			
Welthandel, real^{h)}		2,4	1,9	4,8			
Annahmen							
Ölpreis US-Dollar/Barrel (Brent)			108,6	110,3			
Wechselkurs US-Dollar/Euro			1,32	1,34			

^{a)} Gewichtet mit Kaufkraftparitäten des Jahres 2012. – ^{b)} Gewichteter Durchschnitt aus Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong. – ^{c)} Gewichteter Durchschnitt aus den EU-27-Ländern, USA, Japan, Kanada, Schweiz, Norwegen, Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong. – ^{d)} Gewichteter Durchschnitt aus Indonesien, Thailand, Malaysia und Philippinen. – ^{e)} Gewichteter Durchschnitt aus Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien und Chile. – ^{f)} Weltwirtschaft nach Abgrenzung des IWF. – ^{g)} Bruttoinlandsprodukte von 36 Ländern gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. – ^{h)} Welthandel von Waren und Dienstleistungen in Abgrenzung der OECD.

Quelle: OECD; IWF; Berechnungen des ifo Instituts; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2013

Die Entwicklung in ausgewählten Ländern und Regionen

USA: Weniger restriktive Fiskalpolitik ermöglicht konjunkturelle Beschleunigung

Im Sommerhalbjahr liefen die dämpfenden Impulse der sogenannten »fiskalischen Klippe« aus. In Folge dessen beschleunigte sich die Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 0,2% im Winterhalbjahr auf zuletzt 0,7% im abgelaufenen Quartal. Die privaten Konsum- und Investitionsausgaben trugen dabei unterschiedlich stark zur Beschleunigung der Expansionsrate bei. Während der private Konsum, wohl auch als Folge der Steuererhöhungen zu Jahresbeginn, im dritten Quartal nur moderat um 0,4% zunahm, stiegen die privaten Ausrüstungs- und Anlageinvestitionen mit 2,3% erneut deutlich an. Hierfür maßgeblich waren der private Wohnungs- und Gewerbebau, sowie ein merklicher Anstieg der Lagerbestände, der mit 0,2 Prozentpunkten zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts beitrug. Dämpfend wirkte hingegen ein leichter Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen. Schließlich gingen

vom Außenhandel im Gegensatz zu den beiden Vorquartalen zuletzt wieder positive Impulse aus. So verbesserte sich der Außenbeitrag um 0,1 Prozentpunkte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Der Arbeitsmarkt hat sich nach einer erneuten Schwächephase im Sommer dieses Jahres wieder stabilisiert. So wurden in den Monaten August bis November durchschnittlich 200 000 Stellen pro Monat geschaffen, wodurch die Arbeitslosenrate auf zuletzt 7,0% zurückging. Dennoch ist der Beschäftigungsaufbau im Vergleich zu früheren Erholungsphasen in den USA weiterhin unterdurchschnittlich und die Arbeitslosenquote geht nur langsam zurück. Entsprechend ist auch die reale Einkommensentwicklung immer noch verhalten.

Die Finanzpolitik prägt in diesem Jahr erneut die konjunkturelle Dynamik. Einerseits bremste zu Jahresbeginn die »fiskalische Klippe« durch massive Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen, andererseits legte ein Haushaltsstreit die Bundesverwaltung zum Beginn des vierten Quartals für gut zwei Wochen lahm. Dabei wirken die Maßnahmen zur Haus-

haltskonsolidierung mit unterschiedlicher zeitlicher Verzögerung auf die US Konjunktur. So konzentrierte sich der kontraktive Impuls durch die Ausgabenkürzungen insbesondere im Verteidigungshaushalt vor allem auf das Winterhalbjahr, sodass der Staat seine Nachfrage im dritten Quartal 2013 sogar bereits wieder leicht ausweitete. Im Gegensatz hierzu schlugen die Ausgabenkürzungen im Sozialetat, der Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge um 2 Prozentpunkte und das Auslaufen der Steuererleichterungen für hohe Einkommensbezieher bisher nur zögerlich auf den privaten Konsum durch. So werden einerseits aufgrund rechtlicher Limitierungen die Ausgabenkürzungen im Sozialetat erst im Verlauf des kommenden Jahres ihre volle Wirkung entfalten. Und andererseits kompensierten die privaten Haushalte die steuerliche Mehrbelastung zum Jahresbeginn fast ausschließlich durch ein Absenken ihrer Sparquote.

Auch zum Jahresende wirkte die Finanzpolitik dämpfend. So konnten sich Demokraten und Republikaner bis zum Ende des Fiskaljahres am 30. September nicht auf ein neues Haushaltsgesetz verständigen. Ohne die notwendige rechtliche Grundlage zur Bewilligung von Haushaltsmitteln mussten deshalb alle nicht sicherheitsrelevanten Behörden der US Bundesregierung zum 1. Oktober ihre Tätigkeit einstellen. Am 16. Oktober, einen Tag vor dem Eintritt der technischen Zahlungsunfähigkeit aufgrund der gleichzeitig erreichten gesetzlichen Schuldenobergrenze konnte vorerst nur ein Minimalkonsens für einen Übergangshaushalt gefunden werden, ehe man sich Mitte Dezember auf einen Haushaltsentwurf für die kommenden zwei Jahre einigte. Dieser muss bis Mitte Januar noch vom Senat sowie dem Abgeordnetenhaus bewilligt werden, was hier unterstellt wird.

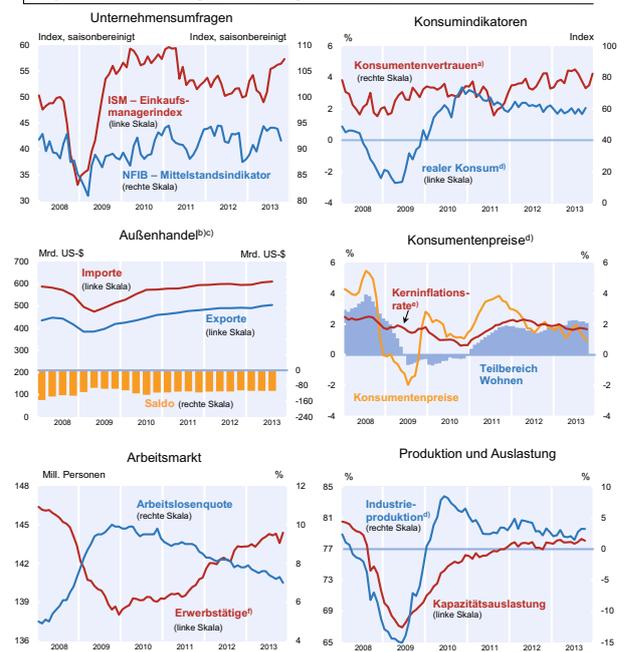
Obgleich die direkte Nachfragewirkung des gut zweiwöchigen „Government Shutdown“ überschaubar ist, dürfte die gestiegene wirtschaftspolitische Unsicherheit die private Konsum- und Investitionsneigung im vierten Quartal durchaus gedämpft haben. So zeigen umfragebasierte Konjunkturindikatoren am aktuellen Rand ein im Vergleich zu den Vormonaten eher uneinheitliches Bild. Während sich der Arbeitsmarkt im Oktober robust zeigte und auch der Einkaufsmanagerindex für Großunternehmen (ISM) zulegen konnte, ging der Stimmungsindikator für kleinere Unternehmen etwas zurück und das Konsumentenvertrauen sank sogar deutlich (vgl. Abb. 1.3).

Die konjunkturelle und wirtschaftspolitische Unsicherheit schlägt sich auch im geldpolitischen Kurs der US Notenbank (Fed) nieder. Obgleich diese bereits im Mai dieses Jahres Ausstiegserwartungen aus der ultralockeren Geldpolitik geschürt hatte, führt sie ihre Ankäufe festverzinslicher Wertpapiere im Umfang von monatlich rund 85 Mrd. US-Dollar bisher unverändert fort. Zwar ist der Einstieg in eine geldpolitische Straffung in Form einer langsamen Ver-

ringerung der Ankaufprogramme schon in den kommenden Monaten wahrscheinlich, den tatsächlichen Zeitpunkt macht die Notenbank aber von einer nochmaligen Verdichtung der Signale für eine robuste konjunkturelle Belebung, insbesondere am Arbeitsmarkt, abhängig. Insgesamt wird die Geldpolitik im Prognosezeitraum jedoch sehr expansiv bleiben. So dürften die Ankaufprogramme nur langsam gedrosselt werden und der Leitzins im gesamten Prognosezeitraum auf seinem historischen Tiefststand von 0 bis 0,25% verharren.

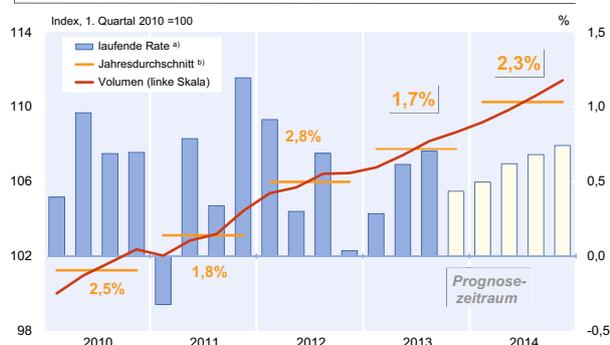
Die Expansion der US Wirtschaft dürfte sich im vierten Quartal insgesamt etwas verlangsamt haben. Hierfür sollten insbesondere zwei Faktoren maßgeblich sein: Zum einen dürfte sich der starke Lageraufbau des Vorquartals nicht fortgesetzt haben. Hier hatte eine Normalisierung der Wetterbedingungen im Vergleich zum extrem trockenen Vorjahr zu einem ungewöhnlich hohen Lagerzuwachs in der Landwirtschaft geführt. Zum anderen dürfte auch die Finanzpolitik wieder gebremst haben. Neben dem »Government Shutdown« vom Oktober greifen in diesem Monat mit dem Beginn des neuen Haushaltsjahres auch einige bereits im Frühjahr beschlossene restriktive Maßnahmen. Aber auch noch im ersten Quartal 2014 wird die Finanzpolitik restriktiv bleiben, wenn die Verlängerung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosenunterstützung sowie günstigere Abschreibungsregelungen für Unternehmen endgültig auslaufen. Gleichwohl, sieht der neue Haushaltsentwurf vom Dezember 2013 Lockerungen im Umfang von etwa 65 Mrd. US-Dollar gegenüber den flächendeckenden Budgetkürzungen (»Sequester«) vor, die eingetreten wären, hätten sich

Abb. 1.3
Konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten seit 2008



^{a)} Index der University of Michigan. – ^{b)} Real, saisonbereinigte Werte. – ^{c)} Waren und Dienstleistungen. – ^{d)} Veränderung gegenüber Vorjahr in %. – ^{e)} Ohne Energie und Nahrungsmittel. – ^{f)} Zivile Erwerbstätige insgesamt, saisonbereinigt. Quellen: Bureau of Labor Statistics; Federal Reserve; U.S. Department of Commerce; NFIB – National Federation of Independent Business; ISM – Institute for Supply Management; Bureau of Economic Analysis; The Conference Board; Berechnungen des Ifo Instituts.

Abb. 1.4
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
 Saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
 Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

die beiden politischen Lager nicht auf einen Konsolidierungsplan einigen können. So wird der Verteidigungsetat nicht reduziert und es finden keine Steuererhöhungen statt. Dafür sollen einige Sozialausgaben stärker als ursprünglich geplant gekürzt werden. Insgesamt wird das Expansions-tempo der US Volkswirtschaft jedoch im Jahresverlauf 2014 zunehmen. So dürfte die staatliche Nachfrage im Jahresverlauf wieder leicht ansteigen, die Steuererhöhungen des Vorjahres den Konsum zunehmend weniger belasten und ein anziehender Immobilienmarkt sollte die Neubautätigkeit, die Vermögensposition der Haushalte und somit auch die private Konsumnachfrage beleben. Vom Außenhandel sind aufgrund der geringen Dynamik wichtiger Handelspartner – allen voran der Eurozone – hingegen kaum Impulse zu erwarten.

Alles in allem dürfte sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,7% in diesem auf etwa 2,3% im nächsten Jahr beschleunigen (vgl. Abb. 1.4). Dabei wird bei moderatem Preisauftrieb die Inflationsrate voraussichtlich von 1,5% im laufenden Jahr auf rund 2% im Jahr 2014 zulegen (vgl. Tab. 1.2). Zudem ist mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote von durchschnittlich 7,5% in diesem auf 6,6% im kommenden Jahr zu rechnen. Aufgrund der konjunkturellen Belebung und zusätzlicher Sparanstrengungen im Bundeshaushalt wird sich das Budgetdefizit im laufenden Fiskaljahr auf knapp 3% des Bruttoinlandsprodukts verbessern.

China: Investitionen stützen erneut Wirtschaftsaktivität

Die Konjunktur Chinas hat im Verlauf des Jahres wieder Fahrt aufgenommen. Das Bruttoinlandsprodukt legte im zweiten und dritten Quartal 2013 um 1,7% bzw. 2,1% zu, nachdem der Zuwachs im ersten Quartal nur 1,5% betragen hatte. Stützend wirkten dabei vor allem die expandierenden Anlageinvestitionen, während vom privaten Konsum geringere Impulse ausgingen. Vor allem der stark ansteigende Wohnungsbau hat zu einem merklichen Auftrieb der Investitionen geführt. Von den Ausfuhren ging im vergangenen Sommerhalbjahr wenig konjunkturelle Dynamik aus, was auf eine schwache globale Nachfrage zurückzuführen ist. Ein weiterer Grund für die schwachen Ausfuhren Chinas sind die in den vergangenen Jahren verhältnismäßig stark gestiegenen Lohnstückkosten. Aufgrund derer hat China merklich an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Schwellenländern eingebüßt.

Tab. 1.2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2012	2013	2014
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,8	1,7	2,3
Privater Konsum	2,2	1,8	2,0
Staatskonsum und -investitionen	- 1,0	- 2,1	- 0,4
Private Anlageinvestitionen	8,3	4,6	6,1
Vorratsveränderungen ^{a)}	0,2	0,1	0,2
Inländische Verwendung ^{a)}	2,7	1,6	2,5
Exporte	3,5	2,4	3,6
Importe	2,2	1,5	3,9
Außenbeitrag ^{a)}	0,1	0,1	- 0,1
Verbraucherpreise	2,1	1,5	2,0
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Budgetsaldo ^{b)}	- 6,8	- 4,1	- 2,9
Leistungsbilanzsaldo	- 2,8	- 2,7	- 2,8
In % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote	8,1	7,4	6,6

^{a)} Wachstumsbeitrag. – ^{b)} Gesamtstaatlich, Fiskaljahr.
 Quelle: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labour Statistics; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Die Ausrichtung der Geldpolitik wird im Prognosezeitraum voraussichtlich unverändert bleiben. Zwar ist der Preisauftrieb im historischen Vergleich seit mehreren Monaten unterdurchschnittlich, jedoch mehren sich seit der Jahresmitte die Anzeichen für steigenden Inflationsdruck in einer Reihe von Wirtschaftsbereichen. So wurde die Kreditvergabe zumeist an Gebietskörperschaften durch das Schattenbankensystem beständig ausgeweitet. Auch die Immobilienpreise sind in einigen Regionen zuletzt kräftig gestiegen. Die Finanzpolitik war bis Mitte des laufenden Jahres expansiv ausgerichtet. Maßgeblich dafür war eine temporäre Ausweitung der öffentlichen Investitionen, welche der konjunkturellen Schwäche des letzten Winterhalbjahres entgegen wirken sollten. Auch im Prognosezeitraum werden von der Fiskalpolitik positive – wenn auch nur sehr moderate

– Impulse ausgehen. Dabei sind Steuersenkungen für Unternehmen sowie Investitionen in den Ausbau des Schienennetzes geplant.

In Angesicht der nach wie vor schwachen externen Nachfrage dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 7,6% und im kommenden Jahr um 7,5% zulegen. Die Inflation wird sich mit Raten von 2,5% 2013 und 3,4% im Jahr 2014 moderat beschleunigen. Ein Risiko für das Expansionstempo resultiert daraus, dass die Lokalregierungen und Finanzinstitutionen ihre Bilanzen nicht so reibungslos verbessern können wie erwartet. Mit einer schnellen Reaktion der Zentralbank, Liquidität bereitzustellen und die Verfügbarkeit von Krediten zu gewährleisten, dürften die Folgen eines solchen Risikos aber begrenzt sein.

Die politische Führung in Peking plant, die chinesische Wirtschaft in den kommenden Jahren grundlegend umzustrukturieren. In diesem Rahmen sollen vor allem die Produktionsfaktoren stückweise vom investitions- und exportgetriebenen hin zu dienstleistungs- und binnenmarktorientierten Sektoren verlagert werden. Dieser Wandel soll vor allem durch zahlreiche Strukturreformen erreicht werden. So soll das Hukou-System – die offizielle Wohnsitzkontrolle – liberalisiert werden, was die Urbanisierung beschleunigt dürfte. Ferner plant die chinesische Regierung eine Landreform, wodurch die Beschränkungen im Umgang mit Grund und Boden im kollektiven Besitz gelockert werden sollen. Eine tiefgreifende Liberalisierung des Finanzsektors sowie Reformen in der öffentlichen Verwaltung und Haushaltsplanung wurden ebenfalls in Aussicht gestellt. Diese Strukturreformen dürften ihre volle Wirkung jedoch erst nach Ende des Prognosezeitraums entfalten.

Japan: Robuste Konjunktur

Nach einer guten ersten Jahreshälfte wurde die konjunkturelle Dynamik im dritten Quartal des Jahres 2013 leicht gedämpft. Trotzdem legte die Wirtschaftsleistung in Japan um rund 0,5% gegenüber dem Vorquartal zu. Vor allem der Staat stimulierte durch seine expansive Fiskalpolitik die Konjunktur, nicht zuletzt wegen des im Zuge der Tsunami-Katastrophe zu Beginn des Jahres verabschiedeten Konjunkturpakets. Der private Konsum stagnierte hingegen, und die Nettoexporte waren zuletzt rückläufig. Die Bruttoanlageinvestitionen zeigten sich hingegen robust, nachdem sie im letzten Jahr stark zurückgegangen waren. Seit Beginn des Jahres 2013 sind sie um rund 2% gestiegen. Auch die Industrieproduktion legte im Oktober um 4,8% gegenüber dem Vorjahr zu. Folglich verbesserten sich Umfrageergebnissen zufolge die Geschäftslage und die Stimmung großer Unternehmen.

Die japanische Zentralbank hat ihre expansiv ausgerichtete Geldpolitik weiter fortgeführt. Um das Inflationsziel von 2%

zu erreichen, hat sie die Zentralbankgeldmenge massiv ausgeweitet; seit Beginn des Jahres stieg die Geldmenge um rund 40% an. Infolge dessen lag die Inflationsrate der Verbraucherpreise im Oktober bei 1,1% gegenüber dem Vorjahr. Auch ohne Berücksichtigung der Preise für Lebensmittel und Energie sind die Verbraucherpreise im Oktober gestiegen, die Kerninflationsrate lag bei 0,3%, dem höchsten gemessenen Wert seit nunmehr 15 Jahren. Dies deutet darauf hin, dass die Zentralbank im Kampf gegen die Deflation erste Erfolge verbuchen kann.

Im Jahr 2014 wirkt die Finanzpolitik aufgrund der Anhebung der Konsumsteuer von 5% auf 8% im April restriktiv. Um die Konjunktur nicht zu gefährden, soll jedoch ein weiteres Konjunkturpaket auf den Weg gebracht werden.

Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahre 2013 um rund 1,7% zulegen. Die zuletzt gestiegenen Verbraucherpreise machen sich im Jahresvergleich noch nicht bemerkbar; die Inflationsrate dürfte bei rund 0,3% liegen. Im Jahre 2014 dürfte die Wirtschaftsleistung um rund 1,6% zulegen. Dafür sprechen der ungebremste Anstieg der Stimmung bei großen Unternehmen, zu erwartende Vorzieheffekte im ersten Quartal aufgrund der Anhebung der Konsumsteuer und die Erholung der konjunkturellen Lage in wichtigen Exportmärkten. Die Preise werden wohl mit 2,7% kräftig anziehen, wobei allein rund 2 Prozentpunkte davon auf die Anhebung der Konsumsteuer zurückzuführen sein dürften (vgl. Bank of Japan 2013). Ein Risiko im Prognosezeitraum stellt Japans Konflikt mit China über eine Inselgruppe im Ostchinesischen Meer dar. Sollte er sich verschärfen, könnte dies zum Boykott japanischer Produkte führen und die Konjunktur negativ belasten.

Indien: Strukturelle Schwächen dämpfen Produktionstätigkeit

Das wirtschaftliche Expansionstempo in Indien hat sich im zweiten Quartal 2013 geringfügig beschleunigt, nachdem es seit Herbst 2011 kontinuierlich abgenommen hatte. Maßgeblich dafür waren vor allem positive Impulse der Finanzpolitik. Der private Konsum hingegen blieb nach wie vor schwach. Auf der Produktionsseite blieb die konjunkturelle Dynamik in der Landwirtschaft, bei den Dienstleistungen und im verarbeitenden Gewerbe außerordentlich gering. Belastend wirkten zudem bestehende strukturelle Probleme, wie Mängel in der Infrastruktur und Engpässe in der Energieversorgung.

Der Ausblick für die nächsten Monate stellt sich weniger pessimistisch dar. Grund zum Optimismus liefert unter anderem die im September kräftig gestiegene Produktion von Strom, Kohle und Zement. Zudem ist der Monsun günstig verlaufen, so dass mit einer ertragreichen Ernte zu rechnen

ist, was dem für Indien wichtigen Agrarsektor in den kommenden Monaten positive Impulse geben dürfte.

Die indische Zentralbank hat auf die Finanzmarkturbulenzen im Juli mit Kapitalverkehrskontrollen reagiert. Diese wurden im Herbst, nachdem sich die Lage etwas beruhigt hatte, durch zwei Leitzinserhöhungen ersetzt. Mit mehr als 10% ist die Teuerungsrate seit Anfang des Jahres zwar weit überdurchschnittlich. Weitere Zinserhöhungen werden im Prognosezeitraum allerdings, angesichts der schwachen konjunkturellen Dynamik, nicht erwartet.

Insgesamt dürfte die wirtschaftliche Aktivität im Prognosezeitraum langsam zunehmen. Zu einer Belebung der Investitionstätigkeit dürften vor allem die staatlichen Infrastrukturprojekte beitragen. Aber auch der Konsum dürfte sich etwas beleben, da die Ernte gut ausgefallen ist, was die Teuerung bei den Nahrungsmittelpreisen wohl etwas dämpfen wird. Für das Jahr 2013 ist mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,8% zu rechnen. Im Folgejahr dürfte das Bruttoinlandsprodukts um 4,1% zulegen. Die Inflationsrate wird nach voraussichtlich 11,3% im Jahr 2013 auf wohl 9,3% im Jahr 2014 sinken.

Asiatische Tigerländer: Konjunktur beschleunigt sich

Nach einem schwachen Jahr 2012 konnte die Konjunktur in den asiatischen Tigerländern (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) im Verlauf des Jahres 2013 leicht an Fahrt gewinnen. Dies lag hauptsächlich an einer guten Entwicklung des privaten Konsums. Trotz der weiterhin schwachen Auslandsnachfrage lieferte der Außenhandel einen positiven Wachstumsbeitrag in Südkorea, da die Ausfuhren vor allem in die Vereinigten Staaten und in die Europäische Union gestiegen sind. Zudem hat die expansive Wirtschaftspolitik der südkoreanischen Regierung im Verlauf des Jahres 2013 den Aufschwung unterstützt.

Der Expansionsgrad der Geldpolitik wird in allen vier Ländern im vierten Quartal voraussichtlich unverändert bleiben. Der Preisauftrieb ist im historischen Vergleich immer noch unterdurchschnittlich. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im vierten Quartal mit der gleichen Rate wie im Vorquartal zulegen. Für das Jahr 2013 ergibt sich damit ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in den Tigerländern von 2,8%.

Für das kommende Jahr wird eine beschleunigte Expansionsgeschwindigkeit erwartet. Eine Zunahme des privaten Konsums dürfte im Prognosezeitraum die Haupttriebkraft für das Wirtschaftswachstum sein. Begünstigt wird dies durch einkommenswirksame Maßnahmen und Arbeitsbeschaffungsprogramme der Regierungen. Vor diesem Hin-

tergrund, sowie in Erwartung einer leichten Belebung der Exporte in den Euroraum und in die USA, dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im nächsten Jahr auf 4,2% beschleunigen. Die Inflationsrate dürfte im Jahr 2013 1,4% und 2,6% im Jahr 2014 betragen.

Südostasiatische Schwellenländer: Gedämpfte Expansion

Nach den überdurchschnittlichen Produktionszuwächsen im Jahr 2012 wiesen die asiatischen Schwellenländer (Indonesien, Thailand, Malaysia und die Philippinen) im bisherigen Jahresverlauf eine geringere Konjunkturdynamik auf. Eine schwache Auslandsnachfrage sowie nachlassende Investitionen haben sich negativ auf die Konjunktur in Indonesien, Thailand und Malaysia ausgewirkt. Mangelhafte Institutionen, unnötige Bürokratie sowie Ineffizienzen im Finanzsektor haben den Anstieg der Produktionstätigkeit zusätzlich verlangsamt. In den Philippinen hingegen spielen diese Faktoren keine Rolle.

Indonesien sah sich jüngst Finanzmarkturbulenzen gegenüber. So ist von Mai bis Ende August die indonesische Rupie um gut 13% gegenüber dem US-Dollar gefallen. Die seit einigen Jahren zunehmenden kurzfristige Verbindlichkeiten sowie Leistungsbilanzdefizite haben das Land anfällig für Veränderungen in der Grundstimmung des Marktes gemacht. Gleichwohl verfügte Indonesien – Stand September – über ausreichend Fremdwährungsreserven, um seine Importe für die nächsten fünf Monate decken zu können.

Die konjunkturelle Dynamik in der Ländergruppe dürfte im Prognosezeitraum weiterhin hoch bleiben. Allerdings wird das Expansionstempo wohl moderater ausfallen als in den vergangenen zwei Jahren. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2013 voraussichtlich um 4,9% und im kommenden Jahr um 5,1% expandieren. Die Inflationsrate dürfte sich von 4,6% in diesem auf 4,9% im nächsten Jahr beschleunigen, was nicht zuletzt auf den Abbau von Subventionen im Energiesektor in Indonesien im Verlauf des kommenden Jahres zurückzuführen ist.

Lateinamerika: Moderate Expansion

In Lateinamerika hat sich im laufenden Jahr das seit 2012 beobachtete moderate Expansionstempo fortgesetzt. Die langsamere Gangart gaben vor allem Brasilien und Argentinien vor. Aber auch in Mexiko verlangsamte sich der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr 2013 deutlich: neben einer schwächeren Auslandsnachfrage (insbesondere aus den Vereinigten Staaten), die zu einem Rückgang der Industrieproduktion führte, wurden auch weniger Staatsausgaben getätigt sowie eine geringere Bautä-

tigkeit beobachtet. Kolumbien und Chile hielten sich im Vergleich dazu relativ robust. Hier verlangsamte sich die Expansion des Bruttoinlandsprodukts aufgrund einer niedrigeren externen als auch inländischen Nachfrage zwar auch, bei weitem aber nicht so stark wie in den zuvor genannten Ländern.

Die Inflationsraten sind nach den Anstiegen zur Mitte des Jahres mittlerweile wieder gesunken, ausgenommen in Venezuela und Argentinien, wo die Preissteigerungsraten weiterhin im hohen zweistelligen Bereich liegen. In Brasilien wurde der Leitzins seit April sukzessive erhöht und liegt nun aktuell bei 10%. In den meisten anderen Ländern der Region wurde die Geldpolitik hingegen expansiver gestaltet, allen voran in Mexiko. Dort befindet sich der Leitzins nun auf einem Rekordtief. In Erwartung steigender Renditen in den Industrieländern gerieten die Währungen der lateinamerikanischen Länder seit Mai 2013 unter starken Abwertungsdruck. Vor allem der brasilianische Real verbuchte bis Ende August einen Wertverlust von etwa 15%. Nach der Ankündigung der US-amerikanischen Notenbank im September, ihre Anleihekäufe vorerst nicht zurückzufahren, beruhigte sich die Lage auf den internationalen Kapitalmärkten wieder. Zwar zeigten sich hier teilweise sehr starke Reaktionen in den Wechselkursen. Im Vergleich zu früheren (Währungs-) Krisen in lateinamerikanischen Ländern lässt sich feststellen, dass die Verwundbarkeit heute viel geringer ist: neben flexiblen Wechselkursen verfügen die meisten Länder der Region über ausreichende Währungsreserven, um im Notfall ihre Wechselkurse zu stabilisieren. Ein gewisses Risiko stellen hingegen die hohen Fremdwährungsverbindlichkeiten dar: So sind in vielen Ländern der Region über 90% der Auslandsschulden in Fremdwährung notiert, was sie im Falle einer Abwertung anfällig macht.

Insgesamt dürfte in Lateinamerika die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 2,5% zunehmen. Während sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Mexiko dank besserer Konjunkturaussichten in den USA im Laufe des nächsten Jahres wieder beschleunigen dürfte, wird die Expansion in Brasilien und Argentinien weiterhin unter dem langfristigen Wachstumspotenzial liegen. Für die Region wird daher der Produktionszuwachs mit 2,9% im Jahr 2014 nur moderat ausfallen.

2. Die Lage in der Europäischen Union

Euroraum

Die Wirtschaft des Euroraums hat sich im Sommerhalbjahr von der mehr als einem Jahr anhaltenden Rezession gelöst und ist im zweiten und dritten Quartal 2013 geringfügig expandiert. Auch die meisten Stimmungs- und Vertrauensindikatoren sind seit Jahresbeginn nahezu überall aufwärts-

gerichtet, was auf eine Fortsetzung der Erholung in den kommenden Monaten hindeutet. Gleichwohl ist die Wirtschaft der Währungsunion nach wie vor in einer äußerst schlechten Verfassung, durch eine stark ausgeprägte Heterogenität zwischen den einzelnen Mitgliedsländern gekennzeichnet und vielerorts weiterhin fragil und für krisenhafte Verwerfungen anfällig. So weisen mehrere Volkswirtschaften enorme, zumeist in der Dekade vor der Krise entstandene, private und/oder öffentliche Schuldenstände auf. Angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und niedriger Inflationsraten in den zurückliegenden etwa fünf Jahren hat die Verschuldung, trotz Konsolidierungsanstrengungen, sogar weiter zugenommen. In manchen Fällen wird die Tragfähigkeit der Staatsschulden durch die internationalen Investoren in Frage gestellt. Entsprechend konnten sich in den vergangenen drei Jahren Griechenland, Portugal, Irland und Spanien nicht mehr oder nicht mehr zu als annehmbar betrachteten Bedingungen am Kapitalmarkt refinanzieren und sind daher auf Finanzhilfen durch internationale Institutionen und die EZB angewiesen bzw. ziehen die Bedingungen, unter denen diese Hilfen zur Verfügung gestellt werden, den Bedingungen des Kapitalmarktes vor. Auch die Lage des Bankensektors ist vielerorts sehr fragil. So ist in den Krisenländern Spanien, Portugal, Griechenland und Italien der steile Aufwärtstrend bei den von einem Zahlungsausfall gefährdeten Krediten nach wie vor ungebrochen. Zwar trägt auch die politische Unfähigkeit dieser Länder, den Bankensektor zügig und wenn nötig drastisch zu restrukturieren, zu den Schwierigkeiten bei, doch liegt der Kern der Problematik bei der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit. Die Kreditblase, die durch den Euro verursacht worden war, hat die Länder schlichtweg zu teuer gemacht. Bei einigen Ländern sind Abwertungen durch Preiszurückhaltung in der Größenordnung von bis zu 30% erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen (vgl. Sinn 2013b). Die riesigen Kredithilfen der EZB (Target) und in vergleichsweise geringem Umfang auch die ergänzenden Kredite der Staatengemeinschaft haben die Probleme bislang lindern können, aber sie haben die echte Problemlösung auch verschleppt, weil sie den Zustand der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit halbwegs erträglich gemacht haben. Solange die Wettbewerbsfähigkeit nicht wiederhergestellt ist, wird es einigen Ländern nicht gelingen, die teils enormen Auslandsschulden zu tragen. Die nötigen Preis- und Lohnsenkungen werden auch dadurch verlangsamt, dass vielerorts die Güter- und Arbeitsmärkte noch immer nicht hinreichend flexibel sind und mittels Markteintrittsbarrieren den Konkurrenz- und Innovationsdruck verringern. Zwar haben mehrere Mitgliedsländer in den vergangenen Jahren Reformen zur Beseitigung struktureller Mängel eingeleitet. Allerdings wird es noch dauern, bis die nötigen Reformen wirklich in Angriff genommen werden, und auf die Wirkung dieser Reformen wird man danach noch Jahre warten müssen. Das Problem dabei ist, dass die Reduktion der Ansprüche, die die Grundvoraussetzung für eine Gesundung ist, zunächst einmal große Här-

ten für die Bevölkerung mit sich bringt, die zur sozialen Destabilisierung führen können. Der fundamentale Zielkonflikt zwischen der Arznei, die der kurzfristigen Schmerzlinderung dient, und der Operation, die die langfristige Gesundung einleiten würde, beherrscht die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum auch im Prognosezeitraum.

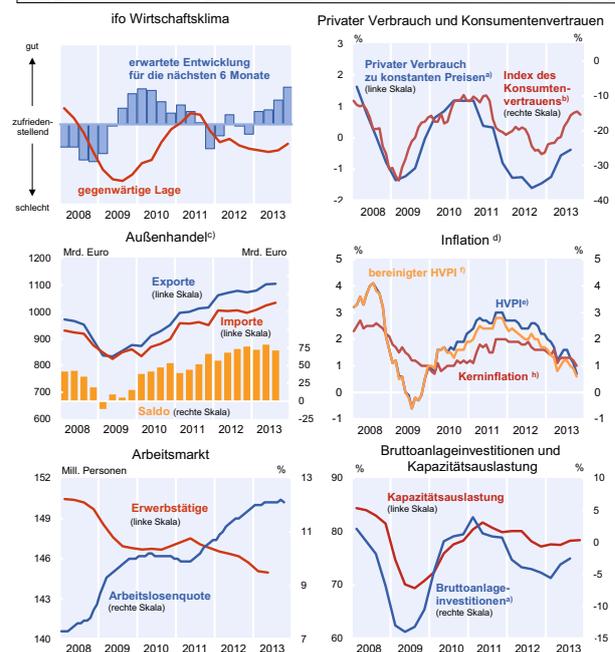
Wegen der temporären Lockerung der Schuldengrenzen konnte die aggregierte Wirtschaftsleistung des Euroraums im Sommerhalbjahr leicht expandieren, nachdem sie seit dem vierten Quartal 2011 stets geschrumpft war. Dabei legte die Produktion nicht, wie oft im vergangenen Jahr, nur in Ländern wie Deutschland und Österreich zu, die sich gegenwärtig in einer guten wirtschaftlichen Verfassung befinden. Auch strukturschwächere Ökonomien wie Frankreich, Belgien, Niederlande und Finnland konnten wieder Zuwächse verbuchen, nachdem sie in den zurückliegenden Quartalen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, mit rezessiven Tendenzen zu kämpfen hatten. Die Erholung setzte sogar in Krisenländern wie Portugal und Irland im zweiten und Spanien im dritten Quartal ein. Zugleich entschärfte sich im vergangenen Sommer die Rezession in Italien und Griechenland. Stärker als im zurückliegenden Winterhalbjahr zeigte sich dabei im zweiten und dritten Quartal die Binnennachfrage. Maßgeblich für die leichte konjunkturelle Entspannung war die nachlassende Haushaltsdisziplin, die kurzfristige Konjunkturimpulse freisetzte. So wird das Primärdefizit in Griechenland in diesem Jahr nicht kleiner als 2012 ausfallen, wie es noch im ersten Halbjahr von Eurostat prognostiziert wurde, sondern abermals wesentlich höher.

Wesentlich war auch die kostenlose Versicherungsleistung für die Staatspapiere der Krisenländer, die die Europäische Zentralbank (EZB) seit dem Spätsommer 2012 in Form ihres OMT-Programms anbot, denn sie hat die Krisenländer bei den Kreditzinsen entlastet und die Neuaufnahme von Krediten erleichtert. Die Stabilisierung des Investorenvertrauens, die vom OMT ausging, ließ wieder mehr Optimismus bezüglich des Fortbestands der Währungsunion aufkommen und führte zu einem allgemeinen Anstieg der Vertrauensindikatoren. Die Investoren wagten wieder mehr Investitionen, und die privaten Haushalte wurden ausgabenfreudiger. Die Konsequenz war, dass im Sommerhalbjahr 2013 die Binnennachfrage in den Krisenländern weniger stark schrumpfte als noch im vergangenen Winter, während sich die Expansion bei den privaten Konsum- und Investitionen in den wirtschaftlich gesünderen Ökonomien wieder etwas beschleunigte. Das Exportgeschehen ist demgegenüber uneinheitlich. Während es Spanien, Portugal und Griechenland nach dem katastrophalen Einbruch des Jahre 2009 gelang, ihren Marktanteil am außereuropäischen Güterhandel wieder leicht zu erhöhen, sackte der Anteil Frankreichs und Italiens zuletzt deutlich ab. Von einer nennenswerten Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer durch Preiszurückhaltung gegenüber ihren Wettbewerbern im Euroraum

kann bislang nur im Falle Irlands die Rede sein. Die anderen Länder stehen bestenfalls am Beginn eines viele Jahre währenden Anpassungsprozesses, während dessen sie durch Deflation oder Zurückhaltung bei der Inflation gegenüber Ländern wie Deutschland allmählich wieder wettbewerbsfähig werden. Nach wie vor ist unklar, ob die Gesellschaftssysteme die dabei entstehenden Belastungen aushalten werden oder sich politische Kräfte durchsetzen, die eine schnelle Linderung des Wettbewerbsproblems durch Austritt und Abwertung suchen. Für die Prognose wird unterstellt, dass die möglichen Eruptionen im Betrachtungszeitraum noch nicht auftreten werden.

Die schwache Konjunktur und die negativen Kurzfristeffekte der nötigen strukturellen Anpassungsprozesse in vielen Mitgliedsländern ließen im Sommerhalbjahr kaum eine Aufhellung der nach wie vor sehr ungünstigen Arbeitsmarktsituation im Euroraum zu. So lag die zusammengefasste Arbeitslosenquote des Euroraums mit 12,1% im Oktober noch immer deutlich über ihrem Vorkrisendurchschnitt von 8,6% und damit auf einem Rekordniveau. In Frankreich dürfte die Arbeitslosigkeit im Schnitt des Jahres 2013 voraussichtlich bei 11,0% gelegen haben, in Irland bei 13,2%, in Italien bei 12,3%, in Portugal bei 16,5%, in Spanien bei 26,5% und in Griechenland bei 27,2%. Entsprechend fielen die Reallohnzuwächse zumeist sehr gering aus, was den privaten Konsum belastete, aber die Grundvoraussetzung für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit ist. Auch geht eine höhere Beschäftigungslosigkeit mit größeren Sorgen um den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes sowie mit geringeren Wie-

Abb. 2.1 Konjunkturelle Entwicklung im Euroraum seit 2008



^{a)} Veränderungsrate gegenüber Vorjahresquartal. - ^{b)} Real, saisonbereinigte Werte. - ^{c)} Waren und Dienstleistungen. - ^{d)} Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat. - ^{e)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. - ^{f)} HVPI bereinigt um die Effekte von Verbrauchssteuern. - ^{g)} HVPI ohne Preise für Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel. Quellen: ifo World Economic Survey, Eurostat; Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

derbeschäftigungschancen im Falle einer Entlassung einher. Dies dämpft die Konsumlaune zusätzlich. Gleichwohl zeigen sich seit einiger Zeit auf den nationalen Arbeitsmärkten Irlands und Portugals deutliche Verbesserungstendenzen. Auch in Finnland und den Niederlanden hat sich die Arbeitsmarktsituation in den Sommermonaten nicht mehr verschlechtert. Bei Italien und Spanien dagegen ist eine Stabilisierungstendenz indes noch nicht erkennbar. Insgesamt blieb der Anteil der Erwerbslosen auch im Euroraum als Ganzes seit vergangenem Sommer stabil und lag bei 12,1% im Oktober 2013 (vgl. Abb. 2.1).

Die ungünstige Beschäftigungssituation sowie die Schwäche der Binnennachfrage ließen die Inflationsrate im Euroraum seit Mitte vergangenen Jahres in allen Mitgliedsländern, wenn auch unterschiedlich stark, abnehmen. Diese Tendenz wird seit vergangenem Sommer durch die rückläufigen Energiepreise, die leichte Aufwertung des Euro und die vielerorts auslaufenden Effekte zurückliegender Verbrauchssteuererhöhungen noch verstärkt. So verlangsamte sich der aggregierte Preisauftrieb von 2,6% im September 2012 auf 0,7% im Oktober 2013, ehe er im Folgemonat auf 0,9% leicht zunahm. Die Kerninflation, die um die Schwankungen von Energiepreisen und Preisen für unverarbeitete Nahrungsmittel bereinigt ist und somit die Binnenkonjunktur besser widerspiegelt, ist sogar seit dem Herbst 2011 rückläufig. Sie erreichte im Oktober 1,0%. Obgleich die Abwärtstendenz in nahezu allen Mitgliedsländern präsent war, weisen die nationalen Teuerungsraten eine starke Heterogenität auf. So lag die Inflationsrate im Oktober bei 1,2% in Deutschland und 1,4% in Österreich, während die Verbraucherpreise in Spanien und Portugal unverändert blieben und es in Griechenland (- 1,9%) und Irland (- 0,1%) sogar deflationäre Tendenzen gab. Dabei wurde die zugrundeliegende Preisdynamik in Spanien, Portugal und Griechenland bis etwa Mitte des laufenden Jahres durch die Effekte von Verbrauchssteuererhöhungen merklich überzeichnet. Die beträchtliche Dispersion in den Inflationsraten reflektiert die Unterschiedlichkeit der Wettbewerbssituation der Länder, die sich wie erläutert nur dadurch ausgleichen lässt, dass die Krisenländer deflationieren oder zumindest langsamer als andere Länder inflationieren. Allerdings dürfte der Zustand der realen Abwertung durch unterdurchschnittliche Inflation noch für viele Jahre anhalten.

Finanzpolitik: Restriktionsgrad nimmt allmählich ab

Seit mehr als drei Jahren ist die Finanzpolitik in fast allen Euroraumländern bemüht, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Besonders stark war bislang der fiskalpolitische Restriktionsgrad in den Mitgliedsländern, die sich entweder nicht mehr vollständig an den Kapitalmärkten refinanzieren können und daher seit einiger Zeit auf internationale

Finanzhilfe angewiesen sind (Griechenland, Irland, Portugal) oder sich zeitweise Sorgen um ihren Zugang zu den Kapitalmärkten machen mussten (Spanien, Italien). Zwar ist es diesen Mitgliedstaaten in den zurückliegenden drei Jahren gelungen, trotz schrumpfender Wirtschaftsleistung ihre öffentliche Neuverschuldung in einem beträchtlichen Ausmaß abzubauen. So sank im Zeitraum zwischen 2010 und 2012 das strukturelle Defizit in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien um respektive 7,8, 4,7, 2,2 beziehungsweise 1,3 Prozentpunkte. Allerdings reichten die Sparbemühungen – auch aufgrund der Rezession – nur in Italien aus, um die Defizitquote unter die im Maastricht-Vertrag festgelegte Drei-Prozent-Marke zu drücken. In Spanien, Griechenland und Portugal kam es dagegen auch im vergangenen Jahr zu Zielverfehlungen. Zudem ist in Griechenland die Defizitquote 2013 auch aufgrund von Einmaleffekten durch die Abwicklung von Banken höher als im Vorjahr. Auch wegen der rückläufigen Wirtschaftskraft sind die öffentlichen Schuldenquoten dieser Mitgliedsstaaten bis zuletzt gestiegen. Einige Kernländer (Deutschland, Frankreich, Niederlande) erzielten im Zeitraum von 2010 bis 2012 dagegen merkbliche Konsolidierungserfolge.

Auch im laufenden Jahr setzten die öffentlichen Haushalte den Sparkurs fort. Gleichwohl dürfte der kontraktive Fiskalimpuls geringer ausfallen als noch im Vorjahr. Im kommenden Jahr dürfte der Restriktionsgrad der Finanzpolitik weiter abnehmen, weil die Schuldendisziplin wieder nachlässt. Dafür ist auch die von der Europäischen Kommission signalisierte Bereitschaft verantwortlich, konjunkturell bedingte Abweichungen von den Defizitvereinbarungen zu tolerieren, solange die Durchführung struktureller Reformen fortgesetzt wird. Ferner hat die Eurogruppe im Herbst 2012 und im Frühjahr 2013 beschlossen, die Konsolidierungsaufgaben mehrerer Länder (Portugal, Griechenland, Irland, Spanien, Frankreich) zu lockern, obwohl die EU und der IWF Griechenland und Irland weitere umfangreiche Entlastungen beim Schuldendienst gewährten. Schließlich kann die finanzpolitische Konsolidierung in Portugal auch dadurch verzögert werden, dass mehrere Austeritätsmaßnahmen vom portugiesischen Verfassungsgericht für ungültig erklärt wurden. Dies macht Einsparungen an anderer Stelle erforderlich, dessen rechtzeitige Implementierung mit erheblicher Unsicherheit behaftet ist. Lediglich auf Zypern wird sich der negative Fiskalimpuls im Zusammenhang mit dem im Frühjahr aufgelegten Rettungsprogramm im Prognosezeitraum spürbar verstärken. Insgesamt dürften die nationalen Defizitquoten im laufenden und im kommenden Jahr weiter sinken, wenn auch weniger stark als zunächst geplant und weniger stark als in den Jahren zuvor.

Alles in allem werden die Sparbemühungen im Euroraum das zusammengefasste Defizit von 3,7% im vergangenen Jahr auf voraussichtlich 3,1% des Bruttoinlandsprodukts im laufenden und 2,6% im kommenden Jahr sinken lassen. Die

Schuldenquote wird entsprechend auf 95,5% im Jahr 2013 und 96,1% im Jahr 2014 steigen.

Geldpolitik: Weiter heterogene Finanzierungsbedingungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Zinssatz für Offenmarktgeschäfte am 7. November 2013 überraschend um weitere 25 Basispunkte auf nunmehr 0,25% gesenkt. Dieser Schritt reduzierte unmittelbar die Refinanzierungskosten jener Geschäftsbanken bei der Zentralbank, deren Liquiditätsversorgung nach wie vor fast ausschließlich durch das Eurosystem gewährleistet wird. Hingegen blieben die Zinssätze auf dem Interbankengeldmarkt weitgehend unverändert. Bereits seit Sommer 2012 liegt der Zinssatz für Übernachtsausleihungen (Eonia) bei weniger als 0,1%; für unbesicherte Kredite (Euribor) mit dreimonatiger Laufzeit mussten etwas mehr als 0,2% bezahlt werden (vgl. Abb. 2.2).

Die Funktionsfähigkeit des Interbankenmarktes, insbesondere der effiziente Liquiditätsausgleich mit Geschäftsbanken in den Krisenländern, ist nach wie vor eingeschränkt. Zwar reduzierte sich der Risikoaufschlag für unbesichertes Dreimonatsgeld in den vergangenen Monaten um weitere 0,05 Prozentpunkte auf zuletzt 0,15 Prozentpunkte und liegt damit nur noch unwesentlich höher als vor Ausbruch der Krise. Allerdings sind sowohl die täglichen Umsätze am Interbankenmarkt (Eonia) als auch der Bestand an grenzüberschreitenden Interbankenkrediten unverändert niedrig und immer noch deutlich geringer als vor Ausbruch der Krise.

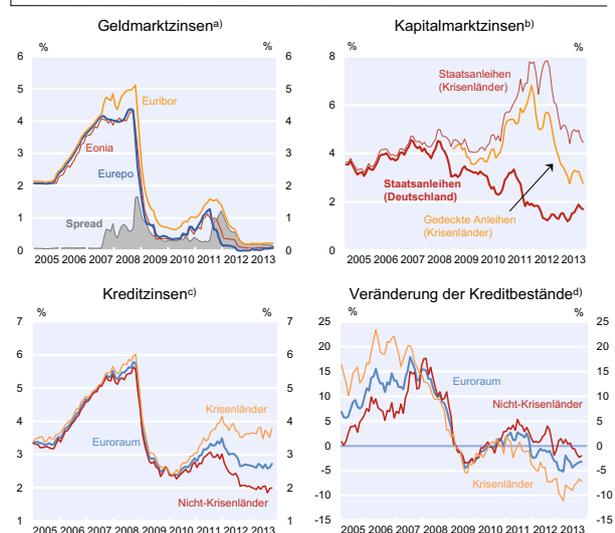
In den Krisenländern werden kurzfristige Refinanzierungsmittel weiterhin fast ausschließlich durch das Eurosystem

bereitgestellt. Von den insgesamt 744 Mrd. Euro, die die nationalen Zentralbanken Ende Oktober im Rahmen der regelmäßigen Offenmarktgeschäfte zur Verfügung stellten, wurden 621 Mrd. Euro an Geschäftsbanken in den Krisenländern vergeben. Die verbleibenden 123 Mrd. Euro wurden als Refinanzierungskredite von den Geschäftsbanken im restlichen Euroraum bezogen. Auf deutsche Banken entfielen Ende Oktober beispielsweise gerade einmal 10 Mrd. Euro, was 1,3% der gesamten regelmäßigen Offenmarktgeschäfte des Eurosystems entspricht. Somit profitieren ausschließlich beim Eurosystem stark verschuldete Geschäftsbanken in den Krisenländern von Zinssenkungen der EZB. Ein Teil der billigen Refinanzierungskredite wurde genutzt, um deutlich höher verzinsten Wertpapiere zu erwerben. So weiteten die Geschäftsbanken in den Krisenländern ihren Bestand an heimischen Staatsanleihen zwischen Ende 2011 und Oktober 2013 um knapp 300 Mrd. aus. Die dadurch entstehenden Gewinne ermöglichen es ihnen, neues Eigenkapital als Kompensation für die Abschreibungsverluste zu bilden, die im Zusammenhang mit toxischen Anleihen und uneinbringlichen Krediten entstanden sind.

Die Probleme im Bankensektor der Krisenländer sind allerdings nach wie vor groß, insbesondere aufgrund des hohen Anteils notleidender Kredite am ausstehenden Kreditvolumen, der Mitte 2013 im Durchschnitt über 10% lag. Dennoch verbesserte sich die Einschätzung der Kapitalmärkte im Hinblick auf etwaige Risiken im Bankensektor der Krisenländer. Sowohl die Prämien für Kreditausfallversicherungen der größten Banken als auch die Renditen von gedeckten Anleihen, einem wichtigen Refinanzierungsinstrument der Banken, sind seit Anfang 2012 recht kontinuierlich gesunken. Ursächlich hierfür dürfte zum einen der deutliche Rückgang der Anleiherenditen von Krisenstaaten sein, insbesondere infolge der Ankündigung der EZB im Sommer 2012, im Zweifelsfall unbegrenzt Staatsanleihen der Krisenländer im Rahmen des OMT-Programms zu kaufen. Aber auch die seit 2012 verstärkten durchgeführten staatlichen Interventionsmaßnahmen in Spanien und Griechenland) dürften dazu beigetragen haben.

Insgesamt aber war die Situation auf den Kreditmärkten in den Krisenländern weiterhin deutlich angespannter als im Rest des Euroraums. Die Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen in den Krisenländern folgten nicht dem fallenden Trend der Kapitalmarktzinsen (vgl. Kasten zum OMT-Programm). Seit nunmehr über einem Jahr sind sie unverändert und liegen durchschnittlich etwa 1,7 Prozentpunkte über den Zinsen im restlichen Euroraum. Auch der Rückgang der Kreditbestände im Durchschnitt der vergangenen drei Monate ist mit annualisiert 7,1% deutlich größer als im übrigen Euroraum, wo der Rückgang bei lediglich 2% lag. Neben nachfrageseitigen Faktoren, bedingt durch die deutlich schwächere konjunkturelle Situation, dürften in den

Abb. 2.2
Zur monetären Lage im Euroraum



^{a)} Spread = Euribor - Europo. ^{b)} Staatsanleihen = Zinsen für deutsche Bundesanleihen bzw. Anleihen der Krisenländer (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren; Gedeckte Anleihen = Durchschnittliche Umlaufrendite gedeckter Anleihen in den Krisenländern; BIP-gewichtete Durchschnitte. ^{c)} Durchschnittlicher Zins für neuvergebene Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften über alle Laufzeiten; Gewichtung anhand von Kreditbeständen; Krisenländer aufgrund fehlender Daten ohne Griechenland. ^{d)} Kreditbestände nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften (Veränderung gegenüber Vormonat in Prozent, annualisierter gleitender Dreimonatsdurchschnitt, saisonbereinigt).

Quellen: Europäische Zentralbank, iBoxx, Reuters; Berechnungen des ifo Instituts.

Krisenländern angebotsseitige Kreditmarktfaktoren eine maßgebliche Rolle spielen. So zeigen sowohl Umfragen unter Banken (Bank Lending Survey, BLS) als auch unter Unternehmen (Survey on the Access to Finance of small and medium-sized Enterprises in the euro area, SAFE), dass die Kreditvergabebedingungen der Banken in den Krisenländern nach wie vor deutlich restriktiver sind als im restlichen Euroraum.

Im Prognosezeitraum wird die EZB ihren expansiven Kurs beibehalten und den Leitzins unverändert bei 0,25% belassen. Aufgrund der starken Unterauslastung der Kapazitäten und der äußerst schwachen konjunkturellen Entwicklung im Euroraum insgesamt wird die Inflationsrate deutlich unter der von der EZB angestrebten Zweiprozentmarke bleiben. Schätzungen eines für diese konjunkturelle Situation angemessenen Leitzinses deuten auf eine erste Leitzinsanhebung frühestens 2016 hin (vgl. Wollmershäuser 2013). In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass sich der Rückgang der Risikoprämien für Kapitalmarktanlagen in den Krisenländern im Prognosezeitraum fortsetzt. Im übrigen Euroraum werden die Kapitalmarktzinsen hingegen leicht anziehen. Ursächlich hierfür dürfte insbesondere der Anstieg der Kapitalmarktzinsen in den USA sein, wo die konjunkturelle Entwicklung deutlich positiver sein wird als im Euroraum. Demzufolge werden auch die Kreditzinsen im übrigen Euroraum leicht steigen, während sie in den Krisenländern unverändert bleiben dürften. Dahinter verbirgt sich die Annahme, dass sich die angebotsseitigen Restriktionen auf den dortigen Kreditmärkten im Prognosezeitraum allmählich abbauen.

Ausblick: Konjunkturelle Stabilisierung, strukturelle Probleme noch ungelöst

Die wirtschaftliche Erholung des Euroraums dürfte sich im kommenden Winterhalbjahr mit einem äußerst moderatem Tempo fortsetzen. Dabei dürfte sich die Konjunktur nahezu überall, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, verbessern. Darauf deutet die teils spürbare und nahezu alle Mitgliedsländer erfassende Verbesserung der Mehrzahl der Früh- und Vertrauensindikatoren im Herbst 2013 hin.

Im hier unterstellten Basisszenario dürfte sich die sehr träge Erholung im weiteren Prognosezeitraum festigen. Treibende Kraft wird dabei der Außenhandel sein (vgl. Tab. 2.1). So werden wohl die Exporte von der zunehmenden Belebung in den USA und Großbritannien sowie von der nach wie vor robusten Konjunktur in Japan sowie in der Mehrzahl der

Tab. 2.1
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2012	2013	2014
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Reales Bruttoinlandsprodukt	- 0,7	- 0,5	0,7
Privater Konsum	- 1,4	- 0,5	0,3
Staatskonsum	- 0,5	0,2	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 4,1	- 3,2	1,2
Vorratsveränderungen ^{a)}	- 0,5	- 0,2	0,0
Inländische Verwendung ^{a)}	- 2,2	- 1,0	0,2
Exporte	2,5	1,2	5,3
Importe	- 1,0	0,1	4,8
Außenbeitrag ^{a)}	1,5	0,5	0,5
Verbraucherpreise ^{b)}	2,5	1,4	1,1
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Budgetsaldo ^{c)}	- 3,7	- 3,1	- 2,6
Leistungsbilanzsaldo	1,3	2,3	2,7
In % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote ^{d)}	11,3	12,2	12,2
^{a)} Wachstumsbeitrag. – ^{b)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{c)} Gesamtstaatlich. – ^{d)} Standardisiert.			

Quelle: Eurostat; Europäische Kommission; ILO; Berechnungen des ifo Instituts; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2013

Schwellenländer profitieren. Aber auch die Binnennachfrage dürfte sich etwas stabilisieren, vor allem weil der Restriktionsgrad der Finanzpolitik spürbar abnimmt. Ferner dürfte sich die Unsicherheit von privaten Haushalten und Unternehmen über den Fortgang der Konjunktur weiter verringern, was sich zunehmend positiv auf deren Ausgabebereitschaft auswirken wird.

Dabei dürfte die Heterogenität zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten sehr hoch bleiben. So wird sich die Konjunktur in wirtschaftlich starken Ländern wie Deutschland und Österreich spürbar beleben. Dort werden der starke Export und die investive Binnennachfrage nach Bauleistungen und Ausrüstungen die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern, so dass über Lohnsteigerungen auch mit einer weiteren Belebung des privaten Konsums zu rechnen ist.

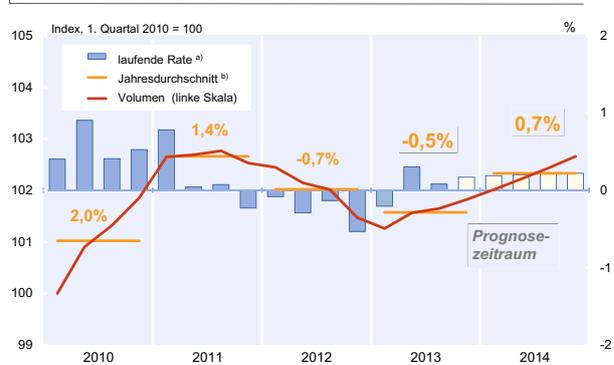
Angesichts der positiven binnen- und außenwirtschaftlichen Aussichten, der äußerst günstigen Refinanzierungsbedingungen und der weiterhin bestehenden Furcht der Anleger vor Auslandsanlagen dürfte sich auch die Expansion der privaten Investitionen beschleunigen. Schließlich dürften auch vom Staat keine dämpfenden Impulse mehr ausgehen. Entsprechend werden in diesen Ländern die Zuwächse bei der Binnennachfrage maßgeblich zur Erhöhung des Expansionstempos beitragen. Etwas schwächer dürfte die konjunkturelle Dynamik in Ländern wie Frankreich, Belgien und den Niederlanden sein, die zwar bislang von der Eurokrise verschont geblieben sind, jedoch je nach Land unterschiedliche strukturelle Schwächen aufweisen.

In den Krisenländern dürfte die Binnennachfrage auch im Prognosezeitraum weiter rückläufig bleiben, wenngleich mit abnehmenden Raten. So sind dort die private und öffentliche Verschuldung nach wie vor sehr hoch. Deren Abbau wird die gesamtwirtschaftliche Konsumnachfrage weiterhin schwächen oder gar zurückgehen lassen. Auch die Lage am Arbeitsmarkt dort wird sich im Prognosezeitraum weiter, wenn auch nur noch geringfügig, verschlechtern, was die Entwicklung der Realeinkommen und daher des Konsums zusätzlich belasten wird. Die privaten Investitionen dürften ebenfalls weiter schrumpfen, denn die binnenwirtschaftlichen Aussichten werden sich außerordentlich langsam aufhellen. Zugleich dürften die Refinanzierungsbedingungen für Unternehmen aufgrund der nach wie vor labilen Lage des Bankensektors äußerst ungünstig bleiben. Lediglich der Rückgang des finanzpolitischen Restriktionsgrades wird die Entwicklung der Binnennachfrage stützen. Spürbare positive Beiträge zur Entwicklung der aggregierten Wirtschaftsleistung werden die auch weiterhin schrumpfenden Importe leisten. Allerdings dürften auch die Exporte Irlands, Spaniens, Portugals und Griechenlands im Prognosezeitraum zulegen, denn diesen Ländern gelang es, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, zu verbessern. Angesichts der Austeritätspolitik, insbesondere der Lohnzurückhaltung, die in Spanien, Portugal und Griechenland in den zurückliegenden zwei Jahren beobachtet wurde, dürfte sich diese Tendenz im Prognosezeitraum fortsetzen. Entsprechend werden diese Länder verhältnismäßig stark von der robusten Konjunktur außerhalb des Euroraums profitieren und ihren Marktanteil am Welthandel wohl erhöhen. Italien und Frankreich hingegen haben bislang auf die Krise noch nicht mit einer ähnlichen Lohnzurückhaltung reagiert. Ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich bis zuletzt verschlechtert. Daher werden diese beiden Länder im Prognosezeitraum voraussichtlich weiter an Weltmarktanteilen verlieren und verhältnismäßig wenig von der konjunkturellen Belebung in Deutschland, den USA, Großbritannien oder den Schwellenländern profitieren.

Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum voraussichtlich um 0,5% im laufenden Jahr zurückgehen, ehe es im Folgejahr um 0,7% zulegt (vgl. Abb. 2.3). Dabei dürfte die aggregierte Produktion in Griechenland, Slowenien und Zypern auch im kommenden Jahr schrumpfen, während sie in Deutschland und Österreich überdurchschnittlich stark expandieren wird (vgl. Tab. 2.2). Angesichts der schwachen konjunkturellen Dynamik dürfte die Arbeitslosenquote auf 12,2% in diesem und im kommenden Jahr verharren. Die erheblichen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten werden voraussichtlich mit einer nach wie vor hohen Dispersion in den nationalen Arbeitslosenquoten und Lohnentwicklungen einhergehen. Auch die Teuerungsrate wird angesichts der binnenwirtschaftlichen Schwäche in vielen Mitgliedsländern deutlich unterhalb der Zielmarke der EZB von 2% liegen.

Abb. 2.3

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

Entsprechend wird die zusammengefasste Inflationsrate auf 1,4% in diesem Jahr zurückgehen, ehe sie sich im Folgejahr weiter auf 1,1% abschwächt.

Die Entwicklung in ausgewählten Ländern

Frankreich: Erhoffter Aufschwung bleibt aus

Nachdem das reale Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2013 noch um 0,5% zulegen konnte, dürfte die französische Volkswirtschaft in der zweiten Jahreshälfte geschrumpft sein. Der erneute Rückfall in die Rezession ist vornehmlich auf sinkende Exporte und eine schwächere private Investitionstätigkeit zurückzuführen. Aber auch der private sowie der öffentliche Konsum zeigen sich am aktuellen Rand nahezu unverändert. Zudem legten die Importe im Verlauf dieses Jahres kräftig zu. Die Arbeitslosenquote stieg infolge der schwachen Konjunktur erneut an und lag im Oktober bei 10,9% und ist damit mehr als doppelt so hoch wie die deutsche. Deutlich rückläufig ist dagegen der Anstieg der Verbraucherpreise, was nicht nur den unterausgelasteten Kapazitäten sondern auch sinkenden Energie- sowie Nahrungsmittelpreisen geschuldet ist. Die jährliche Inflationsrate betrug im Oktober nur 0,7%, nachdem sie ein Jahr zuvor noch bei 2,1% gelegen hatte.

Aktuelle Unternehmens- sowie Haushaltsbefragungen lassen darauf schließen, dass die französische Volkswirtschaft am Ende des kommenden Winters die konjunkturelle Talsohle durchschritten haben dürfte. Eine erhoffte kräftige Belebung wird aber voraussichtlich ausbleiben. Die privaten Konsumausgaben dürften durch die gestiegene Arbeitslosigkeit sowie eine schwache Lohnentwicklung belastet werden. Lediglich von Seiten einer anhaltend geringen Teuerungsrate sind Impulse für die real verfügbaren Einkommen und somit den privaten Konsum zu erwarten. Die Inflations-

Tab. 2.2
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa^{a)}

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ^{b)}			Arbeitslosenquote ^{c)}		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Deutschland	20,3	0,7	0,4	1,9	2,1	1,6	1,6	5,5	5,2	5,0
Frankreich	15,7	0,0	0,1	0,1	2,2	1,0	1,0	10,2	11,0	11,1
Italien	12,5	-2,5	-1,9	-0,1	3,3	1,2	1,0	10,7	12,3	12,6
Spanien	8,5	-1,6	-1,3	0,1	2,4	1,5	-0,2	25,0	26,5	26,7
Niederlande	4,8	-1,2	-1,0	0,7	2,8	2,5	1,3	5,3	6,7	7,1
Belgien	2,9	-0,1	0,2	1,1	2,6	1,2	1,3	7,6	8,7	8,7
Österreich	2,4	0,9	0,4	1,5	2,6	2,0	1,8	4,3	4,8	4,7
Griechenland	1,7	-6,4	-3,9	-1,2	1,0	-0,8	-0,6	24,3	27,2	28,0
Finnland	1,5	-0,8	-0,5	0,5	3,2	2,1	1,6	7,7	8,1	7,9
Portugal	1,4	-3,2	-1,6	0,3	2,8	0,4	0,0	15,9	16,5	15,5
Irland	1,2	0,2	-0,4	1,8	1,9	0,5	0,8	14,7	13,2	12,8
Slowakei	0,5	1,8	0,8	1,8	3,7	1,5	1,7	14,0	14,1	13,9
Slowenien	0,3	-2,5	-2,2	-0,3	2,8	1,9	1,4	8,9	10,4	11,0
Luxemburg	0,3	-0,2	1,9	2,1	2,9	1,6	1,7	5,1	5,7	5,5
Zypern	0,1	-2,4	-5,5	-3,8	3,1	0,7	0,7	11,9	16,1	18,1
Estland	0,1	3,9	1,1	3,5	4,2	3,3	3,4	10,2	8,6	8,5
Malta	0,1	0,8	1,8	2,0	3,2	1,1	1,6	6,4	6,4	6,1
Euroraum ^{d)}	74,3	-0,7	-0,5	0,7	2,5	1,4	1,1	11,4	12,2	12,2
Großbritannien	13,7	0,1	1,4	2,6	2,8	2,6	2,2	7,9	7,6	7,2
Schweden	3,1	0,9	0,6	2,0	0,9	0,4	0,9	8,0	8,0	7,7
Dänemark	1,9	-0,4	0,3	1,6	2,4	0,5	0,8	7,5	6,9	6,7
EU 20 ^{d)}	92,9	-0,5	-0,1	1,1	2,5	1,5	1,2	10,7	11,2	11,2
Polen	2,9	1,9	1,4	2,5	3,7	0,8	1,2	10,1	10,5	10,0
Tschechien	1,2	-1,0	-1,5	1,3	3,5	1,3	1,0	7,0	7,0	6,5
Rumänien	1,1	0,7	3,0	4,0	3,4	3,0	2,5	7,0	7,5	7,0
Ungarn	0,8	-1,7	1,1	2,0	5,7	1,8	2,0	10,9	10,0	10,0
Kroatien	0,4	-2,0	-0,7	0,5	3,4	2,4	2,0	15,9	17,0	16,0
Bulgarien	0,3	0,8	0,6	2,0	2,4	0,5	1,0	12,3	13,0	12,0
Litauen	0,2	3,7	3,0	3,2	3,2	1,2	1,5	13,4	12,0	10,0
Lettland	0,2	5,0	4,6	4,0	2,3	0,0	2,0	15,0	11,0	9,0
Neue Mitglieder ^{e)}	7,1	0,7	1,1	2,4	3,7	1,5	1,6	9,7	9,9	9,3
EU 28 ^{d)}	100,0	-0,4	-0,1	1,2	2,6	1,5	1,3	10,5	11,0	10,9
EU 28 ^{f)}		-0,4	0,0	1,2	2,6	1,5	1,3	10,5	11,0	10,9

^{a)} Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – ^{b)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{c)} Standardisiert. – ^{d)} Gewichteter Durchschnitt der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2012 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2012. – ^{e)} Gewichteter Durchschnitt aus Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Litauen und Lettland. – ^{f)} Gewichteter Durchschnitt der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit Kaufkraftparitäten des Jahres 2012. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2012.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; ILO; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2013

rate wird voraussichtlich 1,0% sowohl im Jahr 2013 als auch im Jahr 2014 betragen. Die Arbeitslosenquote dürfte von 11,0% in diesem Jahr auf 11,1% im kommenden Jahr steigen. Auch die privaten Bruttoinvestitionen werden wohl nur wenig zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beitragen. Zum einen sind die Gewinnaussichten für französische Unternehmen derzeit eher schlecht. Zum anderen sind die angekündigten Entlastungen bei Unternehmenssteuern sowie Lohnkosten durch die französische Regierung im We-

sentlichen ausgeblieben. Der fehlende Reformwille der Regierung ist auch ein entscheidender Grund für die geringe Potenzialwachstumsrate sowie eine mangelnde preisliche Wettbewerbsfähigkeit französischer Unternehmen. Daher ist auch von Seiten des Exports trotz einer Belebung der Weltwirtschaft kein positiver Impuls zu erwarten. Lediglich der Staatskonsum sowie die öffentlichen Bruttoinvestitionen dürften zu einer Stabilisierung der Konjunktur beitragen, da jegliche Sparanstrengungen, die mit der EU-Kommission

vereinbart und zu einer Reduzierung des öffentlichen Defizits nötig wären, auf das Jahr 2015 verschoben wurden.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem und im kommenden Jahr um voraussichtlich 0,1 % zulegen.

Italien: Politische Unsicherheit belastet

Die italienische Volkswirtschaft befindet sich seit dem Jahr 2011 in einer Rezession und dürfte diese frühestens Mitte kommenden Jahres überwinden. Ein breit angelegter Aufschwung ist aber im Prognosezeitraum nicht in Sicht, auch da die hohe Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung von Ministerpräsident Letta schwer auf der privaten Konsum- und Investitionsbereitschaft lastet. Zudem dürfte die Potenzialwachstumsrate kaum höher als null sein, da es über viele Jahre hinweg versäumt wurde, die italienische Volkswirtschaft in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Infrastruktur und Energie zu reformieren. Auch die Steuer- und Abgabenlast ist insbesondere für Unternehmen im internationalen Vergleich außergewöhnlich hoch. Des Weiteren ist Italien aufgrund eines beträchtlichen öffentlichen Schuldenstandes vor allem in Bezug auf steigende Kapitalmarktzinsen verwundbar. Eine erneute Eskalation der Eurokrise stellt somit ein Abwärtsrisiko für die Prognose dar.

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr um 1,9% fallen, ehe sich der Rückgang im kommenden Jahr auf – 0,1% abschwächt. Die leichte konjunkturelle Belebung in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 wird jedoch nicht ausreichend sein, um eine Wende am Arbeitsmarkt herbeizuführen. Die Arbeitslosenquote dürfte nach durchschnittlich 12,3% in diesem Jahr auf 12,6% im kommenden Jahr zulegen und die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte somit den Konsum belasten. Eine leichte Entlastung der Haushaltsbudgets ist jedoch durch eine rückläufige Teuerungsrate zu erwarten. Diese dürfte infolge der anhaltend unterausgelasteten Produktionskapazitäten von durchschnittlich 1,2% im Jahr 2013 auf 1,0% im Jahr 2014 sinken und damit vielleicht den dringend notwendigen Prozess der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft einleiten.

Die niedrige Kapazitätsauslastung ist zusammen mit der hohen politischen Unsicherheit und den ungünstigen Finanzierungsbedingungen ein Grund dafür, dass auch von Seiten der privaten Bruttoinvestitionen kein wesentlicher konjunktureller Impuls zu erwarten ist. Darüber hinaus lasten hohe Steuern und Abgaben auf den italienischen Unternehmen. Der Außenhandel dürfte im Prognosezeitraum dagegen einen leicht positiven Beitrag liefern, gleichwohl dies weniger einem Anstieg der Exporte als vielmehr einem Rückgang der Importe geschuldet sein wird. Letztere werden voraus-

sichtlich durch rückläufige Einkommen der privaten Haushalte belastet. Lediglich die Finanzpolitik wird voraussichtlich stabilisierend auf die Konjunktur wirken, da trotz des hohen öffentlichen Schuldenstandes keine nennenswerten Konsolidierungsmaßnahmen geplant sind. Das Ergebnis dieser kurzfristigen Stabilisierungswirkung wird aber eine langfristige Destabilisierung sein.

Spanien: Reformen zeigen erste Erfolge

Das reale Bruttoinlandsprodukt ist im dritten Quartal 2013 erstmals seit fast drei Jahren nicht mehr geschrumpft (+ 0,1%). Es mehren sich daher die Hoffnungen, dass Spanien den Tiefpunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise hinter sich gelassen hat und die durchgeführten Reformen erste, wenn auch kleine, Erfolge zeigen. Der Bankensektor Spaniens wurde rekapitalisiert, und das mit der EU vereinbarte Hilfsprogramm wurde erfolgreich abgeschlossen. Auch hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den vergangenen Jahren leicht verbessert und die Leistungsbilanz weist am aktuellen Rand einen Überschuss aus. Allerdings ist der Weg bis zur Herstellung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gerade für Spanien extrem weit. Die erforderliche relative Preissenkung dürfte bei etwa 30% liegen (vgl. Pill et al. 2012; Pill et al. 2013; Sinn 2013b). Bislang ist die Verbesserung der spanischen Leistungsbilanz fast ausschließlich auf den Kollaps der Wirtschaft und den daraus folgenden Rückgang der Importe, und nur zu einem kleinen Teil auf die Verbesserung der Exporte zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote hat sich ebenfalls noch nicht stabilisiert und erreichte im Oktober ein Niveau von 26,7%.

Die Verwundbarkeit der spanischen Volkswirtschaft gegenüber externen Schocks ist nach wie vor hoch. Die Entschuldung der privaten Haushalte geht kaum voran, und auch das öffentliche Defizit sowie der öffentliche Schuldenstand erscheinen untragbar hoch. Des Weiteren könnte dem Bankensystem erneut Ungemach drohen. Bei den Banken schlummern noch in riesigem Umfang toxische Kredite. Bislang ist bei der spanischen Bankenkrise erst die Spitze des Eisbergs sichtbar geworden. Somit sind die Abwärtsrisiken für die Prognose beträchtlich.

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr erneut um 1,3% sinken, bevor es sich im kommenden Jahr um voraussichtlich 0,1% erholen wird. Die Arbeitslosenquote wird wohl nur noch geringfügig zunehmen und im kommenden Jahr auf 26,7% steigen. Die anhaltend hohe Unterauslastung der Produktionskapazitäten dürfte die Teuerungsrate weiter sinken lassen. Nach 1,5% in diesem Jahr wird die durchschnittliche Inflationsrate im kommenden Jahr bei voraussichtlich – 0,2% liegen. Dieser Rückgang des allgemeinen Preisniveaus verbessert die Wettbewerbsfähigkeit

der spanischen Unternehmen und stützt zusätzlich die Exportwirtschaft. Von Seiten des privaten und öffentlichen Konsums ist dagegen kein positiver Beitrag zu erwarten, da sowohl die privaten Haushalte als auch der Staatssektor ihre Entschuldungsbestrebungen fortsetzen dürften. Die privaten Bruttoinvestitionen werden im kommenden Jahr wohl erstmals seit langem wieder leicht zulegen, auch da die Auslandsnachfrage nach spanischen Ausrüstungsgütern zulegen und die Bauwirtschaft die Geschwindigkeit ihrer Talfahrt verringern dürfte.

Großbritannien: Wirtschaft erholt sich

Die Wirtschaft in Großbritannien hat sich im Herbst 2013 spürbar belebt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im dritten Quartal um 0,8%, nachdem es sich im zweiten Quartal bereits um 0,7% erhöhte. Vor allem die Binnennachfrage legte kräftig zu, da sowohl der Konsum der privaten Haushalte als auch die Bruttoanlageinvestitionen relativ dynamisch expandierten. Das Defizit in der Handelsbilanz hat sich im dritten Quartal hingegen ausgeweitet, wodurch die Abnahme wettgemacht wurde, die sich in den zwei Quartalen zuvor eingestellt hatte. Die Exporte gingen deutlich zurück, während sich die Importe moderat erhöhten.

Die Aussichten dafür, dass sich die Erholung der britischen Wirtschaft fortsetzt, sind indes günstig. So hat sich die Stimmung der Unternehmen in den Umfragen kontinuierlich verbessert. Das Geschäftsklima hellte sich im Verarbeiten der Gewerbe, im Bereich der Dienstleister sowie im Einzelhandel dank zuversichtlicherer Erwartungen auf. Auch im Bau legte das Geschäftsklima zu, insbesondere deshalb, weil mit einem weiteren Anstieg der Immobilienpreise gerechnet wird. Das Vertrauen der Verbraucher zog ebenfalls an, wenngleich deutlich verhaltener. Stützend wirkte hier nicht zuletzt die zunehmende Verbesserung der Vermögensposition der privaten Haushalte. Die Ergebnisse der Umfragen decken sich mit den Erwartungen des ifo Weltwirtschaftsklimas für Großbritannien, die zuletzt zunehmend optimistisch ausfielen.

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt hingegen weiterhin getrübt. Die Arbeitslosenquote verharrt derzeit nahezu unverändert auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Sie lag im August 2013 bei 7,5%, und war damit lediglich 0,3 Prozentpunkte niedriger als im Januar 2013. Der Anstieg der Löhne blieb infolgedessen moderat. Die Inflationsrate ging – gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex – im Verlauf des Jahres 2013 zunächst nur verlangsamt zurück. Im Oktober 2013 fiel sie jedoch auf 2,2%, nach 2,7% im September 2013, was daraufhin deutet, dass die preissteigernden Effekte, die sich zuvor aus dem Anstieg staatlich regulierter Preise ergaben, mittlerweile ausgelaufen sind.

Die Bank von England hat sich darauf festgelegt, ihren sehr expansiven geldpolitischen Kurs fortzusetzen. Sie kündigte im Rahmen ihrer *forward guidance* öffentlich an, den Leitzins unverändert bei 0,5% zu belassen, solange die Arbeitslosenquote oberhalb von 7% liegt. Dies setzt allerdings voraus, dass die Inflationsrate mittelfristig unter 2,5% bleibt. Ebenso sollten die Inflationserwartungen fest verankert sein. Das Programm zum Aufkauf von besicherten Wertpapieren wird weiterhin fortgeführt, welches bis dato ein Volumen von 375 Mrd. Britische Pfund erreicht hat. Ziel des Programms ist es einerseits, den Geschäftsbanken Liquidität zu vergünstigten Konditionen bereitzustellen, und andererseits einen stärkeren Anstieg der Kapitalmarktzinsen zu vermeiden, der die konjunkturelle Erholung nachhaltig konterkarieren könnte. Im Zuge der expansiven geldpolitischen Maßnahmen hat sich die Lage auf den Kreditmärkten zunehmend entspannt, was sich darin äußert, dass die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an die privaten Nichtbanken – nicht-finanzielle private Unternehmen und private Haushalte – zuletzt zugenommen hat. Zusätzlich haben sich die Konditionen der Kreditvergabe verbessert. Die Kreditzinsen zahlreicher Kategorien sind seit Sommer 2012 rückläufig.

Die Regierung hält an ihrem Vorhaben fest, den geplanten verschärften Konsolidierungskurs bis zum Fiskaljahr 2017/2018 beizubehalten. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die Defizitquote im Prognosezeitraum lediglich verhalten reduziert wird, um eine Belastung der Konjunktur durch massive Einsparungen zu vermeiden. Die Defizitquote dürfte im kommenden Jahr daher bei 6% liegen, nachdem sie im laufenden Jahr rund 7% betrug. Der öffentliche Schuldenstand dürfte sich im Jahr 2014 somit auf 98% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt erhöhen.

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien im laufenden Jahr um 1,4% steigen und im kommenden Jahr um 2,6% zulegen. Triebfeder der Erholung dürfte eine robuste Expansion der Binnennachfrage sein, die durch günstigere Kreditkonditionen und den bereits fortgeschrittenen Schuldenabbau bei den privaten Haushalten stimuliert wird. Ebenso ist damit zu rechnen, dass die Exporte infolge des Aufschwungs der Volkswirtschaften wichtiger Handelspartner zulegen werden. Trotz der Belegung dürften die Kapazitäten im Prognosezeitraum jedoch unterausgelastet bleiben. Die Inflationsrate dürfte daher im kommenden Jahr bei etwa 2,2% liegen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt indes angespannt. Eine rasche Abnahme der Arbeitslosenquote ist nicht zu erwarten. Dennoch deutet sich an, dass die Arbeitslosenquote gegen Ende des kommenden Jahres unter 7% fallen könnte. Für die Bank von England könnte sich insofern die Herausforderung ergeben, dass sie den Grad ihres extrem expansiven geldpolitischen Kurses sukzessive reduzieren muss, ohne dabei Verwerfungen auf den Finanzmärkten hervorzurufen und die Konjunktur zu bremsen.

Osteuropa: Allmähliche Belebung

In den mittel- und osteuropäischen Staaten der EU mehren sich die Anzeichen für eine konjunkturelle Wiederbelebung. So gab es in allen Ländern der Region zuletzt wieder Export-Zuwächse. Dabei kommen vielen Ländern die im Verlauf der Finanzkrise abgewertete Währung sowie die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit zugute. Auch die Industrieproduktion nahm in allen Ländern der Region, außer in Kroatien, im Vergleich zum Vorjahr zu. In Tschechien, Ungarn und Kroatien, wo in 2012 und im ersten Halbjahr 2013 die Wirtschaftsleistung rückläufig war, scheint sich der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zu verlangsamen und positive Zuwachsraten erscheinen wieder realistisch. Einen positiven Beitrag zur konjunkturellen Entwicklung der Region lieferten die Konsumausgaben. So zog angesichts der geringeren Arbeitslosigkeit der private Konsum im Vergleich zum Vorjahr wieder an, außer in Tschechien und Kroatien, wo er sich jedoch stabilisierte. Auch bei den Staatsausgaben scheint in den meisten Ländern die Talsohle durchschritten zu sein.

Eine Schwachstelle in der Region stellen allerdings die Investitionen dar. So waren die Bruttoanlageinvestitionen in diesem Jahr in nahezu allen Ländern rückläufig. Ein Hauptgrund hierfür ist die nach wie vor schwache Kreditvergabe. Seit die globale Finanzkrise die mittel- und osteuropäischen Länder erfasst hat, kommt es in der Region zu einem Rückgang der Auslandsverbindlichkeiten von europäischen Mutterbanken. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten: Ungarn war vom grenzüberschreitenden Kapitalabzug am stärksten betroffen, Tschechien und Polen am wenigsten. Die schwache Kreditvergabe hatte aber auch nachfrageseitige Gründe – Unternehmen fragten angesichts der geringen Konjunkturdynamik wenig Kredite nach. Die Kreditnachfrage dürfte jedoch im Prognosezeitraum etwas anziehen. Zum einen wegen der positiven Konjunkturaussichten, und zum anderen weil die Zentralbanken dank der deutlich rückläufigen Inflationsentwicklung voraussichtlich weitere Leitzinssenkungen vornehmen werden.

Das Wachstum in der Region hängt allerdings weiterhin primär vom Export und der Nachfrage aus der Eurozone ab. Jedoch dürften Wachstumsimpulse auch aus der Belebung der Binnennachfrage kommen. Zu dieser Belebung beitragen würde auch eine Lockerung des Sparkurses seitens der Regierungen. Dies ist wahrscheinlich, da die meisten Volkswirtschaften, mit Ausnahme Ungarns, mittlerweile über geordnete Staatsfinanzen verfügen, was ihre Bonität stützt. Insgesamt zeichnet sich in der Region eine leichte Beschleunigung des Wachstums im Prognosezeitraum ab. Dies betrifft in erster Linie Rumänien, sowie die beiden größten Volkswirtschaften der Region – Polen und Tschechien. Der Wachstumsausblick für die baltischen Staaten,

welche derzeit die konjunkturelle Verlangsamung in Russland deutlich zu spüren bekommen, ist hingegen mit Unsicherheiten verbunden.

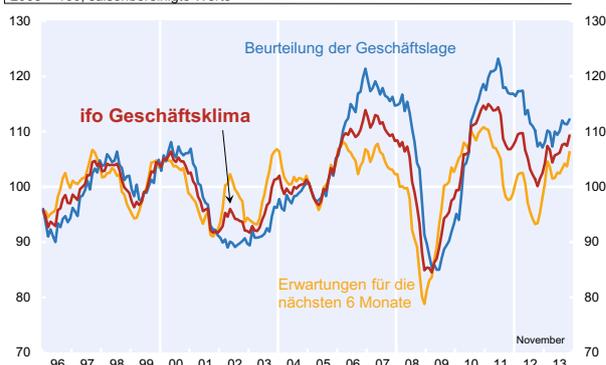
3. Deutschland

Überblick

In Deutschland hat die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Sommermonaten 2013 mit einer Rate von 0,3% zugelegt, dies entspricht in etwa dem konjunkturellen Durchschnittstempo im ersten Halbjahr und – auf ein volles Jahr hochgerechnet – auch dem Wachstum des Produktionspotenzials (1,3%). Zwar hatte im Frühjahr die laufende Rate des realen Bruttoinlandsprodukts sogar bei 0,7% gelegen, im vorangegangenen Winterhalbjahr war die Produktion, nicht zuletzt aufgrund des schwachen Welthandels, zeitweilig aber sogar rückläufig gewesen. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion ab den Frühjahrsmonaten ist vom ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft zeitnah indiziert worden (vgl. Abb. 3.1).

Haupttriebfeder für die deutsche Konjunktur im Jahr 2013 war die inländische Verwendung, die im bisherigen Jahresverlauf mit einer Jahresrate von 1,8% recht kräftig zugenommen hat. Die Investitionen in Ausrüstungen, die sechs Quartale in Folge gesunken waren, vermochten im Frühjahr erstmals wieder zuzulegen – hier dürfte die konjunkturelle Wende geschafft sein. Die Unsicherheit der Investoren über den Fortgang der Konjunktur hat, den Stimmungsindikatoren zufolge, deutlich abgenommen. Zudem haben sich die eingetrübten Ertragsperspektiven der Unternehmen im Jahresverlauf wieder aufgehellt. Aufgrund der leicht unterdurchschnittlichen Auslastung der Produktionskapazitäten im Sommerhalbjahr blieb das Anstiegstempo der Ausrüstungsinvestitionen aber noch vergleichsweise niedrig. Die Bauinvestitionen sind, nach witterungsbedingt schlechtem

Abb. 3.1
ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft^{a)}
2005 = 100, saisonbereinigte Werte



^{a)} Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Start, im Sommerhalbjahr deutlich gestiegen. Hier schlugen die außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen und die hohe Nachfrage von in- und ausländischen Kapitalanlegern zu Buche. Zusätzliche Impulse kamen von der Beseitigung der Flutschäden am Anlagevermögen. Konjunkturrobust stieg auch der reale private Konsum, befördert von der anhaltenden Einstellungsbereitschaft der Unternehmen und höheren Tarifabschlüssen. Zudem ging die Sparneigung leicht zurück. Positiv auf die Produktionsentwicklung wirkte sich schließlich der Aufbau der Lagerbestände aus.

Der Außenbeitrag trug im bisherigen Jahresverlauf hingegen negativ zur Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts bei. Zwar sind die Exporte in den ersten drei Quartalen 2013 saisonbereinigt mit einer Jahresrate von insgesamt 1,9% spürbar gestiegen, deutlich kräftiger vermochten jedoch die Importe in diesem Zeitraum zuzulegen (annualisiert: 2,9%). Mehr importiert wurde aus Drittländern, während die Importe aus den EWU-Ländern rückläufig waren.

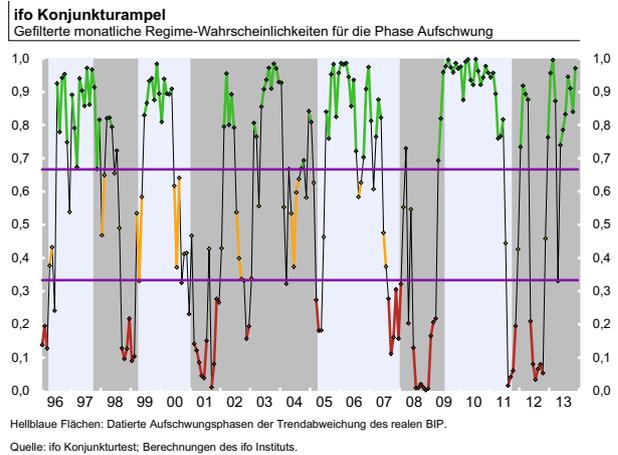
Bei alledem war die Arbeitsnachfrage weiter hoch. Recht kräftig nahm seit dem Frühjahr das Arbeitsvolumen zu; die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit erhöhte sich dank eines Abbaus von Kurzarbeit sowie zahlreicher Überstunden, die mit dem Nachholen von winterbedingten Produktionsausfällen einhergingen. Von Januar bis Oktober stieg die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt um 221 000 Personen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis September sogar um 274 000. Dennoch hat die Arbeitslosigkeit das ganze Jahr hindurch tendenziell zugenommen. Hierzu trugen die steigende Erwerbsbeteiligung der Inländer und die anhaltende Zuwanderung aus Osteuropa und den europäischen Krisenländern bei. Aufgrund der längeren durchschnittlichen Arbeitszeit sind die Arbeitnehmerentgelte, pro Stunde gerechnet, im Sommerhalbjahr spürbar gesunken. Dabei bildeten sich die im Winter 2012/2013 stark gestiegenen Lohnstückkosten wieder etwas zurück.

Ausblick und Indikatoren

Wichtige Indikatoren weisen darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion schlecht in das Jahresendquartal 2013 gestartet ist. So hat die Produktion im produzierenden Gewerbe im Oktober saisonbereinigt deutlich nachgegeben, wenngleich der Rückgang durch einen kalendarischen Brückentag konjunkturell überzeichnet sein dürfte.¹ Der Auf-

¹ Bei der amtlichen Saison- und Kalenderbereinigung werden Einflüsse von Brückentagen nicht herausgerechnet (vgl. Deutsche Bundesbank 2012).

Abb. 3.2



tragseingang war ebenfalls rückläufig; hier hat der Rückgang von Großaufträgen in der Investitionsgüterindustrie das Ergebnis negativ beeinflusst.

Mit einer fortgesetzten Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität ist angesichts der guten Rahmenbedingungen und unter den Annahmen des Basisszenarios allerdings nicht zu rechnen. So ist der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft, der zu Quartalsbeginn ebenfalls gesunken war, im November wieder deutlich gestiegen. Die Erwartungen an den Geschäftsverlauf der befragten Unternehmen sind inzwi-

Tab. 3.1
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen^{a)}
Saison- und kalenderbereinigte Werte, Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2013				2014
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,7	0,3	0,3	0,5
darunter:					
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,0	0,7	0,3	0,3	0,5
darunter:					
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,6	0,5	0,0	0,1	0,6
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	0,8	0,6	-0,5	0,2	0,6
Energie- und Wasserversorgung	-0,4	0,1	2,9	0,0	0,2
Baugewerbe	-0,2	1,3	1,2	0,0	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,2	1,6	0,0	0,4	0,5
Unternehmensdienstleistungen	1,1	1,7	0,7	0,4	0,7
Information und Kommunikation	-0,3	0,3	0,4	0,6	0,6
Finanzen und Versicherungen	-5,3	-4,2	1,4	0,1	0,1
Wohnungswesen	0,3	0,6	0,4	0,5	0,5
sonstige Dienstleister	-0,9	0,6	-0,3	0,4	0,5
Öffentliche Dienstleister	-0,4	0,4	0,2	0,2	0,2

^{a)} Verkettete Absolutwerte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 4. Quartal 2013 und 1. Quartal 2014: Prognose des ifo Instituts.

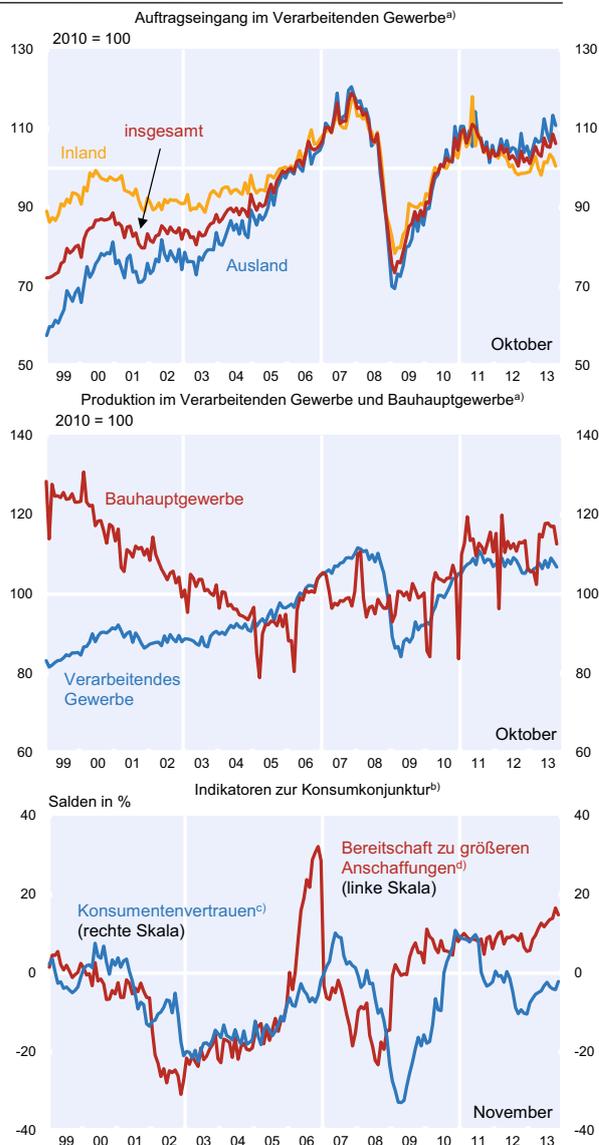
schen auf dem höchsten Wert seit Frühjahr 2011. In nahezu allen Wirtschaftsbereichen hat die Bereitschaft, neues Personal einzustellen, zugenommen. Vom Export werden verstärkte Impulse erwartet. Auch im Bauhauptgewerbe sowie im Handel wird die zukünftige Geschäftsentwicklung zuversichtlicher eingeschätzt. Die Wahrscheinlichkeit für einen konjunkturellen Aufschwung in Deutschland ist zum Jahresausklang hoch; die ifo Konjunkturampel steht bereits seit Mai auf Dauergrün (vgl. Abb. 3.2).

Die quantitative Prognose für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im vierten Quartal 2013 und ersten Quartal 2014 erfolgt nach Wirtschaftsbereichen disaggregiert auf der Basis monatlich verfügbarer amtlicher Frühindikatoren sowie einer breiten Palette von monatlich erhobenen Umfragedaten, wobei den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests eine besonders gewichtige Rolle zugemessen wird. (vgl. Carstensen et al. 2009).

Berücksichtigt man die vorliegenden Indikatoren, so dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion aller Bereiche im vierten Quartal 2013 um 0,3% gestiegen sein (vgl. Tab. 3.1). Dabei hat die Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe ohne Bau voraussichtlich kaum zugelegt. Hierfür sprechen der Rückgang der Produktion und die rückläufigen Auftragseingänge in der Industrie im Oktober (vgl. Abb. 3.3). Bei alledem waren auch die unternehmensnahen Dienstleister wohl nur verhalten aufwärtsgerichtet. Das Baugewerbe hat nach den schwungvollen Sommermonaten, in denen in den Wintermonaten ausgefallene Produktion nachgeholt worden sein dürfte, im vierten Quartal voraussichtlich stagniert. Insbesondere das Bauhauptgewerbe dürfte die Produktionstätigkeit gedämpft haben. Der Handel profitierte wohl einerseits von steigenden Neuzulassungen für Automobile, andererseits sind die Einzelhandelsumsätze ohne Kfz-Handel nach dem bisherigen Datenstand eher schwach ausgefallen. Impulse dürften von den übrigen Dienstleistungsbereichen gekommen sein. Hierfür spricht der schwungvolle Beschäftigungsaufbau in diesen Bereichen.

Zu Jahresbeginn 2014 dürfte sich die gesunkene Unsicherheit über den Fortgang der Konjunktur bei Unternehmen und privaten Haushalten stärker bemerkbar machen. Das Verarbeitende Gewerbe profitiert zudem von besseren Exportperspektiven, so dass sich die Wertschöpfung dort voraussichtlich um 0,6% erhöht. Vor diesem Hintergrund dürften auch die Transport- und Unternehmensdienstleister ihre Produktion schneller ausweiten. Auch im Baugewerbe dürfte sich die Expansion beschleunigen. Hierfür spricht unter anderem der hohe und in der Tendenz zunehmende Auftragsbestand, insbesondere im Wohnungsbau. Der Handel und die konsumnahen Dienstleister dürften zu Beginn des kommenden Jahres von der steigenden Anschaffungsneigung der privaten

Abb. 3.3
Indikatoren zur Wirtschaft in Deutschland



a) Volumen, saisonbereinigt nach Census X-12-ARIMA. – b) Saisonbereinigt. – c) Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden zwölf Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden zwölf Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden zwölf Monaten). – d) Gegenwärtig.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Europäische Kommission.

Haushalte profitieren. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2014 voraussichtlich um 0,5% zulegen.

Getragen wird der Aufschwung 2014 von den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften: Der private Konsum dürfte angesichts der weiter günstigen Beschäftigungssituation und steigender Realeinkommen beschleunigt expandieren.

Die Ausrüstungsinvestitionen ziehen deutlich an, höhere Absatz- und Gewinnerwartungen dürften zunehmend Erweiterungsinvestitionen anregen. Zudem bleiben die Vergabestandards für Unternehmenskredite unverändert günstig.

Die gute Baukonjunktur wird sich fortsetzen, auch der bisher auf der konjunkturellen Schattenseite stehende Gewerbebau dürfte anziehen. Beim öffentlichen Bau schlägt die Verbesserung der kommunalen Finanzen zu Buche; außerdem fließen im Rahmen des Fluthilfefonds Mittel in den öffentlichen Tiefbau.

Die globale Beschleunigung der Nachfrage und die Stabilisierung der Konjunktur in vielen Mitgliedsländern des Euro-raums verleihen der Exportwirtschaft neue Impulse. Da aber auch die Importe angesichts der schwungvollen Binnen-nachfrage beschleunigt expandieren dürften, werden vom realen Außenbeitrag keine expansiven Impulse auf das reale Bruttoinlandsprodukt ausgehen.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresverlauf 2013 um 1,3% gestiegen sein. Aufgrund des niedrigen Ausgangswerts zu Jahresanfang hat die Produktion den Vorjahresstand jedoch nur um 0,4% übertroffen. Im Verlauf von 2014 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,2% beschleunigt zunehmen; im Jahresdurchschnitt dürfte die Zuwachsrate 1,9% betragen (vgl. Abb. 3.4). An der Juni-Prognose des ifo Instituts für das Jahresergebnis 2014 wird folglich festgehalten (vgl. Kasten 3.1: Zur Revision der Juni-Prognose des ifo Instituts).

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen. Zur Berechnung der konkreten Intervalle für das Jahr 2014 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2012 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2014 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, $\pm 1,1$ Prozentpunkte.

Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,9% reicht das Intervall also von 0,8% bis 3,0%. Die Punktprognose von

Abb. 3.4

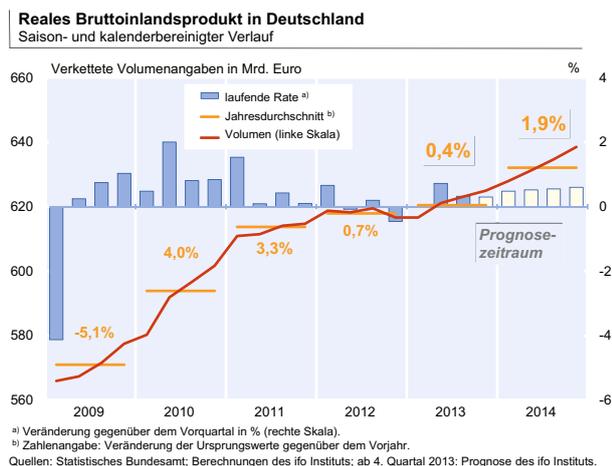
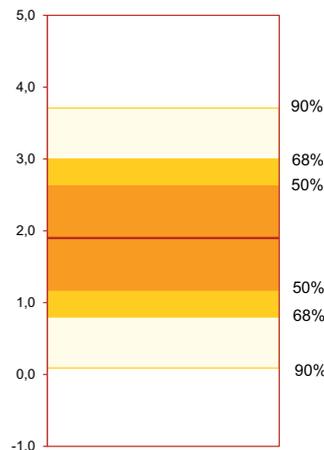


Abb. 3.5

Prognoseintervall für die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts 2014



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

1,9% stellt den Wert dar, der am ehesten erwartet werden kann (vgl. Abb. 3.5).

Bei alledem wird sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen. Gegen Jahresende 2014 dürften sich allerdings in einigen Arbeitsmarktsegmenten Knappheiten stärker bemerkbar machen. In Folge anziehender Reallöhne werden die Unternehmen zudem stärker als bisher Produktivitätsreserven mobilisieren, um den zunehmenden Lohnkostendruck zu kompensieren. Insgesamt erhöht sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2014 voraussichtlich um 230 000 Personen. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Verlauf des Jahres 2014 um 56 000 Personen zurückgehen; im Jahresdurchschnitt wird sie stagnieren. Zwar dürfte die Zahl der Inländer im Erwerbsalter im kommenden Jahr erneut stark rückläufig sein, dafür steigt aber die Erwerbsbeteiligung weiter und die Migration aus den EU-Mitgliedsstaaten nach Deutschland hält an.

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe dürfte in diesem wie im nächsten Jahr 1,5% betragen. Der gesamtstaatliche Budgetüberschuss dürfte sich im Jahr 2013 auf 0,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts belaufen; auch im Jahr 2014 dürfte ein Überschuss erzielt werden (+ 0,3%) (vgl. Tab. 3.2).

Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Die Lage der öffentlichen Finanzen hatte sich in den Jahren 2011 und 2012 deutlich entspannt. So sank das gesamtstaatliche Defizit von 4,2% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 auf 0,8% im Jahr 2011. Im Jahr 2012 wurde sogar ein leichter Überschuss (0,1%) erzielt.

Tab. 3.2
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2011	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{b)}				
Private Konsumausgaben	2,3	0,8	0,9	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,0	0,5	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	6,9	-2,1	-0,8	4,5
Ausrüstungen	5,8	-4,0	-1,9	5,6
Bauten	7,8	-1,4	-0,5	3,8
Sonstige Anlagen	5,1	3,4	2,9	4,5
Inländische Verwendung	2,8	-0,3	0,7	1,9
Exporte	8,0	3,2	0,5	5,9
Importe	7,4	1,4	1,1	6,5
Bruttoinlandsprodukt	3,3	0,7	0,4	1,9
Erwerbstätige ^{c)} (1 000 Personen)	41 152	41 608	41 862	42 092
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 976	2 897	2 952	2 952
Arbeitslosenquote BA ^{d)} (in %)	7,1	6,8	6,9	6,8
Verbraucherpreise ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,0	1,5	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}				
in Mrd. Euro	-21,5	2,3	6,0	9,2
in % des Bruttoinlandsprodukts	-0,8	0,1	0,2	0,3
Leistungsbilanzsaldo				
in Mrd. Euro	161,2	187,2	195	205
in % des Bruttoinlandsprodukts	6,2	7,0	7,1	7,3

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Preisbereinigte Angaben. – ^{c)} Inlandskonzept. – ^{d)} Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ^{e)} Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – ^{f)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2013

Im Jahr 2013 hat die Finanzpolitik nun wieder leicht expansive Impulse gesetzt. So ist der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2013 deutlich – um 0,7 Prozentpunkte – gesenkt worden, was bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einer Entlastung von insgesamt 6,7 Mrd. Euro geführt hat. Die ebenfalls zum Jahresbeginn eingeführte Leistungsausweitung in der Pflegeversicherung (in einem Volumen von 1,1 Mrd. Euro) wird durch eine leichte Erhöhung der Beitragssätze gegenfinanziert, so dass es per Saldo nicht zu einer Defiziterhöhung kommt. Zudem sind noch von der bisherigen Bundesregierung Entlastungen vorgenommen worden. So ist der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer leicht erhöht worden; eine stärkere Entlastung bei der Einkommensteuer scheiterte am Bundesrat. Die Anhebung des Grundfreibetrags konnte die Mehrbelastung durch die kalte Progression lediglich dämpfen. Weitere Impulse sind etwa durch die Abschaffung der Praxisgebühr (1,8 Mrd. Euro) und die Einführung eines Betreuungsgeldes (0,2 Mrd. Euro im Jahr 2013) gesetzt worden. Außerdem wurde im Sommer 2013 ein Hilfsfonds eingerichtet, durch den die vom Hochwasser betroffenen Bürger und Unternehmen unterstützt werden. In dieser Prognose wird unterstellt, dass durch den Hoch-

wasserhilfsfonds in den Jahren 2013 und 2014 Ausgaben in Höhe von jeweils rund 2 Mrd. Euro finanziert werden.

Nach der Bundestagswahl im Herbst 2013 zeichnet sich eine große Koalition aus CDU, CSU und SPD ab. Während steuerpolitische Reformvorschläge in den Koalitionsverhandlungen weitgehend außen vor blieben, werden nach Maßgabe des vorliegenden Koalitionsvertrags in den Jahren 2014 bis 2017 besondere sozialpolitische Akzente gesetzt. Bereits ab 1. Juli 2014 sollen für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, Erziehungsleistungen mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden (Mütterrente). Dabei ist mit einer Mehrbelastung in Höhe von ca. 3½ Mrd. Euro im Jahr 2014 zu rechnen. Gleichzeitig sollen langjährig Versicherte mit 45 Beitragsjahren (einschließlich Zeiten der Arbeitslosigkeit), bereits im Alter von 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können, und die Zurechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente um zwei Jahre (von 60 auf 62) angehoben werden. Die finanziellen Auswirkungen der letztgenannten Punkte hängen auch von der konkreten Ausgestaltung dieser Maßnahmen ab. Wahrscheinlich ist, dass es bereits im Jahr 2014 zu einer deutlichen Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte kommt. Insgesamt wird in dieser Prognose für die neuen rentenpolitischen Maßnahmen

bereits in der zweiten Jahreshälfte 2014 mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von rund 4 Mrd. Euro gerechnet. Zur Finanzierung ist vorgesehen, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung zum 1. Januar 2014 – anders als ursprünglich geplant – nicht um 0,6 Prozentpunkte sinken wird.

Weltwirtschaftliches Umfeld und preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Die Prognose basiert auf der Annahme, dass ein Barrel Rohöl der Sorte Brent im Jahr 2013 durchschnittlich 109,4 US-Dollar und im Jahr 2014 111,6 US-Dollar kostet. Die Wechselkurse werden im Prognosezeitraum konstant fortgeschrieben, so dass das Tauschverhältnis zwischen US-Dollar und Euro bei 1,34 liegt.

Das weltwirtschaftliche Umfeld wird sich – wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben – im Verlauf des Prognosezeitraums verbessern. Der Welthandel dürfte in diesem Jahr um 1,7% und im kommenden Jahr um 4,8% zulegen. Der Anstieg des auf Basis der Länderprognosen errechneten

Kasten 3.1**Zur Revision der Juni-Prognose 2013 des ifo Instituts**

In der Prognose von Juni 2013 hatte das ifo Institut die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2013 auf 0,6% veranschlagt. Nunmehr wird die Prognose geringfügig auf 0,4% zurückgenommen. Maßgeblich für die Revision ist, dass das konjunkturelle Tempo im Sommerhalbjahr 2013, den derzeitigen amtlichen Angaben zufolge, etwas langsamer war, als in der ifo Juni-Prognose erwartet worden ist. Damals war für das zweite und dritte Quartal 2012 mit einer saisonbereinigten Zunahme des realen BIP von zusammengekommen 1,3% gerechnet worden. Nach den Ergebnissen der aktuellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Zeitraum aber nur um 1,0% expandiert.

Die Juni-Prognose des ifo Instituts für den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt 2014 in Höhe von 1,9% wird beibehalten. Zwar wird die konjunkturelle Dynamik im Jahresverlauf 2014 nunmehr höher als im Juni eingeschätzt, dafür fällt aber der statistische Überhang am Jahresende 2013 voraussichtlich etwas niedriger aus als damals angesetzt. Tabelle 3.3 fasst die wichtigsten Kenngrößen der aktuellen BIP-Prognose für die Jahre 2013 und 2014 zusammen. Die Prognose der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate auf einer Prognose des unterjährigen konjunkturellen Verlaufs des realen BIP basiert, d.h. auf einer Prognose der saisonbereinigten Quartalsraten. Die Quartalsraten gehen mit unterschiedlichem Gewicht in die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate ein.

Tab. 3.3**Zur Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts**

	2011	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}
Statistischer Überhang ^{b)}	1,5	0,3	- 0,3	0,6
Jahresverlaufsrate ^{c)}	2,2	0,3	1,3	2,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	3,4	0,9	0,5	1,9
Kalendereffekt ^{d)}	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung	3,3	0,7	0,4	1,9

^{a)} Schätzungen des ifo Instituts. – ^{b)} Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum saison- und kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^{c)} Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^{d)} In Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.
ifo Institut Dezember 2013

ifo Exportnachfrageindikatoren beschleunigt sich im Verlauf des Prognosezeitraums. Im aktuellen Jahr dürfte er um 1,0% zunehmen, im Jahr 2014 um 2,1%. Die meiste Nachfrage kommt aus China und Südostasien, deren Impulse auf die Exporte bleiben im Prognosezeitraum in etwa konstant. Hinzu kommen die Nachfragezuwächse aus den USA und Großbritannien. Auch aus der Eurozone dürften im Verlauf von 2014 verstärkt positive Impulse kommen (vgl. Abb. 3.6).

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Eurozone auf Basis der Verbraucherpreisindizes wird im Jahr 2013 voraussichtlich konstant bleiben, nachdem sie sich seit 2008 kontinuierlich verbessert hatte. Gegenüber einem größeren Länderkreis (24 oder 37 Handelspartner) kommt es zu einer deutlichen Verschlechterung. Maßgeblich hierfür ist die Entwicklung im ersten Quartal 2013, als der Euro gegenüber dem US-Dollar deutlich aufwertete. Im kommenden Jahr wird sich die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den größeren Länderkreisen um rund 1% verschlechtern. Gegenüber dem Euroraum kommt es erstmalig seit 2007 wohl zu einer Verschlechterung.

Die Entwicklung im Einzelnen

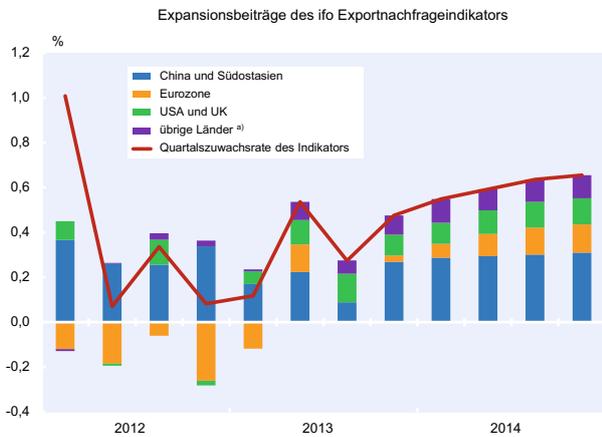
Außenhandel: Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Euroraum

Nach dem kräftigen zweiten Quartal kam es im dritten zu einer merklichen Verlangsamung der Exportdynamik. Die

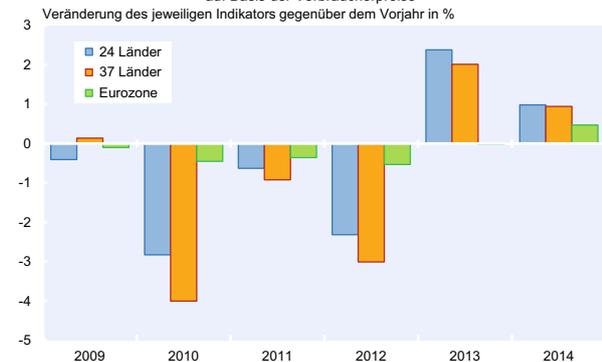
deutschen Ausfuhren legten lediglich um 0,1% zu. Negative Impulse kamen aus Russland, der Türkei und Asien ohne China. Positiv beigetragen haben hingegen die Nachfrageimpulse aus der Eurozone, China und aus den osteuropäischen Ländern wie Tschechien und Polen.

Für das Schlussquartal zeichnen die Indikatoren insgesamt ein positives Bild. Zwar sind im dritten Quartal die Auftragseingänge aus dem Ausland über alle Komponenten (Investitions- Vorleistungs- und Konsumgüter) hinweg leicht rückläufig gewesen – im zweiten Quartal verzeichneten die Auftragsbücher allerdings sehr kräftige Zuwächse. Der Oktoberwert der gesamten Aufträge aus dem Ausland ist wiederum gegenüber dem dritten Quartal angestiegen. Zudem sind die ifo Exporterwartungen, das ifo Exportklima sowie der Auftragsbestand deutlich aufwärtsgerichtet. Darüber hinaus liegen die für September vorliegenden nominalen Warenausfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels deutlich über dem Durchschnitt des dritten Quartals. Insgesamt dürften die Ausfuhren im vierten Quartal um 1,7% zulegen. Im Verlauf des Jahres 2014 werden die Exporte wohl beschleunigt zulegen. Kontinuierlich positive Impulse liefern insbesondere China und Südostasien, aber auch die USA, Großbritannien und Osteuropa. Mit der einsetzenden Erholung in der Eurozone im Verlauf von 2014 dürfte sich auch die Nachfrage nach deutschen Gütern etwas erhöhen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich in diesem Jahr gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone verschlechtern, dies ist vor allem eine Folge der Aufwertung

Abb. 3.6
Exportindikatoren



Preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 24 und 37 Handelspartnern und der Eurozone auf Basis der Verbraucherpreise

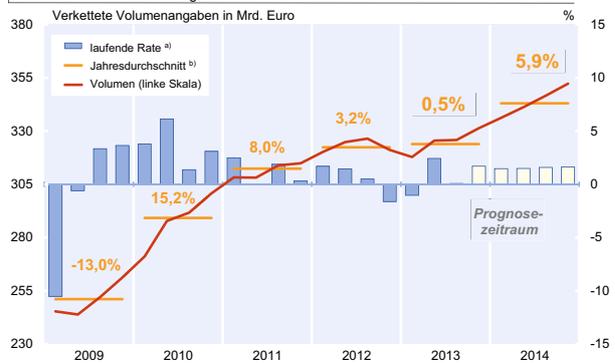


^{a)} Lateinamerika, Osteuropa und Japan.
24 Länder: enthält neben den Ländern der Eurozone auch Dänemark, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Schweiz, Japan, Kanada und USA.
37 Länder: zusätzliche zu den 24 Ländern sind enthalten: Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, China, Hongkong, Korea, Singapur und Australien.
Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF; OECD; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

des Euros Anfang des Jahres. Im kommenden Jahr verlieren deutsche Exporteure gegenüber den wichtigsten Handelspartnern an Wettbewerbsfähigkeit. Damit kommt es erstmalig seit 2007 auch zu einer Verschlechterung gegenüber den restlichen Ländern des Euroraums; damals führte die Mehrwertsteueranhebung in Deutschland zu einer Verschlechterung. Dies dürfte die deutsche Ausfuhrdynamik leicht dämpfen. Insgesamt bleibt der Zuwachs der deutschen Ausfuhr in diesem Jahr hinter dem des Welthandels zurück, was an der schwachen Nachfrage aus dem Euroraum festgemacht werden kann. Durch die Konjunkturbelebung im Euroraum im kommenden Jahr wird die Ausfuhr wohl etwas stärker zulegen als der Welthandel. Alles in allem ist mit einem Anstieg des realen Exports um 0,5% in diesem Jahr zu rechnen, bedingt durch das niedrige Niveau zu Jahresende 2012 und durch den starken Exportrückgang im ersten Quartal. Im Jahr 2014 dürfte die Ausfuhr um 5,9% expandieren (vgl. Abb. 3.7).

Die Importe sind im dritten Quartal 2013 mit 0,8% unterdurchschnittlich gestiegen. Dies erklärt sich aus den schwachen Zuwächsen der Ausrüstungsinvestitionen und der Aus-

Abb. 3.7
Reale Exporte
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

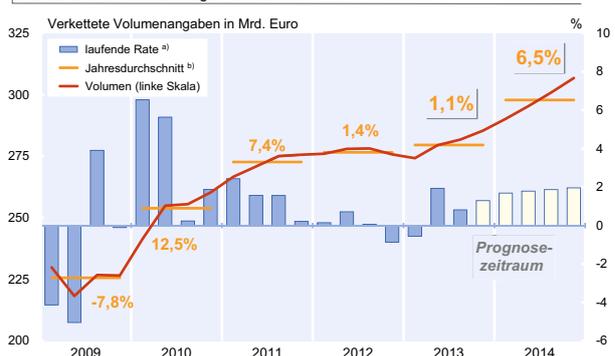


^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

führen. Die Einfuhr von Investitionsgütern war nominal sogar stark rückläufig. Aus dem Euroraum wurde deutlich weniger nachgefragt als im Quartal zuvor. Somit stieg der Handelsbilanzüberschuss gegenüber dieser Ländergruppe wieder etwas an.

Im vierten Quartal werden die Importe voraussichtlich um 1,3% moderat zulegen. Dabei dürfte vor allem die Einfuhr von Vorleistungsgütern aufgrund des Exportzuwachses stimulierend wirken. Die nominale Wareneinfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels signalisiert eher einen gedämpften Zuwachs. Im Jahr 2014 werden die Importe wohl beschleunigt zunehmen. Zum einen legen die Exporte weiter zu. Zum anderen beschleunigen sich die Zuwachsraten der Ausrüstungsinvestitionen. Insgesamt werden die Importe im kommenden Jahr wohl um 6,5% zunehmen, nach einem Anstieg von 1,1% in diesem Jahr, der aus dem niedrigen Ausgangsniveau zu Beginn des Jahres 2013 und dem Rückgang im ersten Quartal folgt (vgl. Abb. 3.8). Damit ergibt sich für dieses Jahr ein negativer Expansionsbeitrag des Außenhandels von -0,3 Prozentpunkten. Im nächsten Jahr wird vom Nettoexport ein kleiner positiver Nachfrageimpuls von 0,1 Prozentpunkten ausgehen (vgl. Tab 3.4).

Abb. 3.8
Reale Importe
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

Tab. 3.4
Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
 (in Prozentpunkten)

	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}
Konsumausgaben	0,6	0,6	1,1
Private Konsumausgaben	0,4	0,5	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,1	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,4	- 0,1	0,8
Ausrüstungen	- 0,3	- 0,1	0,4
Bauten	- 0,1	0,0	0,4
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderungen	- 0,5	0,2	- 0,1
Letzte inländische Verwendung	- 0,3	0,7	1,8
Außenbeitrag	1,0	- 0,3	0,1
Exporte	1,6	0,2	3,0
Importe	- 0,7	- 0,5	- 2,9
Bruttoinlandsprodukt ^{b)}	0,7	0,4	1,9

^{a)} Schätzungen des ifo Instituts. – ^{b)} Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2013

Die Terms of Trade haben sich im dritten Quartal leicht verbessert. Dabei sind die Ausführpreise weniger stark zurückgegangen als die Einfuhrpreise. Bei den Importen verbilligten sich vor allem Energieträger und Datenverarbeitungsgeräte gegenüber dem Vorjahresquartal, bei den Exporten fielen insbesondere die Preise für Kraftfahrzeuge und -teile. Die vorliegenden Werte für die Ausfuhr- und Einfuhrpreise im Spezialhandel deuten darauf hin, dass die Terms of Trade im vierten Quartal 2013 leicht zulegen werden. Dies liegt vor allem daran, dass die im Oktober und November gefallenen Ölpreise und die gleichzeitige Aufwertung des Euros gegenüber dem Dollar keinen Aufwärtsdruck auf die Importpreise ausüben dürften. Mit der weiteren Belebung der Auslandsnachfrage im Jahr 2014 werden die Unternehmen ihre Kostensteigerungen voraussichtlich besser auf ihre Abnehmer überwälzen können. Durch den anziehenden Welthandel dürften die Importpreise ebenfalls leicht zunehmen. Im Jahresverlauf werden die Export- und Importpreise ähnlich stark steigen. Aufgrund des niedrigen Niveaus der Importpreise zum Jahresende 2013 werden die Terms of Trade im kommenden Jahr um 0,5% steigen, nachdem sie sich in diesem Jahr um 1,4% verbessern. Der Leistungsbilanzsaldo dürfte sich im kommenden Jahr bei 7,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt einpendeln, nach 7,1% in diesem Jahr.

Exkurs: Zum Verfahren der EU-Kommission wegen des überhöhten deutschen Leistungsbilanzüberschusses

Im Rahmen des Frühwarnsystems für makroökonomische Ungleichgewichte (Macroeconomic Imbalances Procedure

– MIP) hat die Europäische Kommission am 13. November 2013 erstmals eine vertiefte Prüfung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland empfohlen. Gegenstand des Verfahrens ist der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands, der mit 44,4 Mrd. Euro (6,3% des BIP) im dritten Quartal 2013 der höchste weltweit war; China folgte auf Platz 2 mit umgerechnet 30 Mrd. Euro. Nach dem sogenannten Scoreboard der Europäischen Kommission liegt ein übermäßiges außenwirtschaftliches Ungleichgewicht vor, wenn der durchschnittliche Leistungsbilanzüberschuss der letzten drei Jahre einen Schwellenwert von 6% des BIP übersteigt. Für Deutschland beläuft sich dieser Durchschnitt aktuell auf 6,7% des BIP.

Auch die US-amerikanische Regierung und namhafte Ökonomen wie Paul Krugman kritisieren das deutsche Geschäftsmodell, das die hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen nur durch Lohnzurückhaltung und damit Inkaufnahme einer schwachen inländischen Nachfrage ermögliche. Anstatt in Inland verstärkt Investitionen durchzuführen, exportiere Deutschland seine Ersparnis und investiere in Sach- und Finanzanlagen im Rest der Welt.

Definitionsgemäß entspricht ein Leistungsbilanzüberschuss einem Nettokapitalexport in gleicher Höhe. Die Forderung, den Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands zu reduzieren, ist deshalb gleichbedeutend mit der Forderung weniger Kapital in den Rest der Welt zu exportieren.

Angesichts des Umstands, dass der deutsche Kapitalexport großenteils ein öffentlicher oder öffentlich veranlasster Kapitalexport Deutschlands auf dem Wege über die Rettungsschirme der EZB und der Staatengemeinschaft ist, steht diese Forderung in krassem Widerspruch zu der ebenfalls aus dem Umfeld der EU-Kommission erhobenen Forderung, Deutschland möge mehr Rettungsgelder zur Verfügung stellen und nicht mehr auf einer allzu strikten Austeritätspolitik beharren. Deutschland kann netto weniger Güter und Kapital oder mehr Güter und Kapital exportieren, aber aus Gründen der Logik kann es nicht mehr Kapital und weniger Güter exportieren. Wer Deutschland wegen seiner Außenhandelsalden kritisiert, muss schon darlegen, was er eigentlich meint.

Man könnte entgegnen, Deutschland solle halt noch genauso viel öffentliches Kapital exportieren, die Rücknahme seiner Leistungsbilanzüberschüsse durch den Abbau des privaten Kapitalexports kompensieren oder bewerkstelligen. Dieser Standpunkt übersieht aber, in welchem riesigem Ausmaß der deutsche Kapitalexport öffentlich oder öffentlich veranlasst ist. Während der Nettokapitalexport Deutschlands vor Ausbruch der Krise tatsächlich eine rein privatwirtschaftliche Entscheidung von Unternehmen, Kreditinstituten, Finanzintermediären und privaten Haushalten war, hat sich der private Nettokapitalexport während der Krise deutlich reduziert

und sich im Krisenjahr 2010 sogar in einen Nettokapitalimport verwandelt. Lediglich der öffentliche Sektor, allen voran die Deutsche Bundesbank, aber auch der deutsche Staat, war per Saldo dazu bereit, dem Ausland Kredit zu gewähren (vgl. Sinn und Timo Wollmershäuser 2012a; 2012b; Sinn 2012a).

Betrachtet man die ersten fünf Krisenjahre von 2008 bis 2012 insgesamt, so betrug der deutsche Leistungsbilanzüberschuss mit dem Rest der Welt 800 Mrd. Euro. Die Deutsche Bundesbank akkumulierte im selben Zeitraum Target-Forderungen gegenüber anderen Zentralbanken des Eurosystems in Höhe von 585 Mrd. Euro, also knapp drei Viertel dieser Summe. Diese Forderungen entstanden, weil die Zentralbanken der Krisenländer ihren Geschäftsbanken im großen Umfang Refinanzierungskredite bereitstellten, die diese für grenzüberschreitende Zahlungen an das Ausland verwendeten (vgl. Sinn und Wollmershäuser 2012a). Dies war ein öffentlicher Kredit und Kapitalexport der Bundesbank, weil sie die Zahlungsaufträge, die durch die zusätzliche Kreditvergabe der Notenbanken der Südländer ermöglicht wurde, kreditieren und ihre eigene Kreditvergabe an die Banken entsprechend zurücknehmen musste (vgl. Sinn 2012b).

Ferner hat Deutschland in den Jahren 2008 bis 2012 anteilig für die fiskalischen Rettungskredite der verschiedenen Rettungsfonds (EFSF, ESM, EFSM, IWF) in Höhe von 284 Mrd. Euro gebürgt, was einem deutschen Haftungsrisiko von 60 Mrd. Euro entspricht, sowie für 15 Mrd. Euro selbst Kredite nach Griechenland überwiesen. In der Summe kommt man ohne die Bundesbank auf etwa 75 Mrd. Euro, mit ihr auf 660 Mrd. Euro an deutschen Rettungskrediten für die Krisenländer des Euroraums. Somit waren also 83% der Nettokapitalexporte Deutschlands auf die deutschen Rettungsmaßnahmen zurückzuführen. Die Kritik am hohen deutschen Leistungsbilanzüberschuss ist demnach tatsächlich eine Kritik an der deutschen Rettungspolitik und steht im Widerspruch zur Forderung, Deutschland solle sich in noch größerem Umfang an den Rettungsmaßnahmen beteiligen.

Die Refinanzierungskredite, die das Eurosystem den Geschäftsbanken der Krisenländer zur Verfügung stellte, und die fiskalischen Hilfskredite der Staatengemeinschaft wurden in den Krisenländern vorwiegend für die Tilgung der Auslandsschulden (insbesondere der dortigen Geschäftsbanken sowie der öffentlichen Hand) verwendet und nicht unmittelbar für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland. Letzteres zeigt sich auch daran, dass die Importe der Krisenländer seit dem Jahr 2008 massiv eingebrochen sind, was maßgeblich für die kontinuierliche Verbesserung der dortigen Leistungsbilanzdefizite war. Die im Ausland infolge der Kredittilgung freiwerdenden Mittel mussten dann über Umwege in Drittländer außerhalb des Euro-

raums gelangt sein, um letztendlich zum Erwerb von Gütern und Dienstleistungen in Deutschland verwendet zu werden. So gesehen haben die deutschen Exportüberschüsse auch die Auslandsschulden der Krisenländer gegenüber Drittländern getilgt, wofür die Bundesbank durch Target-Forderungen, und die deutschen Banken durch den Abbau ihrer Schulden bei der Bundesbank und den Aufbau von Forderungen gegenüber den Rettungseinrichtungen einschließlich der Bundesbank kompensiert wurden (vgl. Sinn 2013c).

Dass das in den Krisenländern über die eigene Liquiditätsversorgung hinaus geschaffene Eurogeld den Weg über Drittländer eingeschlagen haben muss und nicht direkt von den Krisenländern für Leistungsbilanztransaktionen mit Deutschland verwendet wurde, zeigt sich an der Veränderung der Struktur des deutschen Leistungsbilanzüberschusses. Während im Jahr 2008 noch 62% des Überschusses mit Ländern im Euroraum erwirtschaftet wurden, halbierte sich dieser Anteil bis zum Jahr 2012 auf 31%. Der Rückgang fiel dabei besonders stark beim Handel mit den Krisenländern aus, dessen Anteil am gesamten deutschen Leistungsbilanzüberschuss von 30% auf 9% schrumpfte.

Die Substitution der wegfallenden Handelspartner aus dem Euroraum durch solche aus dem Rest der Welt erklärt auch, weshalb der Euroraum insgesamt im Jahr 2012 mit 1,2% den größten Leistungsbilanzüberschuss in Relation zum BIP seit Einführung der gemeinsamen Währung aufwies. Ohne den Handel Deutschlands mit Ländern außerhalb der Währungsunion wäre die Leistungsbilanz im Euroraum ausgeglichen gewesen.

Wer also Deutschland wegen seiner zu hohen Leistungsbilanzüberschüsse kritisiert, empfiehlt somit implizit der EZB, ihre Kreditvergabe an die Geschäftsbanken in den Krisenländern einzuschränken, was eine Abkehr von der Absenkung der Bonitätsanforderungen für Pfänder verlangt, die Banken bei ihrer jeweiligen Notenbank hinterlegen müssen, wenn sie Refinanzierungskredite aus frisch dafür geschaffenem Zentralbankgeld erhalten wollen. Bundesbankpräsident Weidmann hatte die Absenkung der verlangten Pfänderqualität unter das *investment grade*, mit dem die EZB den bei weitem größten Rettungsschirm in der Krise aufgespannt hatte, in einem Brief an den Präsidenten der EZB kritisiert. Würde die EZB diesem Verlangen von Bundesbankpräsident Weidmann folgen, so würde sich der deutsche Leistungsbilanzüberschuss vermutlich sehr schnell verringern.

In Südeuropa würden die Zinsen steigen und die Kreditaufnahme sinken. Zugleich käme es aufgrund einer Verminderung des Angebots von Euros, die in Südeuropa durch zusätzliche Refinanzierungskredite geschaffen wurden und der Schuldentilgung sowie dem Gütererwerb im Ausland dienen, auf den Devisenmärkten zu einer Aufwertung. Beides

würde die Nachfrage nach deutschen Exportgütern senken. Parallel würde vermutlich ein Teil der deutschen Ersparnis, die derzeit über das Eurosystem als öffentlicher Kredit in die Krisenländer gelenkt wird, in der Binnenwirtschaft Verwendung finden, weil die Banken die Verringerung der Liquiditätszuflüsse durch Überweisungen aus dem Ausland zum Anlass nehmen würden, weniger Geld bei der Bundesbank anzulegen, bzw. sich selbst mehr Geld von ihr zu leihen. Zum einen könnten bei abermals fallenden Zinsen die Konsumausgaben steigen, zum anderen könnten die privaten oder staatlichen Investitionen ausgeweitet werden. Auf diese Weise gäbe es einen Schub für die heimische Nachfrage, was die Importe erhöhen würde. Der Leistungsbilanzsaldo käme daher sowohl von der Export- als auch von der Importseite unter Druck, ohne dass deswegen die Gesamtnachfrage nach deutschen Gütern sinken müsste. Man könnte also im Hinblick auf den deutschen Leistungsbilanzüberschuss durch eine Verlagerung der Kredite der Bundesbank von den Krisenländern nach Deutschland sehr leicht Abhilfe schaffen, wenn es gewünscht wird.

Ausrüstungsinvestitionen: Aufwärtsbewegung setzt sich fort

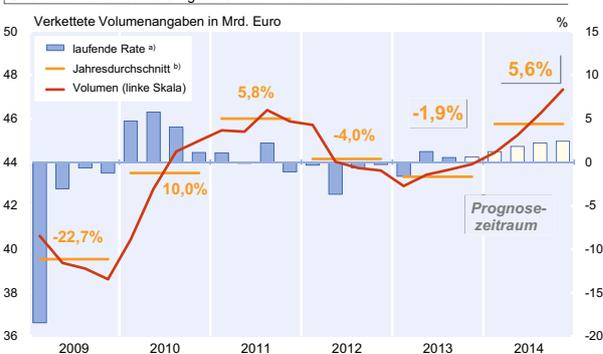
Die Ausrüstungsinvestitionen haben im dritten Quartal ihren Aufwärtstrend fortgesetzt. Vor dem Hintergrund tendenziell abnehmender Unsicherheit bei der Produktionserwartung stieg die Investitionstätigkeit im Zeitraum von Juli bis September um 0,5%, nach 1,2% im Vorquartal. Somit scheint der Unternehmenssektor seinen Investitionsattentismus, der sich im vergangenen Jahr an den rückläufigen Ausgaben für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge gezeigt hatte, abgelegt zu haben.

Die zuletzt leicht nachlassende Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen wird im Winterhalbjahr wieder Aufwind bekommen. Zwar haben im Oktober die Auftragseingänge sowie die Produktion im Investitionsgüterbereich gegenüber dem Vorquartal abgenommen. Dennoch signalisieren die aufwärtsgerichteten Unternehmenserwartungen eine weiterhin positive Investitionsdynamik. So sind die Geschäftserwartungen der ifo Investitionsgüterproduzenten aktuell deutlich optimistischer. Zudem ist die Reichweite an Auftragsbeständen im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin hoch. Auf eine nur moderate Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr weist die derzeitige Kapazitätsauslastung hin, die erst wieder am aktuellen Rand ihren langfristigen Mittelwert in etwa erreicht hat.

Im weiteren Prognosezeitraum wird sich die positive Entwicklung der Investitionstätigkeit im Ausrüstungsbereich fortsetzen. Maßgeblich hierfür werden expansive Impulse sowohl aus dem Inland wie auch dem Welthandel sein, worauf das hohe Niveau des ifo Exportklimas deutet. Die hier-

Abb. 3.9

Reale Investitionen in Ausrüstungen Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

mit verbundene Verbesserung der Geschäftserwartungen wird zunehmend Erweiterungsinvestitionen mit sich bringen, zumal die Auslastung der Produktionskapazitäten voraussichtlich ansteigt. Die Finanzierungsbedingungen bleiben dabei äußerst vorteilhaft. Die vom ifo erhobene Kredithürde für Bankkredite an Unternehmen befindet sich weiterhin auf niedrigem Niveau, und auch der Bank Lending Survey der Bundesbank suggeriert, dass die Vergabestandards für Unternehmenskredite im vierten Quartal unverändert günstig bleiben. Das eher rückläufige Kreditvolumen am aktuellen Rand lässt zudem darauf schließen, dass viele Unternehmen ihre Investitionen in Ausrüstungen derzeit vermehrt aus Eigenfinanzierung stemmen können. Ausgehend von etwa normal ausgelasteten Produktionskapazitäten dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum allmählich kräftiger anziehen.

Im Verlauf dieses Jahres werden die Ausrüstungsinvestitionen um 0,7% zulegen. Der Jahresdurchschnitt liegt aufgrund des statistischen Unterhangs dennoch um 1,9% niedriger als 2012. Im kommenden Jahr ist mit einer deutlichen Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen von 5,6% zu rechnen (vgl. Abb. 3.9).

Bauinvestitionen: Weiter aufwärtsgerichtet

Bei den Bauinvestitionen hat sich im Sommerhalbjahr ein Aufwärtstrend abgezeichnet. Nach dem drastischen witterungsbedingten Rückgang im ersten Quartal konnte der durch Nachholeffekte bedingte Zuwachs im zweiten Quartal in den Monaten Juli bis September nochmal übertroffen werden. Zu dem Plus von 2,4% haben erstmals seit Ende 2011 wieder alle Bausparteien beigetragen.

Den größten Stützpfeiler der Baukonjunktur stellten im dritten Quartal die *Wohnungsbauinvestitionen* dar, die mit 2,6% gegenüber dem Vorquartal erneut deutlich zulegten. Der private Wohnungsbau profitierte hierbei von den weiterhin

Tab. 3.5
Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2012	2013	2014
Bauten	- 1,4	- 0,5	3,8
Wohnungsbau	1,1	1,3	3,8
Nichtwohnungsbau	- 4,6	- 3,0	3,7
Gewerblicher Bau	- 1,9	- 3,7	3,0
Öffentlicher Bau	- 10,8	- 1,0	5,5
Ausrüstungen	- 4,0	- 1,9	5,6
Sonstige Anlagen	3,4	2,9	4,5
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,1	- 0,8	4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2013

niedrigen Kreditzinsen, der guten Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sowie von der relativ hohen Attraktivität von Immobilien als Anlageobjekt. Diese günstigen Rahmenbedingungen werden im Prognosezeitraum Bestand haben. Wichtige Frühindikatoren wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen befinden sich auf hohem Niveau und deuten auf eine Fortsetzung der positiven Dynamik im Wohnungsbau hin. Dennoch werden die Zuwachsraten etwas moderater als im Sommerhalbjahr ausfallen. Hierauf weist die recht hohe Auslastung der Gerätekapazitäten im Bauhauptgewerbe hin. Auch von den derzeit günstigen Finanzierungskonditionen für private Wohnbauten sind vor dem Hintergrund leicht anziehender Kapitalmarktzinsen keine kräftigen Impulse zu erwarten. So lässt der Bank Lending Survey der Bundesbank aktuell auf keine größere Lockerung in den Vergabestandards für private Wohnungsbaukredite schließen. Zudem dürften die im Koalitionsvertrag geplanten nachfrageunterstützenden Maßnahmen im Mietwohnungsbereich wie die begrenzte Umlage von Modernisierungskosten und die Mietpreisbremse die Unsicherheit privater Investoren erhöhen. Insgesamt wird für die Wohnungsbauinvestitionen ein Zuwachs von 1,3% in diesem Jahr und 3,8% im nächsten Jahr erwartet (vgl. Tab. 3.5).

Die *gewerblichen Bauinvestitionen* nahmen im dritten Quartal 2013 um 1% gegenüber der Vorperiode zu und bewegten sich damit erstmals im Gleichlauf mit den anderen Bauparten. Ebenso wie die Ausrüstungen werden die Investitionen im Wirtschaftsbau angesichts des weiterhin günstigen Finanzierungsumfelds und der tendenziell abnehmenden Produktionsunsicherheit im Prognosezeitraum an Dynamik gewinnen. Hierauf deutet auch hin, dass die Auftragseingänge im Wirtschaftsbau am aktuellen Rand gestiegen sind. Insbesondere der Auftragsbestand im gewerblichen Hochbau befindet sich auf weiterhin hohem Niveau. Die gewerbliche Bautätigkeit dürfte jedoch aufgrund der nur langsamen wirtschaftlichen Erholung im Euroraum zögerlich ansteigen. Für das Gesamtjahr 2013 werden die Unternehmensinvestitionen in Bauten trotz der positiven Entwicklung der letzten Monate durch die schwache Entwicklung im ers-

ten Halbjahr um 3,7% sinken, während sie im kommenden Jahr voraussichtlich um 3% anziehen.

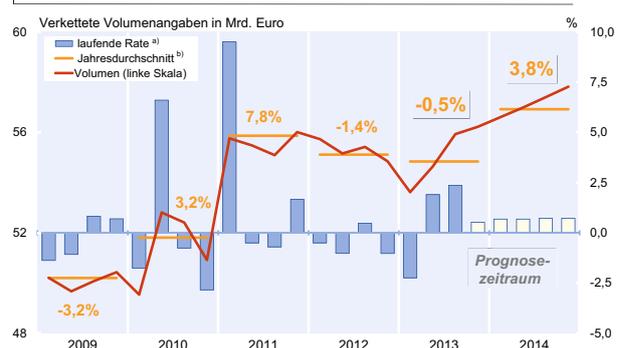
Die *öffentlichen Bauinvestitionen* verzeichneten im dritten Quartal abermals ein kräftiges Plus, nachdem sie bereits im zweiten Quartal durch witterungsbedingte Aufholeffekte stark angestiegen waren. Die positive Grunddynamik wird sich vor dem Hintergrund gestiegener Auftragsbestände, vor allem im öffentlichen Tiefbau, in den nächsten Monaten fortsetzen. Zudem profitiert die öffentliche Hand weiterhin von einer entspannten Finanzlage. Zwar ist die Kassenentwicklung der einzelnen Kommunen sehr heterogen, insgesamt lassen die öffentlichen Haushalte jedoch Spielraum für Bauinvestitionsprojekte. Unterstützend wirken hier im Prognosezeitraum zusätzliche Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur im Rahmen des Fluthilfefonds sowie die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Im laufenden Jahr werden die öffentlichen Bauinvestitionen aufgrund des starken Einbruchs im ersten Quartal um 1% zurückgehen. Für das kommende Jahr wird dagegen ein Anstieg um 5,5% erwartet.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr voraussichtlich um 0,5% leicht abnehmen und im Jahr 2014 um 3,8% ansteigen (vgl. Abb. 3.10).

Privater Konsum: Kauflaune weiter hoch

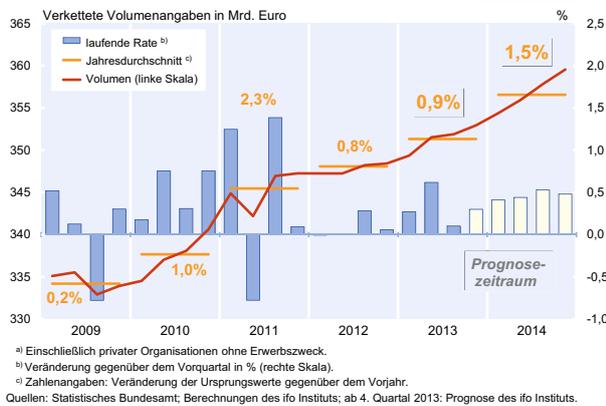
Der private Konsum hat im bisherigen Jahresverlauf unter Schwankungen weiter zugenommen. Gegenüber dem vierten Quartal 2012 beläuft sich die Zunahme der realen Verbrauchsausgaben saisonbereinigt auf 1%. Maßgeblich für die Expansion war der Anstieg der real verfügbaren Einkommen. Spürbare Tariflohnerhöhungen und zunehmende Beschäftigtenzahlen ließen die Masseneinkommen deutlich steigen. Hinzu kam, dass die Abzüge vom Bruttolohn am Jahresanfang verringert worden sind. So ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt und der Grundfreibetrag im Einkommensteuertarif erhöht worden.

Abb. 3.10
Reale Bauinvestitionen
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.11
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte^{a)}
 Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Zur Konsumexpansion trug auch bei, dass die Sparneigung leicht gesunken ist. Besonders gefragt waren im laufenden Jahr Nahrungsmittel sowie Bekleidung und Schuhe; auf der Schattenseite der Verbrauchergunst standen neue Pkw sowie Einrichtungsgegenstände.

Im vierten Quartal dürfte sich der Anstieg des realen privaten Konsums fortgesetzt haben. Zwar fiel die Entwicklung der realen Einzelhandelsumsätze, ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts zufolge, im Oktober recht enttäuschend aus, das Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen befinden sich aber auf hohem Niveau. Zudem signalisiert die zunehmende Zahl der Pkw-Neuzulassungen der privaten Halter, dass die Verbraucher angesichts der außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen nun auch bei diesem Gütersegment ihre Zurückhaltung allmählich aufgeben. Im Jahresdurch-

schnitt 2013 dürfte der reale private Konsum um 0,9% zunehmen (vgl. Abb. 3.11).

Im nächsten Jahr wird sich die Zunahme des privaten Konsums fortsetzen. Zwar dürften die tariflichen Monatsverdienste mit 2,5% wohl nicht schneller als im laufenden Jahr zulegen, die derzeit noch negative Lohndrift dürfte aber angesichts der weiterhin guten Arbeitsmarktlage ins Plus drehen, so dass die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten beschleunigt steigen. Da auch die Beschäftigung zunimmt, werden die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe um 3,5% zunehmen (2013: 2,9%). Netto fällt der Anstieg um 0,3 Prozentpunkte geringer aus. Zwar wird zu Jahresanfang erneut der Grundfreibetrag um 224 Euro auf 8 354 Euro angehoben, und die steuerliche Absetzbarkeit von Rentenbeiträgen bessert sich weiter, dagegen unterbleibt die bei guter Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung gesetzlich vorgesehene Senkung des Beitragsatzes.² Zusätzlich dämpfen die kalte Progression und die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung.

Die monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte dürften im Jahr 2013 aufgrund des sozialpolitischen Kurswechsels der neuen Bundesregierung hin zu umfangreichen Leistungsausweitungen für ausgewählte Bevölkerungsgruppen

² Der Rentenbeitragssatz muss gesenkt werden, wenn die Finanzsituation der Rentenversicherung so gut ist, dass ihre Rücklage das Eineinhalbfache einer Monatsausgabe für Rentenzahlungen übersteigt. Dies ist im laufenden Jahr der Fall: Nach Schätzungen der Deutschen Rentenversicherung Bund von Oktober 2013 steigt die Nachhaltigkeitsrücklage bis Jahresende auf etwa 31 Mrd. Euro – das entspricht dem 1,75-fachen einer Monatsausgabe. Rein rechnerisch hätte der Beitragssatz damit um 0,6 Prozentpunkte auf 18,3% sinken können.

Tab. 3.6
Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts^{a)}
 Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2011				2012				2013				2014			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV ^{b)}	I ^{b)}	II ^{b)}	III ^{b)}	IV ^{b)}
Private Konsumausgaben	1,2	-0,8	1,4	0,1	0,0	0,0	0,3	0,1	0,3	0,6	0,1	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5
Öffentlicher Konsum	0,0	0,7	0,1	0,6	0,4	-0,5	0,6	0,1	0,1	-0,2	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	1,1	-0,1	2,2	-1,1	-0,4	-3,7	-0,6	-0,3	-1,6	1,2	0,5	0,6	1,2	1,8	2,2	2,4
Bauten	9,5	-0,5	-0,7	1,7	-0,5	-1,0	0,5	-1,0	-2,3	1,9	2,4	0,5	0,7	0,7	0,7	0,7
Sonstige Anlagen	3,1	0,4	1,2	1,7	-0,1	0,7	1,4	1,1	-0,9	1,5	1,5	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1
Vorratsinvestitionen ^{c)}	-0,3	1,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,1	-0,3	0,1	0,4	-0,3	0,2	-0,2	0,0	0,1	0,0	0,1
Inländische Verwendung	1,5	0,8	0,2	0,0	-0,1	-0,5	0,0	0,0	0,3	0,4	0,7	0,0	0,5	0,6	0,6	0,7
Außenbeitrag ^{c)}	0,2	-0,7	0,2	0,1	0,8	0,4	0,3	-0,5	-0,2	0,3	-0,4	0,2	0,0	0,0	0,0	-0,1
Exporte	2,5	0,0	1,9	0,3	1,7	1,4	0,5	-1,6	-1,0	2,4	0,1	1,7	1,5	1,5	1,6	1,6
Importe	2,4	1,6	1,6	0,2	0,1	0,7	0,1	-0,9	-0,6	1,9	0,8	1,3	1,7	1,8	1,9	2,0
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,1	0,4	0,1	0,7	-0,1	0,2	-0,5	0,0	0,7	0,3	0,3	0,5	0,5	0,6	0,6

^{a)} Saison- und kalenderbereinigte Werte. – ^{b)} Schätzungen des ifo Instituts. – ^{c)} Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

sehr dynamisch steigen (2,9%). So soll dem Koalitionsvertrag zufolge ab Jahresmitte 2014 die bisherige Mütterrentenregelung erweitert werden: Eltern von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, erhalten pro Kind ein zusätzliches Erziehungsjahr in der Rente gutgeschrieben, was einer monatlichen Rentenzahlung von 28 Euro entspricht. Langjährig Versicherte mit 45 Beitragsjahren können ab diesem Zeitpunkt zudem bereits mit 63 Jahren (bisher 65 Jahre) ohne Abschläge in Rente gehen. Schließlich fällt die turnusmäßige Anpassung der Bestandsrenten merklich höher als im laufenden Jahr aus; hierzu trägt bei, dass die in den vergangenen Jahren aufgrund von Sicherungsklauseln unterbliebenen Rentenkürzungen inzwischen nahezu nachgeholt worden sind.

Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen dürften im kommenden Jahr im Gefolge der besseren Konjunktur ebenfalls kräftiger steigen. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte voraussichtlich um 3,1% expandieren, real um 1,5%. Die Sparquote dürfte unverändert niedrig bleiben. Zwar verbilligt das im Vergleich zu früher niedrigere Zinsniveau den Gegenwartsverbrauch zu Lasten des Zukunftskonsums, was Sparen weniger vorteilhaft erscheinen lässt. Gleichzeitig verringert sich aber auch das Zinseinkommen der privaten Haushalte, was den Gegenwartsverbrauch schmälern und die Ersparnis erhöhen kann. Einem Rückgang der Sparquote wirken auch die weiter rege Wohnbautätigkeit der privaten Haushalte und die Notwendigkeit zur ergänzenden privaten Altersvorsorge entgegen. Insgesamt dürfte der reale private Konsum im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,5% zunehmen und auch im Jahresverlauf deutlich zulegen (vgl. Tab. 3.6).

Staatskonsum: Moderater Anstieg

Der Staatskonsum hat sich in den vergangenen Jahren nur verhalten ausgeweitet. Seit dem Ende der Konjunkturmaßnahmen im Jahr 2011 betrug das durchschnittliche Wach-

tum des Staatskonsums preisbereinigt im Vorjahresvergleich etwa 0,8%.

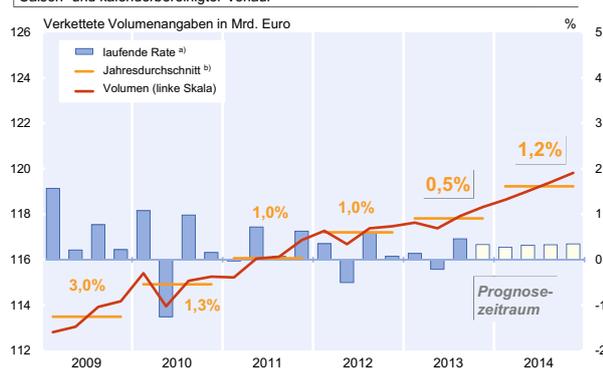
Im dritten Quartal 2013 kam es wieder zu einem Anstieg um rund 0,5% (saisonbereinigt) gegenüber dem Vorquartal, nachdem der Staatskonsum in der ersten Jahreshälfte sogar rückläufig war. Es ist davon auszugehen, dass die konsumtiven Ausgaben des Staates im dritten Quartal auch in Folge der Hochwasserschäden ausgeweitet worden sind. Für die folgenden Quartale wird von einem Anstieg um nunmehr 0,3% ausgegangen, was auf das Jahr gerechnet in etwa einer Wachstumsrate von etwa 1,2% entspricht (vgl. Abb. 3.12).

Inflation: Preisaufrtrieb bleibt moderat

Der Preisaufrtrieb auf der Verbraucherstufe hat sich bis in die Sommermonate 2013 hinein saisonbereinigt leicht beschleunigt, im vierten Quartal dürfte das Verbraucherpreisniveau nahezu konstant geblieben sein. Nahrungsmittel verteuerten sich deutlich: Bei Obst- und Gemüse schlugen im Sommerhalbjahr massive Ernteausfälle preistreibend zu Buche, zudem verteuerten sich Milch und Molkereiprodukte kräftig. Zudem sich der Anstieg der Wohnungsmieten leicht verstärkt. Zusätzlich kostete die Anhebung der Lottogebühren Kaufkraft. Demgegenüber haben die Preise für Energieträger in der zweiten Jahreshälfte etwas nachgegeben. Entlastungen ergaben sich zuletzt auch durch den Wegfall der Studiengebühren in Bayern. Im Vorjahresvergleich belief sich die Teuerung im November auf 1,3%, ohne Energieträger gerechnet auf 1,6%.

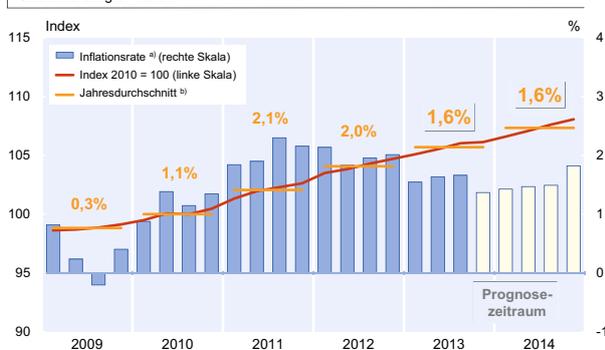
Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau in unverändertem Tempo verhalten steigen. Von den Rohölnotierungen geht annahmegemäß kein neuer Preisdruck aus, und auch die übrigen Importpreise dürften angesichts der konjunkturellen Schwäche in vielen EWU-Mitgliedsstaaten wohl nur lediglich verhalten zulegen. Binnenwirtschaftlich wirkt dem Preisdruck die steigende Produktivität entgegen. Die Strompreise werden weiter angehoben, wenngleich wohl weniger stark als in diesem Jahr: Zwar erhöht sich die EEG-Umlage am Jahresanfang 2014 um 0,963 Cent auf 6,240 Cent je Kilowattstunde weiter kräftig. Maßgeblich hierfür sind u.a. der Neubau von Photovoltaik-Anlagen sowie die Privilegierung von energieintensiven Industrieunternehmen, die zuungunsten von privaten Haushalten und anderen Unternehmen von Stromkosten entlastet werden. Allerdings dürften die gesunkenen Beschaffungskosten der Versorger aufgrund niedrigerer Börsenstrompreise wohl mehr als bisher an die Kunden weitergegeben werden. Auch steigen die Netzentgelte im Durchschnitt langsamer. Zusätzlich werden die Verbraucherbudgets 2014 dadurch geschmälert, dass die Bestandsmieten wohl etwas stärker als bisher angehoben werden. Außerdem steigen zum Jahresanfang das Brief-

Abb. 3.12
Reale Konsumausgaben des Staates
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.13
Verbraucherpreise in Deutschland
Saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %.
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

porto und die Tabaksteuer. Das gleiche gilt für die Fahrpreise vieler städtischer Verkehrsbetriebe, die Deutsche Bahn hat bereits zum 15. Dezember die Tickets verteuert. Im Vorjahresvergleich entfällt schließlich ab Januar der preisdämpfende Effekt der Abschaffung der Praxisgebühr (0,2 Prozentpunkte). Insgesamt dürften das Verbraucherpreisniveau im diesem und im kommenden Jahr um 1,5% höher sein (vgl. Abb. 3.13).

Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, der die Verteuerung der inländischen Leistungserstellung misst, dürfte im laufenden Jahr um 2,2% gestiegen sein, das ist merklich schneller als im Vorjahr (1,5%). Zwar haben die Lohnstückkosten deutlich langsamer zugenommen, die Stückgewinne der Unternehmen sind aber nach der kräftigen Gewinnkompression des vergangenen Jahres wieder merklich gestiegen. Ausschlaggebend hierfür waren die kräftigen Terms-of-Trade-Gewinne. Im kommenden Jahr dürfte sich der BIP-Deflator um 1,9% erhöhen. Die Lohnstückkosten nehmen aufgrund des höheren Produktivitätsfortschritts etwas langsamer zu, dafür dürften aber die Unternehmenseinkommen, je Einheit reales BIP gerechnet, im Gefolge der guten Konjunktur weiter anziehen (vgl. Tab. 3.7).

Tab. 3.7
BIP-Deflator

Inflationsbeiträge der Komponenten des BIP-Deflators in Prozentpunkten

	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}
BIP-Deflator ^{b)}	1,5	2,2	1,9
Arbeitnehmerentgelte (Inländer) ^{c)}	1,6	1,2	0,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen ^{c)}	-0,5	0,7	0,9
Abschreibungen ^{c)}	0,3	0,2	0,1
Prod.- und Importabgaben abz. Subventionen ^{c)}	0,2	0,1	0,1
Saldo der Primäreinkommen übrige Welt ^{c)}	0,2	0,0	0,0

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % – ^{c)} Je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.
ifo Institut Dezember 2013

Löhne: Reale Steigerung

Der Lohnanstieg hat seit Jahresbeginn an Schwung verloren. So lag der Index der Tariflöhne im dritten Quartal um 2,3% über Vorjahresniveau, nach rund 3% zu Jahresbeginn. Hier machte sich die längere Laufzeit der Tarifverträge in einigen Branchen bemerkbar. Zudem gab es in einigen Bereichen sogenannte Nullmonate ohne Tariflohnsteigerung. Effektiv fiel der Lohnanstieg mit knapp 2% noch etwas geringer aus, da übertarifliche Lohnbestandteile, die im Vorjahr gezahlt worden waren, wegfielen. Da gleichzeitig die Zahl der Kurzarbeiter sank und die Wochenarbeitszeit höher ausfiel als im Vorjahr, war der Anstieg der Lohnkosten je Stunde im dritten Quartal mit rund 1% moderat.

Im vierten Quartal dürfte sich das Tempo des Tariflohnanstiegs kaum verändern. Insgesamt ergibt sich für dieses Jahr eine Zunahme der Tariflöhne um durchschnittlich 2,4%; der effektive Lohnzuwachs wird mit 2,1% voraussichtlich etwas niedriger ausfallen (vgl. Tab. 3.8). Alles in allem dürften die realen Lohnkosten je Stunde in diesem Jahr annähernd stagnieren.

Für das kommende Jahr liegen nur für wenige gewichtige Bereiche Tariflohnabschlüsse vor. So erhalten die Angestellten in der Metallindustrie und auch bei Volkswagen nach zehn Monaten jeweils eine Stufenerhöhung um 2,2%. Im öffentlichen Dienst der Länder erfolgt zu Jahresbeginn eine Lohnerhöhung um 2,95%.

Da die Arbeitsnachfrage in 2014 steigt, dürfte sich der gesamtwirtschaftliche Tariflohnanstieg im Verlauf des kommenden Jahres allmählich beschleunigen. Bei alledem werden die Tariflöhne im Jahr 2014 wohl erneut um 2,4% über dem Vorjahr liegen. Die Lohndrift, d.h. der Unterschied zwischen Tariflohn- und Effektivlohnentwicklung dürfte dann wieder positiv ausfallen. Zum einen fallen keine außertariflichen Zahlungen mehr weg. Zum anderen dürften im Zuge der steigenden Kapazitätsauslastung vermehrt Überstundenzuschläge bezahlt werden. Alles in allem macht sich der Aufschwung im kommenden Jahr vor allem bei der Lohndrift bemerkbar. Aufgrund zunehmender Knappheiten in einigen Bereichen des Arbeitsmarkts steigen die Effektivlöhne voraussichtlich um 2,9%. Da die Preise weniger stark zulegen, ergibt sich für die Reallohne eine Steigerung um 1,3%.

Berücksichtigt man den Anstieg der durchschnittlichen Arbeitszeit, so ergibt sich für das kommende Jahr ein Zuwachs der realen Arbeitskosten je Stunde um 0,6%. Bei moderat steigender Produktivität dürften die realen Lohnstückkosten daher im kommenden Jahr um 0,3% zurückgehen.

Tab. 3.8
Zur Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Durchschnittliche Arbeitszeit ^{a)}	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde ^{a)}	Lohn drift (Arbeitnehmer)	Lohn drift (Stunde) ^{a)}	Tariflohn (Monat)	Tariflohn (Stunde)
2009	- 3,3	0,0	3,4	- 2,0	1,4	2,0	2,0
2010	2,1	2,3	0,2	- 0,6	- 1,4	1,7	1,6
2011	0,2	3,3	3,0	1,5	1,3	1,8	1,8
2012	- 0,6	2,9	3,5	0,3	0,8	2,6	2,7
2013	- 0,2	2,1	2,3	- 0,3	- 0,1	2,4	2,4
2014	0,3	2,9	2,5	0,5	0,2	2,4	2,4

^{a)} Inlandskonzept, Jahreswerte berechnet aus Quartalswerten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2013

Arbeitsmarkt: Knappheiten machen sich allmählich bemerkbar

Die konjunkturelle Schwächephase hat im bisherigen Jahresverlauf kaum Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Erwerbstätigkeit verzeichnete im gesamten Jahresverlauf stabile Zuwächse. Dabei waren erneut die Dienstleister und die Bauwirtschaft maßgeblich für den Zuwachs verantwortlich, während das Verarbeitende Gewerbe leichte Rückgänge verzeichnete. Im Sommerhalbjahr zog die Arbeitsnachfrage gemessen an der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden überaus stark an, was unter anderem der Aufholbewegung nach dem langen Winter geschuldet gewesen sein dürfte. Im Ergebnis sank die Stundenproduktivität sogar leicht. Die seit zwei Jahren zu beobachtende schwache Produktivitätsentwicklung setzte sich somit fort.

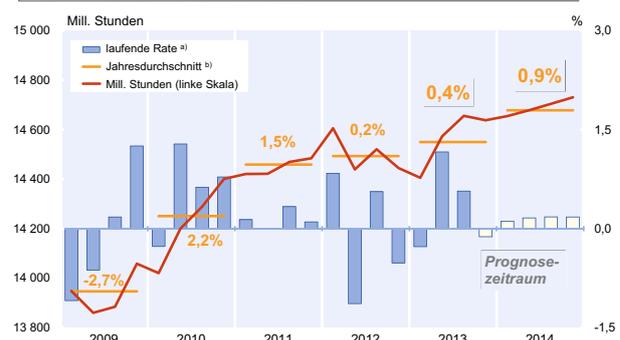
Trotz eines Beschäftigungsaufbaus in Höhe von 220 000 Personen ist die Arbeitslosigkeit, wie schon im Vorjahr, weiter gestiegen und lag um rund 50 000 Personen über dem Wert zu Jahresbeginn. Dies erklärt sich zum einen aus einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung der Inländer; immer mehr Rentner nehmen eine Beschäftigung auf. Zudem verzeichnet der deutsche Arbeitsmarkt derzeit eine erhebliche Nettozuwanderung aus den EU-Mitgliedsländern. Hinzu kommt außerdem, dass weniger Arbeitslose in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert werden. So ist die Zahl der Unterbeschäftigten, die neben den Arbeitslosen auch Teilnehmer an Maßnahmen mit einschließt, im bisherigen Jahresverlauf nicht gestiegen.

Im vierten Quartal dürfte sich der Beschäftigungsaufbau bei einem moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit fortgesetzt haben. Dabei wird die Arbeitsnachfrage gemessen in Stunden voraussichtlich etwa stagnieren, da die Produktionsausweitung zunächst wohl durch Produktivitätsgewinne realisiert wird. Dabei machen die Unternehmen den Rückgang der Produktivität aus den vergangenen Quartalen wieder wett. Alles in allem erhöht sich das Arbeitsvolumen in diesem Jahr um durchschnittlich 0,4% (vgl. Abb. 3.14). Damit einher

geht eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um rund 250 000 Personen. Demgegenüber steigt die Arbeitslosigkeit in 2013 voraussichtlich um 55 000 Personen, so dass eine Arbeitslosenquote von 6,9% erreicht werden dürfte (vgl. Tab. 3.9).

Im kommenden Jahr wird sich der Beschäftigungsaufbau im Zuge der Produktionsausweitung zunächst leicht beschleunigen. Hierfür spricht der Anstieg des ifo Beschäftigungsbarometers. Auch die Zahl der bei der Bundesagentur gemeldeten offenen Stellen hat den zwischenzeitlichen Tiefpunkt seit einigen Monaten überwunden. Zudem war die durchschnittliche Vakanzzeit einer gemeldeten Stelle leicht rückläufig. Gegen Jahresende machen sich die Knappheiten in einigen Arbeitsmarktbereichen – insbesondere bei Fachkräften – stärker bemerkbar. In Folge der anziehenden Reallöhne werden die Unternehmen wohl stärker bestrebt sein, Produktivitätsreserven zu heben, um den Lohnanstieg auszugleichen. Die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus nimmt dabei voraussichtlich etwas ab. Alles in allem erhöht sich die Zahl der Erwerbstätigen um durchschnittlich 230 000 Personen (vgl. Abb. 3.15). Der Anstieg wird von einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen (+ 250 000), die den Rückgang der marginalen Beschäftigung mehr als ausgleichen dürfte. Dabei ist

Abb. 3.14
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen im Inland
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

Tab. 3.9
Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2011	2012	2013	2014
Deutschland				
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57 835	57 973	58 201	58 715
Erwerbstätige Inländer	41 101	41 545	41 798	42 022
Arbeitnehmer	36 553	36 997	37 295	37 508
darunter:				
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28 440	28 991	29 345	29 595
marginal Beschäftigte	5 763	5 646	5 612	5 567
darunter:				
Minijobs	4 865	4 805	4 791	4 781
Ein-Euro-Jobs ^{a)}	166	129	110	75
Selbständige	4 548	4 548	4 503	4 513
Pendlersaldo	51	63	64	71
Erwerbstätige Inland	41 152	41 608	41 862	42 092
Arbeitslose	2 976	2 897	2 952	2 952
Arbeitslosenquote BA ^{b)}	7,1	6,8	6,9	6,8
Erwerbslose ^{c)}	2 502	2 316	2 273	2 213
Erwerbslosenquote ^{d)}	5,7	5,3	5,2	5,0
Kurzarbeit	148	111	127	100

^{a)} Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – ^{b)} Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – ^{c)} Definition der ILO. – ^{d)} Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit, 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2013

unterstellt, dass die erheblichen Bremswirkungen, die der neue Mindestlohn bringen wird, im Prognosezeitraum noch nicht zu Buche schlagen werden.

In Folge der steigenden gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung wird auch die durchschnittliche Arbeitszeit im Verlauf des kommenden Jahres leicht zunehmen. Zwar steigt die Teilzeitquote dem langfristigen Trend folgend etwas an, was für sich genommen die durchschnittliche Arbeitszeit reduziert. Eine erhöhte Anzahl von Überstunden dürfte dem aber entgegenwirken; die tarifliche Wochenar-

beitszeit wird voraussichtlich konstant bleiben. Jahresdurchschnittlich ergibt sich ein Anstieg der Arbeitszeit um 0,3%. Vor diesem Hintergrund erhöht sich die Zahl der insgesamt geleisteten Stunden um 0,6%.

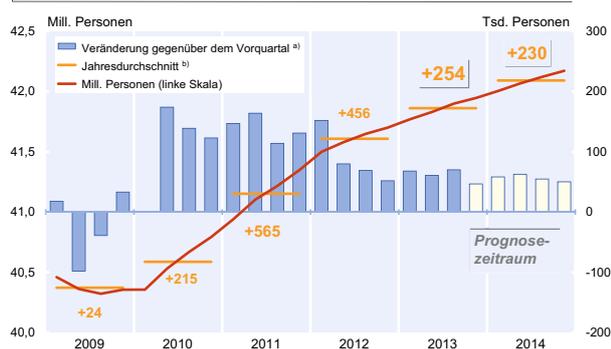
Inwiefern die steigende Erwerbstätigkeit die Zahl der Arbeitslosen beeinflusst, hängt von der Entwicklung des Arbeitsangebots ab. Einerseits dürfte die Zahl der Inländer im Erwerbsalter im kommenden Jahr erneut stark rückläufig sein und die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird wohl kaum noch reduziert. Dies spricht für sich genommen für einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Andererseits nehmen dem langfristigen Trend folgend immer mehr Inländer am Erwerbsleben teil. Außerdem wird die Migration nach Deutschland aus den EU-Mitgliedstaaten voraussichtlich hoch bleiben. Hierfür spricht, dass sich die Arbeitsplatzaussichten in vielen Ländern der EU kaum bessern dürften. Schließlich gilt ab dem kommenden Jahr die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen, die damit uneingeschränkter Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten. Alles in allem dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres 2014 leicht um 56 000 Personen zurückgehen; jahresdurchschnittlich stagniert sie (vgl. Abb. 3.16).

Abb. 3.16 zeigt den Verlauf der Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr. Die Quote ist von 2009 bis 2012 deutlich gesunken, liegt aber seit 2012 wieder über dem Niveau von 2009. Im Prognosezeitraum 2013 und 2014 wird eine Stagnation der Quote erwartet.

Staatshaushalt: Gesamtstaat schreibt weiter schwarze Zahlen

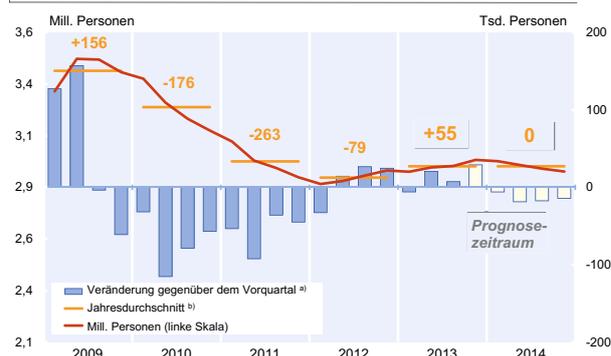
Das Staatsdefizit hatte sich in den Jahren nach der Finanzkrise 2010 bis 2012 deutlich reduziert. Seit dem Jahr 2012 weist der staatliche Gesamthaushalt (zu dem neben Bund, Ländern und Gemeinden auch die Sozialversicherungszwei-

Abb. 3.15
Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.16
Arbeitslose
Saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

ge zählen) sogar Überschüsse auf. Dabei sind allerdings nicht alle staatlichen Haushalte ausgeglichen. Während Bund und Länder weiterhin Defizite ausweisen, werden bei den Gemeinden und der Sozialversicherung insgesamt deutliche Überschüsse verbucht, wobei die Finanzlage bei den einzelnen Gemeinden und Sozialversicherungszweigen wiederum heterogen ausfällt.

Im Jahr 2013 und 2014 werden die Überschüsse im Staatshaushalt nach Maßgabe dieser Prognose leicht steigen. Im laufenden Jahr dürften insbesondere die Steuereinnahmen wieder kräftig zulegen. Insbesondere die Lohnsteuer steigt durch die stärkere Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter progressionsbedingt an. Zwar ist zum Jahresbeginn der Grundfreibetrag leicht angehoben worden, dies kann die progressionsbedingten Mehreinnahmen jedoch allenfalls dämpfen. Die Unternehmenssteuern entwickeln sich im Jahr 2013 ebenfalls dynamisch, was jedoch teilweise auf Steuererzahlungen für in Vorjahren erwirtschaftete Gewinne zurückgeführt werden kann. Die Produktions- und Importabgaben steigen hingegen nur geringfügig (1,6%).

Die Sozialbeiträge tragen ebenfalls wesentlich zu einem Anstieg der staatlichen Einnahmen bei, wobei trotz Reduktion der Beitragssätze (zu Jahresbeginn 2013 sank der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,7 Prozentpunkte; dagegen wurde der Beitrag zur Pflegeversicherung leicht – um 0,1 Prozentpunkte – angehoben) ein Anstieg um 1,9% erwartet werden kann. Die empfangenen Vermögenseinkommen nehmen aufgrund der Zinsentwicklung leicht ab. Die staatlichen Verkäufe entwickeln sich ebenfalls rückläufig, auch weil in Bayern die Studiengebühren abgeschafft worden sind. Insgesamt nehmen die Einnahmen des Staates um 2,7% zu, und damit in etwa so stark wie das (nominale) Bruttoinlandsprodukt, so dass die Quote der Einnahmen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bei 44,8% stagniert.

Die staatlichen Ausgaben hingegen dürften im laufenden Jahr leicht unterdurchschnittlich steigen. Die Quote der staatlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt sinkt deshalb im Vorjahresvergleich leicht von 44,7 im Jahr 2012 auf 44,6% im Jahr 2013. Dabei nehmen die sozialen Sachleistungen aufgrund der Abschaffung der Praxisgebühr besonders stark (4,5%) zu. Die Praxisgebühr wird seit diesem Jahr nicht mehr erhoben, was in den Statistiken der VGR die Preise der sozialen Sachleistungen erhöht. Die Arbeitnehmerentgelte des Staates werden im laufenden Jahr wohl mit rund 2% zunehmen. So sind zu Jahresbeginn Tarifierhöhungen vorgenommen worden, allerdings dämpft die ebenfalls zu Jahresbeginn in Kraft getretene Senkung der Sozialbeiträge die Expansion der Arbeitnehmerentgelte leicht.

Die monetären Sozialleistungen werden hingegen nur um etwa 1,9% zunehmen. So fiel der Anstieg der Renten zum

1. Juli 2013 mit 0,25% in Westdeutschland (allerdings 3,29% in Ostdeutschland) durchschnittlich nur sehr gering aus und das neu eingeführte Betreuungsgeld dürfte anfänglich nur sehr bescheiden zur Ausgabenentwicklung beitragen.

Für das Jahr 2014 ist allerdings absehbar, dass die neue Bundesregierung sozialpolitische Akzente setzt und den Beitragssatz zur Rentenversicherung – anders als geplant – konstant hält, während ausgabenseitige Maßnahmen (Mütterrente, abschlagsfreie Rente bei 45 Beitragsjahren) in der zweiten Jahreshälfte in Kraft treten.

Das Steueraufkommen dürfte im Jahr 2014 mit 3,4% in etwa so stark expandieren wie im Vorjahr. Dabei werden die Lohn- und Einkommensteuer wohl wieder deutlich stärker zunehmen als die Produktions- und Importabgaben. Zwar wird der Grundfreibetrag erneut leicht angehoben, die Wirkung der kalten Progression wird hierdurch jedoch erneut nur gedämpft werden.

Die Sozialbeiträge werden im Jahr 2014 insgesamt voraussichtlich um rund 3% zunehmen, was in etwa dem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter entspricht. Dabei wird unterstellt, dass die Beitragssätze zur Rentenversicherung im Vorjahresvergleich – anders als ursprünglich geplant – konstant bleiben und die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung der Arbeitnehmer nur leicht sinken werden, weil die Krankenkassen zunehmend Beitragsrückerstattungen durchführen dürften.

Insgesamt steigen die staatlichen Einnahmen im Jahr 2014 um rund 3% und damit etwas weniger kräftig als das Bruttoinlandsprodukt.

Die staatlichen Ausgaben dürften voraussichtlich im Vorjahresvergleich in einer ähnlichen Größenordnung zunehmen. Insbesondere die Vorleistungen, die sozialen Sachleistungen und die Bruttoinvestitionen tragen zu diesem Anstieg bei.

Der Anstieg der monetären Sozialleistungen dürfte hingegen nur verhalten ausfallen. Im ersten Halbjahr 2014 dürfte insbesondere die diesjährige moderate Anpassung der Renten zu einem mäßigen Anstieg führen (1,7% gegenüber Vorjahr), während im zweiten Halbjahr davon auszugehen ist, dass die Renten etwas stärker angehoben werden (u. a. weil der Ausgleichsbedarf, der die Rentenanpassung dämpft, um frühere unterbliebene Rentenkürzungen nachzuholen, in den Vorjahren weitgehend abgebaut worden ist). Zudem plant die Bundesregierung, umfangreiche rentenrechtliche Leistungsverbesserungen (z.B. bei der Mütterrente) zum 1. Juli in Kraft zu setzen. Es ist davon auszugehen, dass diese Maßnahmen bereits in der zweiten Jahreshälfte 2014 zu einer Zusatzbelastung der Rentenversicherung in Höhe von ca. 4. Mrd. Euro führen, wobei der weit überwiegende Teil

Tab. 3.10
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^{a)} 2001 bis 2014
 in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote ^{b)}
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsaus- gaben	Brutto- investitionen		
2001	44,5	21,9	18,4	47,6	3,1	1,9	- 3,1	14,1
2002	44,1	21,5	18,4	47,9	3,0	1,8	- 3,8	13,8
2003	44,3	21,6	18,5	48,5	3,0	1,6	- 4,2	14,0
2004	43,3	21,1	18,1	47,1	2,9	1,5	- 3,8	13,6
2005	43,6	21,4	17,9	46,9	2,8	1,4	- 3,3	13,3
2006	43,7	22,2	17,3	45,3	2,9	1,5	- 1,7	12,9
2007	43,7	23,0	16,5	43,5	2,8	1,5	0,2	12,3
2008	44,0	23,1	16,5	44,1	2,8	1,6	- 0,1	11,9
2009	45,2	23,1	17,3	48,3	2,7	1,8	- 3,1	11,6
2010 ^{c)}	43,7	22,0	16,9	48,0	2,5	1,7	- 4,4	11,5
2011	44,3	22,7	16,7	45,2	2,5	1,7	- 0,8	11,1
2012	44,8	23,2	16,8	44,7	2,4	1,6	0,1	10,3
2013	44,8	23,3	16,7	44,6	2,3	1,5	0,2	9,8
2014	44,4	23,2	16,6	44,1	2,2	1,6	0,3	9,4

^{a)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ^{b)} Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. – ^{c)} Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Mrd. Euro).

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2013

hiervon der Leistungsverbesserung bei der Mütterrente zuzurechnen ist.

Insgesamt werden die staatlichen Ausgaben im Jahresdurchschnitt 2014 beschleunigt voraussichtlich um rund 3% zunehmen. Da der Anstieg der staatlichen Ausgaben in den Jahren 2013 und 2014 nach Maßgabe dieser Projektion allerdings weiterhin etwas hinter den Einnahmen zurückbleiben dürfte, ergeben sich leicht wachsende Finanzierungsüberschüsse für den gesamtstaatlichen Haushalt. Im Jahr 2013 wird mit einem Überschuss in Höhe von 0,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, und im Jahr 2014 mit etwa 0,3% gerechnet (vgl. Tab. 3.10).

Die staatliche Bruttoschuldenquote würde sich dann – unter ceteris paribus Annahmen für die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise auf den deutschen Staatshaushalt – im Projektionszeitraum deutlich von 81,2% auf rund 75% verringern.

Literatur

Bank of Japan (2013), *Outlook for Economic Activity and Prices*, Oktober, Tokio.

Benhabib J., S. Schmitt-Grohe und M. Uribe (2001), »The Perils of Taylor Rules«, *Journal of Economic Theory* 96, 40–69.

Carstensen, K., S. Henzel, J. Mayr und K. Wohlrabe (2009), »IFOCAS: Methoden der ifo-Kurzfristprognose«, *ifo Schnelldienst* 62(23), 15–28.

Deutsche Bundesbank (2012), »Kalendarische Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen«, *Monatsbericht* Dezember, 53–62.

Dorfman, R., R.M. Solow und P. A. Samuelson (1958), *Linear Programming and Economic Analysis*, McGraw-Hill, New York.

Europäische Zentralbank (2012a), »Editorial«, *Monatsbericht* September, 5–11.

Europäische Zentralbank (2012b), »Editorial«, *Monatsbericht*, Oktober, 5–7.

Henzel S. und S. Rast (2013), »Prognoseeigenschaften von Indikatoren zur Vorhersage des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 66(17), 39–46.

Hristov, N., O. Hülsewig, T. Siemsen und T. Wollmershäuser (2013), »Smells Like Fiscal Policy? Assessing the Potential Effectiveness of the ECB's OMT Program«, CESifo Working Paper, im Erscheinen.

Nakajima, J., M. Kasuya und T. Watanabe (2011), »Bayesian Analysis of Time Varying Parameter Vector Autoregressive Models for the Japanese Economy and Monetary Policy«, *Journal of the Japanese and International Economies* 25(3), 225–245.

Negro, M. del und G.E. Primiceri (2013), »Time-Varying Structural Vector Autoregressions and Monetary Policy: A Corrigendum«, Federal Reserve Bank of New York, Staff Report No. 619.

Pill, H., K. Daly, D. Schumacher, A. Benito, L. Holboell Nielsen, N. Valla, A. Demongeot und A. Paul (2012), Goldman Sachs Global Economics, »Achieving Fiscal and External Balance (Part 1): The Price Adjustment

Required for External Sustainability«, *European Economics Analyst* (12/), 15. März.

Pill, H., K. Daly, D. Schumacher, A. Benito, L. Holboell Nielsen, N. Valla, A. Demongeot und S. Graves (2013), Goldman Sachs Global Economics, »External Rebalancing: Progress, but a Sizeable Challenge Remains«, *European Economics Analyst* (13), 17. Januar.

Primiceri, G.E. (2005), »Time Varying Structural Vector Autoregressions and Monetary Policy«, *Review of Economic Studies* 72(3), 821–852.

Schmitt-Grohe, S. und M. Uribe (2012), »The Making of a Great Contraction with a Liquidity Trap and a Jobless Recovery«, NBER Working Paper, No. 18544.

Sinn, H.-W. (2012a), *Die Target-Falle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder*, Hanser, München.

Sinn, H.-W. (2012b), »Die Target-Kredite der Deutschen Bundesbank«, *ifo Schnelldienst* 65, Sonderausgabe, 21. März.

Sinn, H.-W. (2013a), »Verantwortung der Staaten und Notenbanken in der Eurokrise«, *ifo Schnelldienst* 66, Sonderausgabe Juni, 3–33, online verfügbar unter: http://www.cesifo-group.de/DocDL/SD_Juni_2013_Sonderausgabe_1.pdf.

Sinn, H.-W. (2013b), »Austerity, Growth and Inflation. Remarks on the Eurozone's Unresolved Competitiveness Problem«, CESifo Working Paper Nr. 4086, Januar, online verfügbar unter: http://www.cesifo-group.de/DocDL/cesifo1_wp4086.pdf, erscheint in *The World Economy*.

Sinn, H.-W. (2013c), »Die Gesetze der Logik«, *Wirtschaftswoche* (50), 47.

Sinn, H.-W. und T. Wollmershäuser (2012a), »Target Loans, Current Account Balances and Capital Flows: The ECB's Rescue Facility«, *International Tax and Public Finance* 19(4), 468–508.

Sinn, H.-W. und T. Wollmershäuser (2012b), »Target-Salden und die deutsche Kapitalbilanz im Zeichen der europäischen Zahlungsbilanzkrise«, *Kredit und Kapital* 45(4), 465–487.

Wollmershäuser, T.(2013), »Die Geldpolitik der EZB in der Klemme – kann mehr »Forward Guidance« helfen?«, *ifo Schnelldienst* 66(22), 35–45.

Abgeschlossen am 17. Dezember 2013

4. Anhang

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Sektorkonten

Sektorkonten vermitteln einen systematischen Überblick über die wichtigsten, in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfassten wirtschaftlichen Tätigkeiten. Hier werden fünf institutionelle Sektoren unterschieden, nämlich die gesamte Volkswirtschaft, nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck), Staat sowie übrige Welt. Die Sektoren werden aus institutionellen Einheiten entsprechend ihren Produktionsschwerpunkten gebildet.

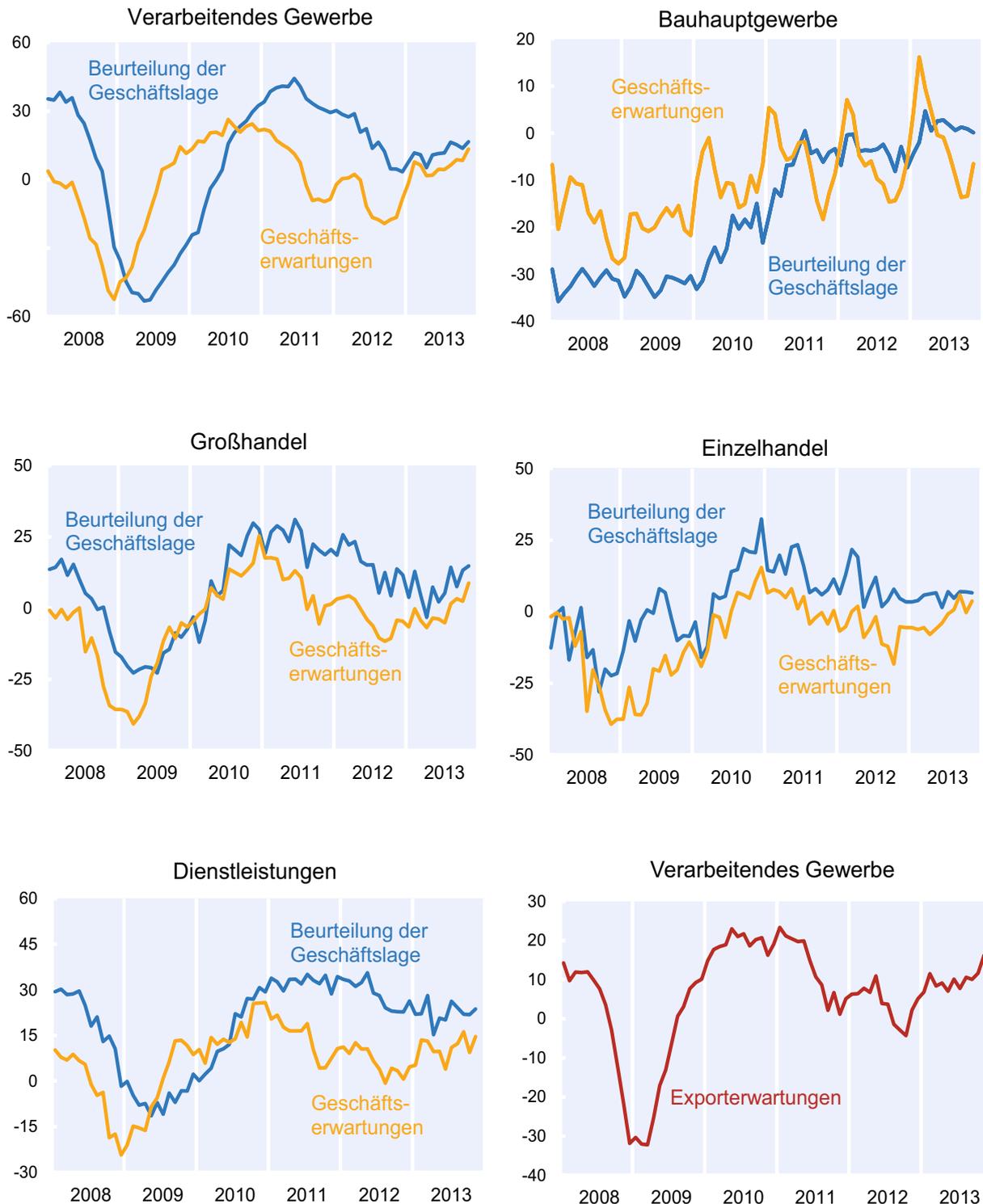
Zunächst wird die Verteilung der von den Sektoren im Zuge der Produktionstätigkeit empfangenen Primäreinkommen dargestellt (Arbeitnehmerentgelte, Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Produktions- und Importabgaben abzüglich der Subventionen). Das verfügbare Einkommen eines Sektors folgt aus der Umverteilung der Primäreinkommen durch die Lohn- und Einkommensteuer, durch Sozialbeiträge, monetäre Transfers und sonstige laufende Übertragungen. Die verfügbaren Einkommen werden für Konsum und Sparen verwendet, wobei hier auch die betrieblichen Versorgungsansprüche der privaten Haushalte gegenüber den Kapitalgesellschaften erfasst werden. Betriebliche Versorgungsansprüche sind nicht Bestandteil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte, gehören aber zu deren Sparen. Die Veränderung des Reinvermögens eines Sektors ergibt sich aus dem Sparen und den per Saldo empfangenen Vermögenstransfers. Die sektorale Sachvermögensbildung umfasst die Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen) und den Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. Die Sektorenrechnung schließt mit dem Nachweis der Geldvermögensbildung ab. Die sektoralen Finanzierungssalden zeigen, in welchem Umfang Finanzierungsmittel von einem Sektor zur Verfügung gestellt werden (sektoraler Finanzierungsüberschuss) oder in welchem Umfang eine Neuverschuldung gegenüber anderen Sektoren eingegangen wird (sektorales Finanzierungsdefizit). Der gesamtwirtschaftliche Finanzierungssaldo zeigt die Veränderung des Geldvermögens gegenüber dem Ausland an; er ist weitgehend gleich dem Saldo der Leistungsbilanz (einschließlich der Vermögensübertragungen).

Die Sektorenrechnung ist verzahnt mit der nominalen Verwendungs- und Verteilungsseite und eröffnet für Konjunkturprognosen zusätzliche Möglichkeiten der Plausibilitäts- und Konsistenzüberprüfung.

Abb. 4.1

Geschäftslage und -erwartungen nach Wirtschaftsbereichen sowie Exporterwartungen

November 2013; Salden, saisonbereinigt.



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2012				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	2 386,8	1 574,4	246,4	566,0	–
2 – Abschreibungen	402,1	230,8	46,0	125,3	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	1 984,7	1 343,6	200,4	440,6	– 157,9
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 375,9	968,5	203,8	203,6	10,9
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,0	9,8	0,1	9,2	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	24,2	22,3	0,3	1,6	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	613,9	387,7	– 3,2	229,4	– 168,8
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 377,6	–	–	1 377,6	9,2
9 – Geleistete Subventionen	24,6	–	24,6	–	5,6
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	298,3	–	298,3	–	6,3
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	847,0	735,4	63,8	47,8	190,2
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	909,7	469,9	22,8	416,9	127,4
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 328,0	122,2	229,5	1 976,2	– 221,6
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	314,4	72,1	–	242,2	5,4
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	319,4	–	319,4	–	0,3
16 – Geleistete Sozialbeiträge	538,7	–	–	538,7	3,0
17 + Empfangene Sozialbeiträge	539,6	90,1	448,9	0,6	2,1
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	485,3	54,4	430,3	0,6	0,4
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	479,0	–	–	479,0	6,7
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	201,8	76,1	57,1	68,6	5,9
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	168,4	76,8	17,4	74,1	39,3
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 294,3	86,5	527,9	1 679,9	– 187,9
23 – Konsumausgaben	2 048,2	–	514,4	1 533,9	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 30,5	–	30,5	–
25 = Sparen	246,0	56,1	13,5	176,5	– 187,9
26 – Geleistete Vermögenstransfers	37,8	3,9	27,8	6,1	3,5
27 + Empfangene Vermögenstransfers	36,0	16,9	10,5	8,6	5,4
28 – Bruttoinvestitionen	460,3	252,1	41,4	166,8	–
29 + Abschreibungen	402,1	230,8	46,0	125,3	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	0,5	– 1,4	0,9	–
31 = Finanzierungssaldo	186,0	47,3	2,3	136,5	– 186,0
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 294,3	86,5	527,9	1 679,9	– 187,9
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	328,1	–	328,1	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	328,1	–	–	328,1	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 294,3	86,5	199,7	2 008,0	– 187,9
38 – Konsum 2)	2 048,2	–	186,2	1 862,0	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 30,5	–	30,5	–
40 = Sparen	246,0	56,1	13,5	176,5	– 187,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2013				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	2 452,2	1 610,3	252,4	589,5	–
2 – Abschreibungen	409,2	233,0	47,1	129,1	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 043,0	1 377,2	205,3	460,4	– 167,5
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 413,2	993,8	208,5	210,9	11,2
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	18,8	9,2	0,1	9,5	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	24,2	22,4	0,2	1,6	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	635,2	396,6	– 3,0	241,6	– 178,7
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 415,2	–	–	1 415,2	9,2
9 – Geleistete Subventionen	24,8	–	24,8	–	5,5
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	303,2	–	303,2	–	6,3
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	829,9	721,3	62,6	45,9	192,0
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	893,5	455,8	22,8	414,8	128,4
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 392,4	131,1	235,6	2 025,7	– 232,2
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	328,0	71,3	–	256,7	7,5
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	335,2	–	335,2	–	0,3
16 – Geleistete Sozialbeiträge	549,1	–	–	549,1	3,1
17 + Empfangene Sozialbeiträge	550,3	92,1	457,7	0,6	1,9
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	496,5	55,8	440,1	0,6	0,4
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	490,0	–	–	490,0	6,9
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	207,6	77,6	60,9	69,1	6,1
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	169,8	76,0	18,1	75,6	43,9
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 356,6	94,5	545,6	1 716,5	– 196,4
23 – Konsumausgaben	2 105,6	–	532,3	1 573,3	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 30,8	–	30,8	–
25 = Sparen	251,0	63,7	13,4	174,0	– 196,4
26 – Geleistete Vermögenstransfers	35,3	4,1	24,8	6,4	3,4
27 + Empfangene Vermögenstransfers	33,8	14,9	11,3	7,6	4,9
28 – Bruttoinvestitionen	463,8	250,4	42,3	171,1	–
29 + Abschreibungen	409,2	233,0	47,1	129,1	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	0,4	– 1,4	1,0	–
31 = Finanzierungssaldo	194,9	56,7	6,0	132,2	– 194,9
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 356,6	94,5	545,6	1 716,5	– 196,4
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	342,9	–	342,9	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	342,9	–	–	342,9	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 356,6	94,5	202,8	2 059,3	– 196,4
38 – Konsum 2)	2 105,6	–	189,4	1 916,2	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 30,8	–	30,8	–
40 = Sparen	251,0	63,7	13,4	174,0	– 196,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2014				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	2 547,2	1 675,3	259,4	612,5	–
2 – Abschreibungen	419,9	238,5	48,4	133,0	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 127,4	1 436,8	211,0	479,5	– 176,7
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 462,1	1 028,7	214,0	219,4	11,5
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,4	9,6	0,1	9,7	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	23,8	21,9	0,2	1,7	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	669,8	420,5	– 2,8	252,1	– 188,2
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 463,9	–	–	1 463,9	9,7
9 – Geleistete Subventionen	24,7	–	24,7	–	5,5
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	311,9	–	311,9	–	6,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	841,7	733,5	61,8	46,3	195,0
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	907,9	462,7	22,1	423,1	128,7
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 487,2	149,6	244,7	2 092,9	– 243,9
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	340,4	72,4	–	268,1	7,8
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	347,9	–	347,9	–	0,3
16 – Geleistete Sozialbeiträge	565,4	–	–	565,4	3,1
17 + Empfangene Sozialbeiträge	566,8	95,2	471,0	0,6	1,7
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	510,8	57,8	452,5	0,6	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	504,2	–	–	504,2	7,1
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	185,1	79,2	61,6	44,3	6,2
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	145,9	77,0	18,4	50,4	45,4
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 450,2	112,5	568,0	1 769,6	– 206,9
23 – Konsumausgaben	2 171,6	–	550,1	1 621,5	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 31,1	–	31,1	–
25 = Sparen	278,6	81,4	18,0	179,3	– 206,9
26 – Geleistete Vermögenstransfers	36,1	4,3	25,1	6,7	3,5
27 + Empfangene Vermögenstransfers	35,1	15,6	11,6	7,9	4,5
28 – Bruttoinvestitionen	491,5	264,2	45,0	182,4	–
29 + Abschreibungen	419,9	238,5	48,4	133,0	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	0,4	– 1,4	1,0	–
31 = Finanzierungssaldo	205,9	66,6	9,2	130,1	– 205,9
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 450,2	112,5	568,0	1 769,6	– 206,9
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	354,3	–	354,3	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	354,3	–	–	354,3	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 450,2	112,5	213,7	2 124,0	– 206,9
38 – Konsum 2)	2 171,6	–	195,7	1 975,8	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 31,1	–	31,1	–
40 = Sparen	278,6	81,4	18,0	179,3	– 206,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2013 und 2014

	2012 (1)	2013 (2)	2014 (2)	2013		2014 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	1,1	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	-0,9	-0,2	0,3	-1,1	0,7	0,6	0,0
Arbeitsvolumen	0,2	0,4	0,9	-0,5	1,3	1,2	0,6
Produktivität (4)	0,4	0,0	1,0	0,2	-0,1	0,4	1,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,7	0,4	1,9	-0,3	1,1	1,7	2,1

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2048,2	2105,6	2171,6	1023,3	1082,3	1053,6	1118,0
Private Konsumausgaben 5)	1533,9	1573,3	1621,5	764,7	808,7	786,1	835,4
Konsumausgaben des Staates	514,4	532,3	550,1	258,6	273,7	267,5	282,6
Bruttoanlageinvestitionen	470,6	471,7	500,7	221,0	250,7	234,1	266,6
Ausrüstungen	175,0	171,9	182,6	81,4	90,5	84,8	97,7
Bauten	266,1	269,9	287,2	125,3	144,7	134,5	152,7
Sonstige Anlagen	29,4	29,9	31,0	14,3	15,6	14,8	16,1
Vorratsveränderungen 6)	-10,3	-8,0	-9,2	4,6	-12,6	3,3	-12,4
Inländische Verwendung	2508,5	2569,3	2663,1	1248,9	1320,5	1291,0	1372,1
Außenbeitrag	157,9	167,5	176,7	87,0	80,5	92,8	83,9
Exporte	1381,0	1381,0	1467,6	683,7	697,4	717,0	750,6
Importe	1223,1	1213,6	1290,9	596,7	616,9	624,2	666,7
Bruttoinlandsprodukt	2666,4	2736,8	2839,8	1335,8	1401,0	1383,8	1456,0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	2,5	2,8	3,1	2,5	3,1	3,0	3,3
Private Konsumausgaben 5)	2,4	2,6	3,1	2,1	3,0	2,8	3,3
Konsumausgaben des Staates	3,0	3,5	3,3	3,6	3,4	3,4	3,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,6	0,2	6,1	-2,4	2,7	5,9	6,3
Ausrüstungen	-3,4	-1,8	6,2	-4,5	0,7	4,2	8,0
Bauten	1,1	1,4	6,4	-1,5	4,1	7,3	5,5
Sonstige Anlagen	2,6	1,9	3,4	2,0	1,8	3,5	3,4
Inländische Verwendung	1,4	2,4	3,6	1,7	3,1	3,4	3,9
Exporte	4,5	0,0	6,3	-1,1	1,1	4,9	7,6
Importe	3,1	-0,8	6,4	-1,8	0,3	4,6	8,1
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,6	3,8	1,9	3,4	3,6	3,9

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2005)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1861,0	1876,4	1903,0	918,7	957,8	930,4	972,6
Private Konsumausgaben 5)	1392,3	1405,3	1426,2	685,4	719,8	694,6	731,7
Konsumausgaben des Staates	468,8	471,3	476,9	233,3	238,0	235,9	241,1
Bruttoanlageinvestitionen	431,3	427,9	447,1	200,2	227,7	208,9	238,2
Ausrüstungen	176,6	173,3	183,0	81,4	91,9	84,3	98,7
Bauten	220,5	219,4	227,7	102,3	117,0	107,2	120,4
Sonstige Anlagen	32,7	33,6	35,1	15,8	17,8	16,6	18,5
Inländische Verwendung	2288,9	2304,9	2349,1	1130,0	1174,9	1149,0	1200,1
Exporte	1289,5	1295,6	1371,9	639,4	656,2	671,9	700,0
Importe	1106,4	1118,4	1191,4	546,0	572,4	576,6	614,8
Bruttoinlandsprodukt	2471,8	2481,8	2528,4	1223,3	1258,5	1243,5	1284,9

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0,8	0,8	1,4	0,4	1,2	1,3	1,5
Private Konsumausgaben 5)	0,8	0,9	1,5	0,4	1,4	1,3	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,0	0,5	1,2	0,4	0,6	1,1	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	-2,1	-0,8	4,5	-3,4	1,7	4,3	4,6
Ausrüstungen	-4,0	-1,9	5,6	-4,6	0,7	3,6	7,4
Bauten	-1,4	-0,5	3,8	-3,3	2,1	4,8	2,9
Sonstige Anlagen	3,4	2,9	4,5	2,6	3,1	4,9	4,2
Inländische Verwendung	-0,3	0,7	1,9	-0,1	1,5	1,7	2,1
Exporte	3,2	0,5	5,9	-0,9	1,9	5,1	6,7
Importe	1,4	1,1	6,5	-0,5	2,6	5,6	7,4
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,4	1,9	-0,3	1,1	1,7	2,1

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2012 (1)	2013 (2)	2014 (2)	2013		2014 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,7	2,0	1,7	2,0	1,9	1,7	1,7
Private Konsumausgaben 5)	1,6	1,6	1,5	1,6	1,6	1,4	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,0	2,9	2,1	3,2	2,7	2,3	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	1,6	1,0	1,6	1,1	1,0	1,5	1,6
Ausrüstungen	0,7	0,0	0,6	0,1	0,0	0,6	0,6
Bauten	2,4	1,9	2,5	1,9	2,0	2,5	2,6
Sonstige Anlagen	-0,8	-1,0	-1,0	-0,6	-1,3	-1,3	-0,7
Inländische Verwendung	1,7	1,7	1,7	1,8	1,6	1,7	1,7
Exporte	1,3	-0,5	0,4	-0,1	-0,8	-0,2	0,9
Importe	1,7	-1,8	-0,1	-1,3	-2,3	-1,0	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,2	1,9	2,3	2,2	1,9	1,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1976,2	2025,7	2092,9	993,3	1032,4	1026,2	1066,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	251,0	255,8	264,3	124,0	131,8	128,1	136,2
Bruttolöhne und -gehälter	1126,6	1159,3	1199,6	553,5	605,8	572,6	627,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	598,6	610,5	628,9	315,8	294,8	325,5	303,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	351,8	366,7	394,3	162,3	204,4	173,1	221,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2328,0	2392,4	2487,2	1155,6	1236,8	1199,3	1287,9
Abschreibungen	402,1	409,2	419,9	204,3	205,0	209,4	210,5
Bruttonationaleinkommen	2730,1	2801,6	2907,1	1359,8	1441,8	1408,7	1498,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2054,3	2114,0	2200,0	1018,7	1095,3	1058,3	1141,7
Arbeitnehmerentgelte	1377,6	1415,2	1463,9	677,5	737,7	700,7	763,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	676,6	698,8	736,0	341,1	357,7	357,6	378,5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,2	2,5	3,3	2,2	2,8	3,3	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,8	1,9	3,3	2,1	1,8	3,3	3,3
Bruttolöhne und -gehälter	4,2	2,9	3,5	3,1	2,8	3,5	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,9	2,1	2,9	2,2	2,0	2,8	2,9
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,7	1,8	2,6	1,7	1,9	2,6	2,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,5	2,0	3,0	0,6	3,5	3,1	3,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-2,9	4,2	7,5	1,5	6,5	6,7	8,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,2	2,8	4,0	2,1	3,4	3,8	4,1
Abschreibungen	2,8	1,8	2,6	1,7	1,8	2,5	2,7
Bruttonationaleinkommen	2,3	2,6	3,8	2,0	3,2	3,6	3,9
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,1	2,9	4,1	2,2	3,5	3,9	4,2
Arbeitnehmerentgelte	3,9	2,7	3,4	2,9	2,6	3,4	3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,4	3,3	5,3	1,0	5,6	4,8	5,8

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1141,1	1169,7	1206,9	563,1	606,6	578,5	628,3
Nettolöhne und -gehälter	751,9	771,6	796,2	364,0	407,6	375,6	420,5
Monetäre Sozialleistungen	479,0	490,0	504,2	245,3	244,7	249,8	254,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	89,8	92,0	93,5	46,2	45,7	46,9	46,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	598,6	610,5	628,9	315,8	294,8	325,5	303,5
Sonstige Transfers (Saldo)	-59,8	-63,8	-66,2	-31,7	-32,1	-32,9	-33,2
Verfügbares Einkommen	1679,9	1716,5	1769,6	847,2	869,3	871,1	898,6
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	30,5	30,8	31,1	15,2	15,6	15,2	15,9
Private Konsumausgaben 5)	1533,9	1573,3	1621,5	764,7	808,7	786,1	835,4
Sparen	176,5	174,0	179,3	97,7	76,2	100,2	79,0
Sparquote 7)	10,3	10,0	10,0	11,3	8,6	11,3	8,6

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	3,0	2,5	3,2	2,5	2,5	2,7	3,6
Nettolöhne und -gehälter	3,9	2,6	3,2	2,6	2,7	3,2	3,2
Monetäre Sozialleistungen	1,2	2,3	2,9	2,5	2,1	1,9	3,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	0,6	2,4	1,7	3,1	1,7	1,6	1,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,5	2,0	3,0	0,6	3,5	3,1	3,0
Verfügbares Einkommen	2,3	2,2	3,1	1,5	2,8	2,8	3,4
Private Konsumausgaben 5)	2,4	2,6	3,1	2,1	3,0	2,8	3,3
Sparen	1,6	-1,4	3,0	-2,9	0,5	2,6	3,6

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2012 (1)	2013 (2)	2014 (2)	2013		2014 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	617,7	638,4	659,8	321,1	317,3	331,9	328,0
Sozialbeiträge	448,9	457,7	471,0	223,1	234,6	229,4	241,6
Vermögenseinkünfte	22,8	22,8	22,1	12,6	10,3	12,3	9,8
Sonstige Übertragungen	17,4	18,1	18,4	8,6	9,6	8,6	9,8
Vermögensübertragungen	10,5	11,3	11,6	5,1	6,2	5,5	6,1
Verkäufe	76,1	77,6	78,8	37,2	40,4	37,5	41,3
Sonstige Subventionen	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2
Einnahmen insgesamt	1193,8	1226,1	1262,0	607,7	618,4	625,3	636,7
Ausgaben							
Vorleistungen	130,9	134,7	139,3	62,4	72,4	64,4	75,0
Arbeitnehmerentgelte	203,8	208,5	214,0	100,3	108,2	102,9	111,1
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	63,8	62,6	61,8	30,8	31,8	30,3	31,5
Subventionen	24,6	24,8	24,7	12,2	12,6	12,1	12,5
Monetäre Sozialleistungen	430,3	440,1	452,5	220,6	219,4	224,3	228,1
Soziale Sachleistungen	213,1	222,7	230,1	110,9	111,8	114,8	115,4
Sonstige Transfers	57,1	60,9	61,6	34,2	26,6	34,6	27,1
Vermögenstransfers	27,8	24,8	25,1	9,5	15,3	10,1	15,0
Bruttoanlageinvestitionen	41,4	42,3	45,0	17,1	25,2	19,0	25,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,4	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Ausgaben insgesamt	1191,5	1220,1	1252,8	597,5	622,6	611,9	640,9
Finanzierungssaldo	2,3	6,0	9,2	10,3	-4,3	13,5	-4,2

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,2	3,4	3,4	3,7	3,0	3,3	3,4
Sozialbeiträge	2,7	1,9	2,9	2,4	1,5	2,8	3,0
Vermögenseinkünfte	-11,5	-0,1	-3,0	3,5	-4,2	-1,8	-4,5
Sonstige Übertragungen	4,9	4,1	1,5	5,7	2,7	0,4	2,6
Vermögensübertragungen	1,1	7,8	2,7	10,1	5,9	7,6	-1,4
Verkäufe	2,5	1,9	1,6	3,9	0,1	0,9	2,2
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	3,2	2,7	2,9	3,3	2,1	2,9	3,0
Ausgaben							
Vorleistungen	3,5	2,9	3,4	4,3	1,8	3,2	3,6
Arbeitnehmerentgelt	2,2	2,3	2,7	2,4	2,2	2,6	2,7
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-2,8	-1,9	-1,3	-3,5	-0,3	-1,5	-1,2
Subventionen	-9,3	0,9	-0,8	2,6	-0,7	-0,8	-0,7
Monetäre Sozialleistungen	1,1	2,3	2,8	2,6	1,9	1,7	4,0
Soziale Sachleistungen	2,7	4,5	3,3	4,4	4,5	3,5	3,2
Sonstige Transfers	6,2	6,6	1,3	11,9	0,5	1,0	1,6
Vermögenstransfers	-9,2	-10,7	1,2	-9,6	-11,4	6,4	-2,1
Bruttoanlageinvestitionen	-5,2	2,4	6,2	1,3	3,1	11,0	3,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	1,1	2,4	2,7	3,0	1,8	2,4	2,9
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	0,1	0,2	0,3	0,8	-0,3	1,0	-0,3

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Geleistete Arbeitsstunden.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

In ihren jüngsten Koalitionsvertragsverhandlungen haben sich CDU/CSU und SPD auf die Einführung eines Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro spätestens ab 2017 geeinigt. Die Verhandlungen wurden begleitet von einer hitzig geführten Debatte um das Für und Wider des Mindestlohns: Seine Befürworter sehen im Mindestlohn ein schnell umsetzbares Mittel zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, durch das der Staat durch Einsparung von Lohnergänzungszahlungen an »Aufstocker« sogar noch Geld einsparen würde. Kritiker dagegen befürchten den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze.

In der öffentlichen Diskussion kursieren dabei ganz unterschiedliche Zahlen darüber, wie viele Beschäftigte von der Einführung des geplanten Mindestlohns betroffen wären. So behauptete etwa ein Einspieler in der Talkshow von Maybrit Illner vom 21. November 2013, dass von einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro unmittelbar 8 Mill. Arbeitnehmer profitieren würden. Einen Verweis auf die Quelle dieser Zahl blieb die Sendung allerdings schuldig. Die wohl bislang fundiertesten aktuellen Studien zur geplanten Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland basieren auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) (vgl. Schöb und Thum 2013; Brenke und Müller 2013). Die Studien kommen zu dem Ergebnis, dass ungefähr 17% der Beschäftigten (ohne Auszubildende) weniger als 8,50 Euro pro Stunde in den Jahren 2011/2012 verdienten.

Das SOEP ist eine im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführte Bevölkerungsbefragung unter 20 000 Personen aus rund 11 000 Haushalten in Deutschland. Knapp die Hälfte der befragten Personen sind abhängig Beschäftigte (ohne Auszubildende). Das SOEP gibt u.a. Auskunft über das monatliche Erwerbseinkommen der befragten Personen sowie über Wochenarbeitszeit und bezahlte Überstunden. Ein Problem freiwilliger Bevölkerungsbefragungen, wie dem SOEP, sind allerdings fehlende oder falsche Einkommensangaben einzelner befragter Personen. Ziel dieses Beitrags ist es daher zunächst, die auf Basis des SOEP berechnete Betroffenheit, d.h. der Anteil an Beschäftigten, die weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdienen, mit der auf Basis der Verdienststrukturerhebung berechneten Betroffenheit zu vergleichen.

Die Verdienststrukturerhebung liefert alle vier Jahre das wohl exakteste Bild der Bruttostundenlöhne – allerdings nur in Betrieben außerhalb der Land- und Forstwirtschaft und mit mindestens zehn Beschäftigten (vgl. Statistische Ämter der Länder 2013). Das Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten (VerdStatG) verpflichtet eine repräsentative Auswahl an Betrieben, alle vier Jahre exakte Informationen über die Struktur der Arbeitsverdienste an die statistischen Landesämter zu berichten. Die Verdienststrukturer-

hebung enthält detaillierte Informationen über Verdienste und Arbeitszeiten von knapp 1,9 Mill. Beschäftigten aus mehr als 32 000 Betrieben. Ihr Umfang ist damit fast das 190-fache der Anzahl an abhängig Beschäftigten im SOEP. Darüber hinaus ist wegen der gesetzlichen Auskunftspflicht das Problem fehlender oder falscher Einkommensangaben in der Verdienststrukturerhebung als eher gering anzusehen.

Unser Vergleich zeigt, dass man mit dem SOEP und der Verdienststrukturerhebung zu sehr ähnlichen Aussagen über den Anteil der Beschäftigten gelangt, die weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdienen, wenn man in beiden Datenquellen vergleichbare Arbeitnehmergruppen betrachtet (Beschäftigte in Betrieben mit mindestens zehn Mitarbeitern außerhalb der Land- und Forstwirtschaft). Die Ergebnisse des (relativ) kleinen SOEP werden somit durch die deutlich umfangreichere Verdienststrukturerhebung bestätigt. Die mit der Verdienststrukturerhebung ermittelten Betroffenheitsanteile liegen bei 7,4% in den alten und 19,1% in den neuen Bundesländern, die mit dem SOEP ermittelten Anteile betragen 8,7% bzw. 18,3%. Das SOEP enthält aber auch Daten zu den Beschäftigten in Kleinstbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten. Berücksichtigt man auch diese, ergeben sich insgesamt deutlich höhere Anteile von Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro (15,4% bundesweit, 13,0% in den alten und 25,3% in den neuen Bundesländern).

In der öffentlichen Diskussion wurde auch immer wieder das Beispiel Großbritannien angeführt, wo 1999 ein Mindestlohn eingeführt wurde, der die Arbeitslosigkeit angeblich nicht erhöht hat (für eine Diskussion vgl. Stewart 2004). In der Debatte blieb bislang aber weitgehend unberücksichtigt, wie viele Beschäftigte in Großbritannien überhaupt vom Mindestlohn betroffen waren. Doch was würde der Verweis auf Großbritannien noch taugen, wenn der Anteil der vom Mindestlohn betroffenen Beschäftigten dort viel geringer gewesen wäre als in Deutschland? Während bei einer eher geringen Betroffenheit Betriebe möglicherweise Lohnerhöhungen noch verkraften können, sind bei hoher Betroffenheit Stellenabbau und Betriebsschließungen eher zu erwarten. In der Tat hatten zum Zeitpunkt der Einführung des Mindestlohns in Großbritannien nur 5,2% der über 18-jährigen Beschäftigten¹ Stundenentgelte unterhalb der Lohnuntergrenze. Dagegen ist der entsprechende Anteil der vom Mindestlohn Betroffenen in Deutschland mit 15% ungefähr dreimal so hoch wie in Großbritannien.

Die Lohnverteilung im Sozio-oekonomischen Panel

Die meisten Studien, die sich bisher mit der Frage beschäftigt haben, wie viele Arbeitnehmer in Deutschland von einem

* Die Autoren danken Steve Machin und Marcel Thum für wertvolle Kommentare sowie Julia Zimmermann für ihre Unterstützung bei der Erstellung dieses Beitrags.

¹ Bis 2004 gab es in Großbritannien keinen Mindestlohn für Beschäftigte unter 18 Jahren.

Mindestlohn betroffen wären, nutzen das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) als Datengrundlage. Diese Studien ermitteln im Allgemeinen relativ hohe Betroffenheitsraten bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro. Nach den eingangs erwähnten Studien (Brenke und Müller 2013; Schöb und Thum 2013) verdiente in den Jahren 2011/2012 ein Anteil von 17% der Arbeitnehmer einen Lohn unter 8,50 Euro (15% in den alten und 27% in den neuen Bundesländern). Auch andere Studien ermitteln auf Grundlage der im Jahr 2011 erhobenen Daten des SOEP Betroffenheitsanteile in ähnlicher Größenordnung. So bestimmt das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) einen Anteil von 20,5% aller Arbeitnehmer, die bundesweit weniger als 8,50 Euro verdienen (18% für Westdeutschland, 32,2% für Ostdeutschland; vgl. Kalina und Weinkopf 2013). Eine ähnliche Größenordnung weisen auch die Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) auf (19,2% bundesweit, 16,4% für Westdeutschland, 32,1% für Ostdeutschland; vgl. Heumer et al. 2013).

In diesem Beitrag wollen wir bestimmen, wie viele Arbeitnehmer bei Einführung eines Mindestlohns zum gegenwärtigen Zeitpunkt betroffen wären. Dazu nutzen wir Daten der neuesten Welle des SOEP, die im Jahr 2012 erhoben wurde, und schreiben die Lohnentwicklung auf das Jahr 2013 fort.² Wir beschränken uns in unserer Analyse auf abhängig Beschäftigte in Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügiger Beschäftigung. Auszubildende und Selbständige werden nicht berücksichtigt. In der 2012-Welle des SOEP finden sich damit Angaben von knapp 9 000 abhängig Beschäftigten.

Das SOEP enthält keine direkten Angaben zu Bruttostundenlöhnen. Stattdessen werden die befragten Personen gebeten anzugeben, wie viele Arbeitsstunden sie pro Woche vertraglich vereinbart haben und wie viele Stunden sie tatsächlich arbeiten. Außerdem werden sie nach der Zahl der im letzten Monat bezahlt oder unbezahlt geleisteten Überstunden befragt. Für unsere Studie sind wir am vertraglich vereinbarten Bruttostundenlohn interessiert. Diesen ermitteln wir, indem wir das erhaltene Bruttomonatseinkommen durch die tatsächlich entlohnten Arbeitsstunden (vertraglich vereinbarte Arbeitszeit zzgl. bezahlter Überstunden) dividieren. Da nicht alle Befragungspersonen alle notwendigen Fragen beantwortet haben, fehlen teilweise Informationen zu Monatslöhnen oder Arbeitsstunden. Das betrifft etwa 17% der relevanten Beobachtungen.³

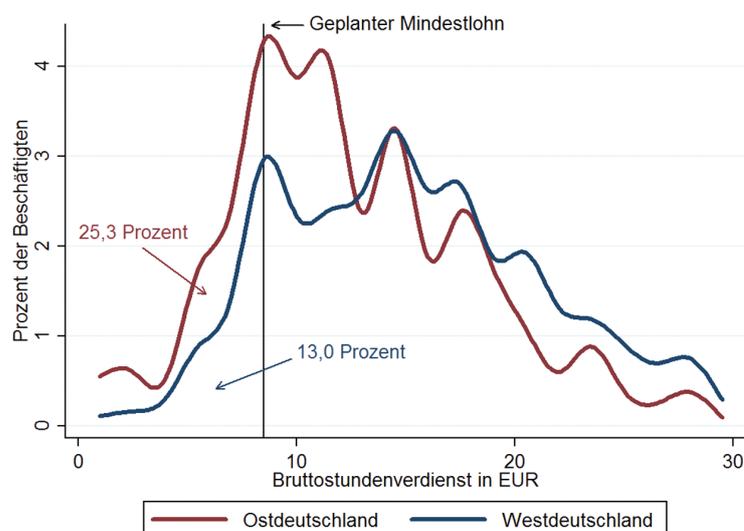
In Abbildung 1 stellen wir die nach dieser Methode aus dem SOEP ermittelte Verteilung der Bruttostundenlöhne, getrennt nach West- und Ostdeutschland, dar.⁴ In den alten Bundesländern finden wir einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn von 16,70 Euro. Die neuen Bundesländer weisen insgesamt niedrigere Löhne als die alten Bundesländer auf. Der Durchschnittsstundenlohn liegt dort bei 13,32 Euro. Die ermittelte Lohnverteilung zeigt, wie groß der Anteil der Beschäftigten ist, die momentan einen Bruttostundenlohn unterhalb der Grenze von 8,50 Euro verdienen. In den alten Bundesländern betrifft das insgesamt 13,0% der Beschäftigten, in den neuen Ländern sind es 25,3%. Diese Anteile sind etwas kleiner als die in den oben zitierten Studien angegebenen. Hauptverantwortlich dafür sind zwei Gründe. Zum einen nutzen wir Daten des Jahres 2012 und schreiben die Löhne bis zum Jahr 2013 fort. Aufgrund des durchschnittlichen Lohnwachstums ergeben sich damit geringere Beschäftigungsanteile unter 8,50 Euro. Zum anderen berechnen einige der oben genannten Studien die Stundenlöhne auf Basis der tatsächlich geleisteten Stunden (inkl. unbezahlter Überstunden), wohingegen wir nur die bezahlten Ar-

Fortsetzung Fußnote 3:

unterschiedlich stark auftreten, nehmen wir an, dass die Beobachtungen mit vollständigen Informationen repräsentativ für alle Beschäftigten der jeweiligen Gruppe sind. Wir passen dann die individuellen Hochrechnungsfaktoren so an, dass die hochgerechnete Gesamtzahl der in jeder der drei Gruppen beobachteten Personen der tatsächlichen Beschäftigtenzahl (nach Angaben des Statistischen Bundesamts) entspricht.

⁴ Im SOEP wird für Berlin zwischen dem ehemaligen West- und Ostteil unterschieden. In unserer Analyse wird der Westteil den alten und der Ostteil den neuen Bundesländern zugerechnet.

Abb. 1
Die Bruttostundenlohnverteilung in Ost- und Westdeutschland auf Basis der SOEP-Daten



Anmerkungen: Bruttostundenlohnverteilung in Ostdeutschland (rote Kurve) und Westdeutschland (blaue Kurve) auf Basis der SOEP-Daten (ohne Auszubildende und Selbständige). Die Löhne wurden anhand der allgemeinen Nominallohnentwicklung auf das Jahr 2013 fortgeschrieben. Die vertikale Linie repräsentiert den geplanten Mindestlohn von 8,50 Euro. Die Fläche unterhalb der jeweiligen Kurven bis zur Mindestlohnlinie repräsentiert den kumulierten Anteil der Beschäftigten in Ost- bzw. Westdeutschland, die weniger als den Mindestlohn verdienen. In dieser Analyse wurde der Westteil Berlins den alten und der Ostteil Berlins den neuen Bundesländern zugerechnet.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis des SOEP 2012.

² Im Jahr 2012 betrug das Bruttostundenlohnwachstum 2,5% (vgl. Statistisches Bundesamt 2013).

³ Um zu berücksichtigen, dass diese Informationsausfälle in den drei Beschäftigtengruppen (Vollzeit, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung) möglicherweise

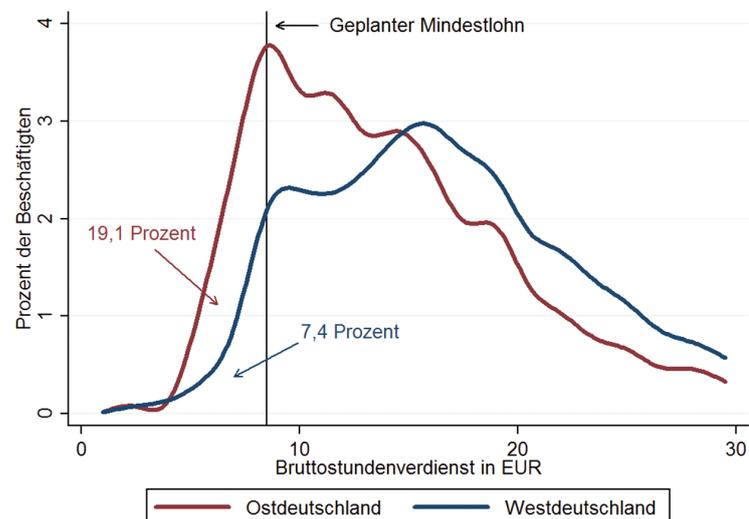
beitsstunden zugrunde legen. Dadurch ermitteln wir tendenziell etwas höhere Bruttostundenlöhne. Insgesamt zeigt sich aber, dass die Größenordnung der von uns bestimmten Betroffenheitsquoten sehr nah bei den Ergebnissen der anderen genannten Studien liegt.

Eine detailliertere Aufgliederung der Betroffenheitsanteile für unterschiedliche Beschäftigtengruppen zeigt, dass nur ein vergleichsweise geringer Teil der Vollzeitbeschäftigten vom Mindestlohn betroffen wäre (4,2% im Westen und 15,5% im Osten). Bei den Teilzeitbeschäftigten sind die Anteile schon deutlich höher (6,6% im Westen und 29,5% im Osten). Am höchsten sind die Betroffenheitsanteile allerdings bei den geringfügig Beschäftigten. In dieser Gruppe verdienen 66,8% in den alten und 83,6% in den neuen Bundesländern weniger als 8,50 Euro. Bei der Bestimmung dieser Anteile haben wir hinzuverdienende Rentner und Studenten nicht berücksichtigt. Wenn man diese beiden Gruppen betrachtet, dann zeigt sich bei den Rentnern ein Betroffenheitsanteil von 44,3% im Westen und 47,9% im Osten. Bei den Studenten finden wir etwas höhere Anteile (48,0% im Westen und 66,5% im Osten).

Verdienststrukturerhebung: Die Struktur der Arbeitsverdienste in Deutschland

Die detaillierten Angaben in der jüngsten Verdienststrukturerhebung aus dem Jahr 2010 ermöglichen es uns, den Bruttostundenlohn eines Beschäftigten für eine reguläre Arbeitsstunde exakt zu berechnen, wobei die Verdienststrukturerhebung nur Beschäftigte außerhalb der Land- und Forstwirtschaft und in Betrieben mit mindestens zehn Beschäftigten enthält. Der Bruttostundenlohn ergibt sich aus dem monatlichen Bruttoverdienst abzüglich eines möglichen zusätzlichen Entgeltes für Überstunden und Schicht-, Nacht-, Sonntags- sowie Feiertagsarbeit. Der daraus resultierende korrigierte Bruttomonatsverdienst wird durch die Anzahl der bezahlten monatlichen Arbeitsstunden ohne Überstunden geteilt. Abbildung 2 zeigt die für das Jahr 2013 fortgeschriebene Struktur des so errechneten Bruttostundenlohns für Ost- und Westdeutschland getrennt, wobei Berlin zu Westdeutschland gezählt wird. Auszubildende sowie Ferienarbeiter, Werksstudenten und Praktikanten sind von der Analyse ausgeschlossen. Der durchschnittliche Bruttolohn für eine reguläre Arbeitsstunde in Betrieben mit mindestens zehn Beschäftigten außerhalb der Land- und Forstwirtschaft liegt in Ostdeutschland mit

Abb. 2
Die Bruttostundenlohnverteilung in Ost- und Westdeutschland auf Basis der Verdienststrukturerhebung



Anmerkungen: Bruttostundenlohnverteilung in Ostdeutschland (rote Kurve) und Westdeutschland inkl. Berlin (blaue Kurve) in Betrieben mit mindestens zehn Beschäftigten außerhalb der Land- und Forstwirtschaft (ohne Auszubildende und Selbständige). Die Löhne wurden auf das Jahr 2013 fortgeschrieben. Die vertikale Linie repräsentiert den geplanten Mindestlohn von 8,50 Euro. Die Fläche unterhalb der jeweiligen Kurven bis zur Mindestlohnlänge repräsentiert den kumulierten Anteil der Beschäftigten in Ost- bzw. Westdeutschland, die weniger als den Mindestlohn verdienen.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010.

15,40 Euro im Jahr 2013 deutlich unter dem westdeutschen Niveau von 19,50 Euro.

Die vertikale Linie in Abbildung 2 repräsentiert den Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro. Unseren Berechnungen zufolge müssten bei heutiger Einführung des geplanten Mindestlohns 19,1% der Beschäftigten in Ostdeutschland und 7,4% der Beschäftigten in Westdeutschland in Betrieben mit mindestens zehn Beschäftigten außerhalb der Land- und Forstwirtschaft einen höheren Stundenlohn erhalten. Im bundesweiten Durchschnitt würde der Mindestlohn 9,0% der Beschäftigten oder ungefähr zwei der rund 24 Mill. Beschäftigten in Betrieben mit mindestens zehn Beschäftigten außerhalb der Land- und Forstwirtschaft betreffen.⁵

Löhne unterscheiden sich nach Region, Geschlecht, Alter, Ausbildung, aber auch nach Betriebsgröße und Branche. Ein undifferenzierter Mindestlohn würde sich also sehr unterschiedlich auf verschiedene Arbeitsverhältnisse auswirken. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland müssten vor allem die Löhne von weiblichen Beschäftigten, Teilzeitarbeitskräften, Beschäftigten ohne Berufsausbildung und jungen Beschäftigten angehoben werden. Besonders auffällig ist, dass bei den unter 18-Jährigen in Ostdeutschland fast neun von zehn Beschäftigten vom Mindestlohn betrof-

⁵ Eine vergleichbare Analyse haben bereits Ragnitz und Thum (2007) auf Basis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 vorgelegt. Das Statistische Bundesamt hat bei der Veröffentlichung der Daten der Verdienststrukturerhebung 2010 im Jahr 2012 ebenfalls bereits Berechnungen zum Mindestlohn angestellt (vgl. Statistisches Bundesamt 2012).

fen wären, in Westdeutschland wären es immerhin noch sieben von zehn. Außerdem müssten bei beinahe jedem dritten Teilzeitarbeitsplatz im Osten und jedem sechsten Teilzeitarbeitsplatz im Westen die Stundenlöhne angehoben werden. Bei den Beschäftigten ohne Berufsausbildung zeigt sich ein ähnliches Bild.

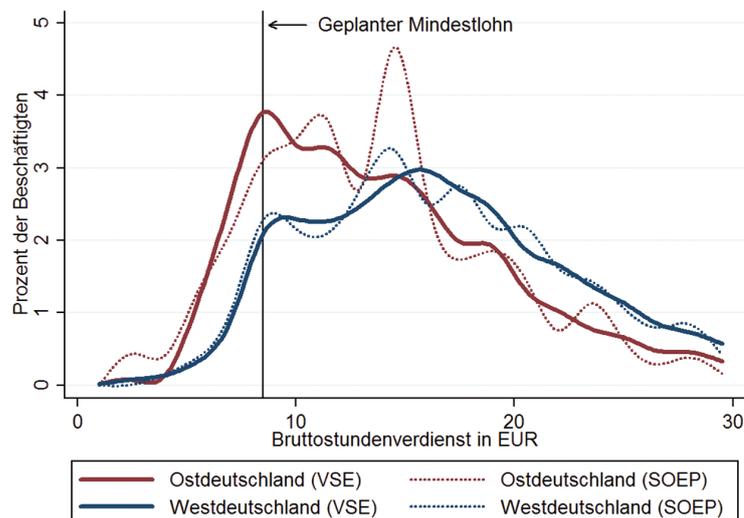
Darüber hinaus würde der Mindestlohn kleine Unternehmen stärker betreffen als ihre großen Konkurrenten. In Ostdeutschland (Westdeutschland) liegt der Stundenlohn in Kleinbetrieben mit zehn bis 49 Mitarbeitern bei 30% (11%) der Beschäftigten unter dem Mindestlohn. In großen Unternehmen mit mindestens 250 Mitarbeitern ist dagegen nicht einmal jeder zehnte Arbeitsplatz im Osten bzw. jeder 20. Arbeitsplatz im Westen betroffen. Hinsichtlich der Branchen müssten die Löhne insbesondere im Gastgewerbe (bundesweit: 40,3%) und in den »sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen«⁶ (bundesweit: 27,0%) infolge des Mindestlohns steigen.

SOEP und Verdienststrukturerhebung ergeben sehr ähnliches Bild

Die Lohnverteilungen und Anteile der vom geplanten Mindestlohn Betroffenen, die wir in den vorangegangenen Abschnitten aus dem SOEP und der Verdienststrukturerhebung ermittelt haben, weichen z.T. stark voneinander ab. Dafür gibt es verschiedene Ursachen. Zum einen gibt es kleinere methodische Unterschiede in der Erhebung der Lohnangaben in beiden Datenquellen. Zum Beispiel werden in der Verdienststrukturerhebung Überstundenzuschläge separat angegeben, so dass es möglich ist, die Bruttostundenlöhne für reguläre Arbeitsstunden zu ermitteln, wohingegen diese Bereinigung der Stundenlöhne im SOEP nicht möglich ist. Auch wird in der Verdienststrukturerhebung bei geringfügig Beschäftigten die vom Arbeitgeber pauschal abgeführte Lohnsteuer als Teil des Bruttolohns behandelt, im SOEP dagegen nicht. Da das SOEP eine freiwillige Bevölkerungsbefragung ist, leidet es stärker unter fehlenden, oder möglicherweise sogar falschen Einkommensangaben. Diese Unterschiede sollten sich aber nur in geringem Maße auf die ermittelten Lohnverteilungen auswirken.

Deutlich stärkeren Einfluss haben die unterschiedlichen Abgrenzungen der Grundgesamtheiten, die von den zwei Stu-

Abb. 3
Die Bruttostundenlohnverteilung in Ost- und Westdeutschland: Vergleich zwischen Verdienststrukturerhebung (VSE) und SOEP



Anmerkungen: Bruttostundenlohnverteilung in Ostdeutschland (rote Kurven) und Westdeutschland (blaue Kurven) von Beschäftigten in Betrieben mit mindestens zehn Beschäftigten außerhalb der Land- und Forstwirtschaft. Die Löhne aus dem SOEP (gepunktete Linien) und der Verdienststrukturerhebung (durchgezogene Linien) wurden auf das Jahr 2013 fortgeschrieben. Die vertikale Linie repräsentiert den geplanten Mindestlohn von 8,50 Euro.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis des SOEP 2012 und der Verdienststrukturerhebung 2010.

dien erfasst werden. Während das SOEP repräsentativ für alle Personen in Deutschland sein soll und somit alle Arbeitnehmer erfasst, beschränkt sich die Verdienststrukturerhebung auf Betriebe mit mindestens zehn Beschäftigten und schließt die Land- und Forstwirtschaft aus. Um zu ermitteln, wie stark sich die durch SOEP und Verdienststrukturerhebung beschriebenen Lohnverteilungen tatsächlich unterscheiden, betrachten wir im SOEP nur die zur Grundgesamtheit der Verdienststrukturerhebung korrespondierende Teilgruppe der Arbeitnehmer, die nach eigenen Angaben in Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten arbeiten und außerhalb der Landwirtschaft tätig sind. Abbildung 3 zeigt die Lohnverteilung im SOEP für diese Gruppe.

Auch wenn die Lohnverteilungen aus SOEP und Verdienststrukturerhebung nicht vollkommen deckungsgleich sind, ergeben sich keine substantiellen Unterschiede zwischen beiden Datenquellen. Das zeigt sich auch bei der Bestimmung der Betroffenheitsanteile. Wenn man im SOEP nur Arbeitnehmer betrachtet, die in Betrieben mit mehr als zehn Mitarbeitern außerhalb der Landwirtschaft tätig sind, dann verdienen davon in den alten Bundesländern 8,7% und in den neuen Bundesländern 18,3% weniger als 8,50 Euro. Diese Werte liegen sehr dicht bei denen, die wir mit der Verdienststrukturerhebung ermittelt haben. In den Kleinbetrieben mit bis zu zehn Mitarbeitern sind hingegen deutlich mehr Arbeitnehmer betroffen (24,9% in Westdeutschland und 37,7% in Ostdeutschland).

Problematisch könnte die genaue Abgrenzung des eigenen Betriebs in subjektiven Arbeitnehmerbefragungen sein. Im

⁶ »Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen« umfassen u.a. die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Wach- und Sicherheitsdienste und Gebäudebetreuung.

SOEP wird dazu zum einen nach der Beschäftigtenzahl der Betriebsstätte als auch nach der des Gesamtunternehmens, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, gefragt. Wenn man die Betroffenheitsmaße nicht nach der Betriebs-, sondern nach der Unternehmensgröße trennt, ergeben sich zwar leicht höhere Betroffenheitswerte für Arbeitnehmer, die in Unternehmen mit einer Gesamtbeschäftigung von mehr als zehn Mitarbeitern arbeiten (10,0% in Westdeutschland und 20,9% in Ostdeutschland). Diese Zahlen sind aber immer noch vergleichsweise dicht an denen der Verdienststrukturerhebung.

Insgesamt zeigt dieser Vergleich, dass SOEP und Verdienststrukturerhebung ein sehr ähnliches Bild der Lohnverteilung zeichnen, wenn man sich auf Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft beschränkt. Das SOEP erlaubt aber zusätzlich die Betrachtung der Kleinbetriebe, in denen im Durchschnitt deutlich niedrigere Löhne gezahlt werden. Dadurch ergeben sich in der Gesamtbetrachtung entsprechend höhere Betroffenheitsquoten im SOEP als in der Verdienststrukturerhebung. Auch wenn die Lohnverteilungen im SOEP etwas »unruhiger« verlaufen als in der Verdienststrukturerhebung, was insbesondere auf die geringere Anzahl an Beobachtungen im SOEP zurückzuführen sein dürfte, kommen beide Datenquellen für sehr ähnliche Stichproben auch zu vergleichbaren Ergebnissen. Daher gehen wir davon aus, dass die im SOEP für alle Beschäftigten geschätzte Betroffenheit vom Mindestlohn von ca. 15,4% auch tatsächlich die Gesamtbetroffenheit in Deutschland gut widerspiegelt.

Mindestlohn in Großbritannien deutlich niedriger

In der öffentlichen Diskussion um den Mindestlohn in Deutschland wird immer wieder ins Feld geführt, dass in anderen europäischen Ländern ebenfalls ein Mindestlohn existiert, ohne dass dies zu größeren Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt geführt hätte. Bei dieser Argumentation wird allerdings zumeist ignoriert, auf wie viele Arbeitnehmer sich die Einführung des Mindestlohns in den einzelnen Ländern ausgewirkt hat. Da die meisten europäischen Länder mit einem gesetzlichen Mindestlohn diesen bereits vor langer Zeit eingeführt haben – und sich die Lohnverteilung vor der Mindestlohneinführung daher nicht mehr ohne Weiteres nachvollziehen lässt –, konzentrieren wir uns auf Großbritannien. Hier wurde der Mindestlohn erst 1999 eingeführt. Im Folgenden gehen wir der Frage nach, ob durch die Einführung des geplanten Mindestlohns in Deutschland ein höherer Anteil der Beschäftigten betroffen wäre, als dies bei Einführung des Mindestlohns in Großbritannien der Fall war.

Der Mindestlohn in Großbritannien, welcher bereits durch den am 31. Juli 1998 verabschiedeten National Minimum Wage Act Gesetzeskraft erhielt, wurde am 1. April 1999 flä-

chendeckend eingeführt. Er belief sich zum Zeitpunkt der Einführung auf 3,60 Britische Pfund für Personen älter als 22 Jahre und auf 3,00 Britische Pfund für Personen zwischen 18 und 21 Jahren. Der Stundenlohn wurde in den darauf folgenden Jahren immer wieder leicht erhöht und seit Oktober 2004 auch auf Beschäftigte unter 18 Jahren erweitert. Die jeweilige Höhe und Abdeckung des Mindestlohns basiert auf den jährlichen Empfehlungen der Low Pay Commission (LPC), die 1997 als nicht-legislative Expertenkommission vom Premierminister eingesetzt wurde (vgl. Metcalf 1999). Die LPC besteht aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern sowie Wissenschaftlern. Zur Festlegung der anfänglichen Höhe des Mindestlohns führte die LPC im Vorfeld Interviews, Vor-Ort-Besuche und umfangreiche Analysen auf Basis der britischen Arbeitsmarktstatistiken durch.

Bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Großbritannien lag der Bruttostundenlohn von insgesamt 1,21 Mill. Beschäftigten über 18 Jahren unter dem Mindestlohn. Damit verdienten 5,2% der Beschäftigten über 18 Jahren weniger als den Mindestlohn (vgl. Milton 2004; Low Pay Commission 2005). Unsere Berechnungen zeigen, dass durch die sofortige Einführung des geplanten Mindestlohns in Deutschland ungefähr 15% der Beschäftigten über 18 Jahre betroffen wären. Der Anteil der Beschäftigten, deren Stundenentgelte durch einen gesetzlichen Mindestlohn angehoben werden müssten, wäre damit in Deutschland ungefähr dreimal so hoch wie in Großbritannien bei dortiger Einführung des Mindestlohns.

Zusammenfassung

Ziel dieses Beitrags ist es, mehr empirische Fakten in die weitgehend wertegeladene Debatte um die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland einzubringen. Daher haben wir bewusst auf eine Zusammenfassung oder Bewertung der umfassenden Literatur zu den Effekten von Mindestlöhnen verzichtet (vgl. hierzu z.B. Brown 1999; Neumark und Wascher 2008). Stattdessen nutzen wir zwei verschiedene Datensätze zur Struktur der Arbeitsverdienste in Deutschland – das Sozio-oekonomische Panel und die Verdienststrukturerhebung – um den Anteil der Beschäftigten zu ermitteln, die von dem im Koalitionsvertrag beschlossenen Mindestlohn betroffen wären, wenn er heute eingeführt würde.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass der Mindestlohn in Deutschland rund dreimal so viele Beschäftigte betreffen würde wie der britische Mindestlohn bei dessen Einführung. Außerdem ist zu erwarten, dass die flächendeckende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns gerade die Arbeitskosten in kleinen Betrieben erhöhen würde. Aus unserer Sicht ist es kaum vorstellbar, dass etwa Kleinbetriebe

in Ostdeutschland, in denen im Durchschnitt knapp 40% der Belegschaft weniger als den geplanten Mindestlohn verdienen, ohne Weiteres für diese Beschäftigten den Lohn anheben können. Ein möglicher Beschäftigungsabbau dürfte darüber hinaus insbesondere jüngere und weniger qualifizierte Mitarbeiter treffen.

Diese Probleme dürften allerdings dadurch etwas gemildert werden, dass im Koalitionsvertrag die nominale Fixierung des Mindestlohns auf 8,50 Euro beschlossen wurde. Infolge der zu erwartenden positiven allgemeinen Nominallohnentwicklung wird der Mindestlohn bei seiner vorgesehenen verbindlichen Einführung im Jahr 2017 wohl etwas weniger Beschäftigte betreffen als die von uns geschätzten 15%. Selbst bei einer optimistisch geschätzten Nominallohnerhöhung von 10% bis zum Jahr 2017 wären allerdings in Deutschland immer noch mehr als doppelt so viele Beschäftigte vom Mindestlohn betroffen wie in Großbritannien bei der dortigen Einführung des Mindestlohns.

Literatur

Brenke, K. und K.-U. Müller (2013), »Gesetzlicher Mindestlohn – kein verteilungspolitisches Allheilmittel«, *DIW-Wochenbericht* 39, 3–17.

Brown, C. (1999), »Minimum Wages, Employment, and the Distribution of Income«, in: O. Ashenfelter und D.E. Card (Hrsg.), *Handbook of Labor Economics*, Vol. 3, North-Holland, Amsterdam, 2101–2163.

Heumer, M., H. Lesch und C. Schröder (2013), »Mindestlöhne, Einkommensverteilung und Armutsrisiko«, *IW-Trends* 1, Köln.

Kalina, T. und C. Weinkopf (2013), »Niedriglohnbeschäftigung 2011. Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn«, *IAQ-Report* Nr. 1, Duisburg.

Low Pay Commission (2005), *National Minimum Wage – Report 2005*, The Stationery Office.

Metcalf, D. (1999), »The Low Pay Commission and the National Minimum Wage«, *The Economic Journal* 109(453), 46–66.

Milton, J. (2004), »Low Pay Estimates for 2004«, *Labour Market Trends* 112(481), 3.

Neumark, D. und W. Wascher (2008), *Minimum Wages*, MIT Press, Cambridge, MA.

Ragnitz, J. und M. Thum (2007), »Zur Einführung von Mindestlöhnen: empirische Relevanz des Niedriglohnsektors«, *ifo Dresden berichtet* 14(3), 36–39.

Schöb, R. und M. Thum (2013), »Ein Mindestlohn für Deutschland«, in: K. A. Konrad, R. Schöb, M. Thum und A. Weichenrieder (Hrsg.), *Die Zukunft der Wohlfahrtsgesellschaft – Festschrift für Hans-Werner Sinn*, Campus Verlag, Frankfurt, New York, 193–213.

Statistische Ämter der Länder (2013), »Scientific-Use-File zur Verdienststrukturerhebung 2010«.

Statistisches Bundesamt (2012), »11% der Beschäftigten verdienen 2010 weniger als 8,50 Euro je Stunde«, Pressemitteilung Nr. 258, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013), »Nominallohnindex«, online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/RealloehneNettoverdienste/Tabellen/Reallohnentwicklung.html>.

Stewart, M. (2004), »The Employment Effects of the National Minimum Wage«, *The Economic Journal* 114, C110–C116.

Kurz zum Klima: Der Weg des Benzins und das Raffineriesterben

Rund die Hälfte des Erdölbedarfs in Deutschland wird im Straßenverkehr verbraucht. Diese Ausgabe des »Kurz zum Klima« geht der Frage auf den Grund, wie das rohe Erdöl aus der Quelle in den Tank der Autofahrer in Deutschland kommt. Im Zuge der Analyse der Handelsströme von Mineralölprodukten ergeben sich gleichzeitig einige Gründe für die momentane Situation und Probleme deutscher und europäischer Raffinerien, auf die ebenfalls eingegangen wird.

Herkunft des deutschen Öls – von der Quelle in den Tank

Woher kommt das Rohöl, das in Deutschland verbraucht bzw. weiterverarbeitet wird? Wie geschieht die Weiterverarbeitung des Rohöls zu Mineralölprodukten, und wie verlaufen deren Handelsströme?

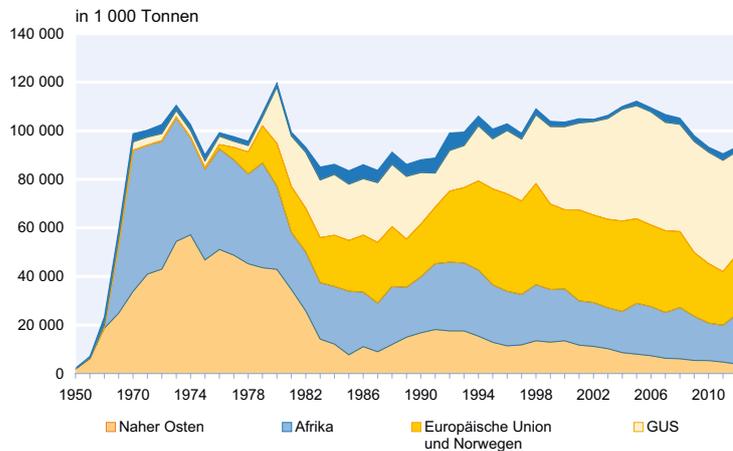
Abbildung 1 zeigt zum einen, wie viel Erdöl welches Land bzw. welche Region im Jahr 2012 gefördert hat, und zum andern die sechs größten Erdöllieferanten Deutschlands mit den jeweiligen Liefermengen.

Die weltweit größten Erdölförderer waren 2012 Saudi-Arabien (543 Mill. t), Russland (517) und die USA (386). Regional betrachtet liegt der Nahe Osten immer noch weit vorne und fördert mit ca. 1 310 Mill. Tonnen fast doppelt so viel

wie die Länder der ehemaligen Sowjetunion (662) und mehr als doppelt so viel wie Nordamerika (568). Verglichen damit ist die europäische Fördermenge gering: 2012 belief sie sich auf 166,4 Mill. Tonnen, wobei der größte Teil in Norwegen und Großbritannien gefördert wird. Im Gegensatz zu den Anteilen an der Weltrohölförderung ergibt sich für die Hauptlieferländer Deutschlands 2012 ein anderes Bild: Hauptlieferant war Russland mit einem Anteil von ca. 37%, gefolgt von Norwegen mit ca. 14% und Großbritannien mit rund 10%. Weitere wichtige Lieferländer waren Libyen, Kasachstan und Nigeria. Die Gesamtliefermenge des Nahen Ostens dagegen ist mit 4,0%, gemessen an der internationalen Bedeutung, bemerkenswert gering.

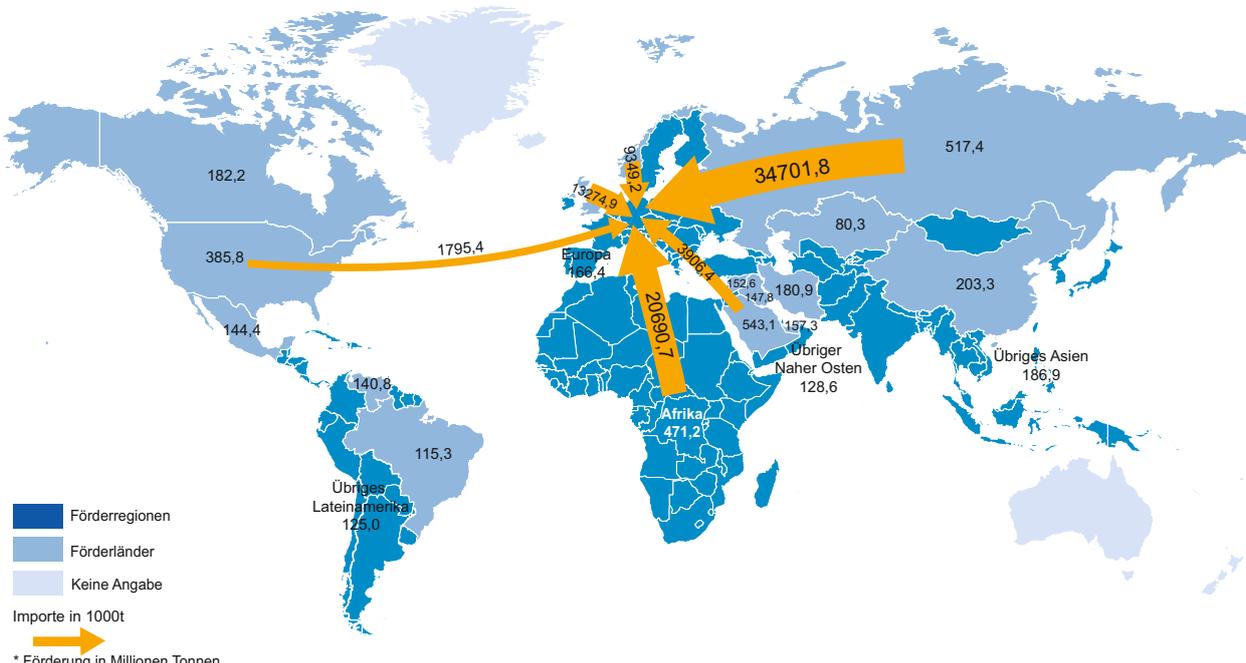
Abb. 2

Rohölvorsorgung Deutschlands nach Herkunft 1950–2012



Quelle: MWV (2013, S. 41).

Abb. 1
Weltrohölförderung und -lieferung nach Deutschland 2012*



Quelle: Darstellung der Autoren, Daten aus MWV (2013, S. 42, 75).

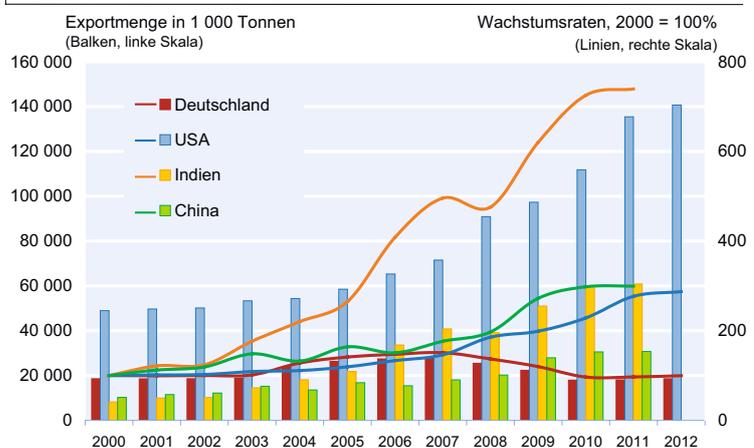
schen den Jahren 2000 und 2012 um 10% gesunken. Dass es sich tatsächlich um einen Nachfragerückgang handelt, wird bei einem Blick auf die Importe klar, die seit 2006 sogar noch stärker, um ca. 17%, gefallen sind. Insgesamt lastet Druck auf deutschen Raffinerien, denn es ist nicht gelungen, die fallende einheimische Nachfrage durch Exporte auszugleichen: Diese haben sich für Otto- und Dieselmotoren im gleichen Zeitraum fast halbiert und sind um 45% gefallen.

Die Gründe für den Nachfragerückgang sind verschiedener Natur. Zum einen ist der Mineralölverbrauch in Europa aufgrund wirtschaftlicher Stagnation und steigender Effizienz rückläufig. In Deutschland beispielsweise wurden 2012 verglichen mit 2004 rund 10 Mill. Tonnen weniger Mineralöl nachgefragt. Der Mineralölwirtschaftsverband (MWV) prognostiziert weiter, dass der Absatz von heute rund 103 Mill. Tonnen auf 91,8 Mill. Tonnen 2025 sinken wird, so dass ein Ende dieses Trends mittelfristig nicht in Sicht ist. Analog hierzu bewegt sich der Rest Europas. Insgesamt wurden, verglichen mit 2006, im Jahr 2012 13,5% weniger Mineralöl nachgefragt.

Die sinkende Nachfrage führte zu Unterauslastung der Raffinerien und damit zu Schließungen von Raffineriekapazitäten. Seit 2006 sind die Kapazitäten um 1,46 Mill. Tonnen zurückgegangen. Ende 2012 verfügten die deutschen Raffinerien über eine Gesamtkapazität¹ von 104,4 Mill. Tonnen. Allein im Jahr 2011 wurden 12% der Gesamtkapazitäten geschlossen. Vergleichbare Kapazitätsschließungen konnten zuletzt während des großen Raffineriesterbens in den 1980er Jahren beobachtet werden.

Überkapazitäten bedeuten niedrigere Margen, die zu Schließungen führen können. Konnten diese Überkapazitäten früher noch mit Exporten, vor allem in die Vereinigten Staaten, ausgeglichen werden, so ist dies heute schwieriger. Denn während die Kapazitäten der europäischen Raffinerien insgesamt seit 2006 um 6,8% zurückgegangen sind, haben die USA im gleichen Zeitraum rund 5% zugebaut. Ferner kommt weitere Konkurrenz für europäische und deutsche Raffinerien aus Asien: Im betrachteten Zeitraum 2006–2012 stiegen die Kapazitäten in Indien und China um 51,3% bzw. 41,4% (vgl. MWV 2013). Die chinesischen Ölproduktexporte haben sich seit 2000 fast verdreifacht, die indischen fast versiebenfacht (vgl. Abb. 5). In absoluten Zahlen ausgedrückt hat allein China seine Kapazität seit 2006 um 145 Mill. Tonnen erweitert, was ca. 40 Mill. Tonnen mehr als die gesamte Jahreska-

Abb. 5
Exporte von Mineralölprodukten



Quelle: IEA (2013).

pazität Deutschlands ist. Im indischen Jamnagar stellte der Reliance-Konzern 2012 die weltgrößte Raffinerie fertig. Dieses Werk besitzt eine Verarbeitungskapazität von 66 Mill. Tonnen Rohöl im Jahr (vgl. Manager Magazin 2010), von denen laut Frankfurter Allgemeine Zeitung (vgl. FAZ 2010) 40 Mill. in den Export gehen. Auch aus diesen Gründen kündigte der französische Konzern Total zuletzt im Juni 2013 wegen des konjunkturellen Schwächelns der Eurozone, geringen Gewinnmargen und nicht zufriedenstellender Auslastung Raffinerieschließungen an (vgl. Reuters 2013). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass für deutsche und europäische Raffinerien weiter Druck zur Anpassung besteht, aufgrund voraussichtlich weiterhin sinkender Nachfrage auf den Heimatmärkten sowie stärker werdender Konkurrenz durch neue Akteure auf dem Weltmarkt.

Literatur

FAZ – *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (2010), »Jamnagar – die größte Raffinerie der Welt«, online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/jamnagar-die-groesste-raffinerie-der-welt-1964932.html>, aufgerufen am 12. Dezember 2013.

IEA – International Energy Agency (2013), »World oil statistics«, *IEA Oil Information Statistics* (database), online verfügbar unter: 10.1787/data-00474-en, aufgerufen am 12. Dezember 2013.

Manager Magazin online (2010), »Deutsche Spritfabriken vor dem Aus«, verfügbar unter: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-709416.html>, aufgerufen am 12. Dezember 2013.

MWV – Mineralölwirtschaftsverband (2013), »Mineralölwirtschaftsverband Jahresbericht 2012«, Berlin.

Reuters (2013), »Ölmulti Total kündigt Raffinerie-Schließungen in Europa an«, verfügbar unter: <http://de.reuters.com/article/idDEBEE95200M20130603>, aufgerufen am 12. Dezember 2013.

¹ Raffineriekapazitäten werden angegeben in potenzieller Jahresproduktionsmenge, d.h. bei einer Auslastung von 100%.

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten hat sich das **Geschäftsklima** zu Beginn des vierten Quartals 2013 sichtlich eingetrübt (vgl. Abb. 1). Eine vergleichbar kräftige Verschlechterung im Verlauf eines einzigen Quartals gab es letztmals vor gut zehn Jahren. Der Abstand zum Spitzenwert vom Frühjahr vergrößerte sich damit weiter. Auch unter Berücksichtigung saisonaler Einflussfaktoren – zu Beginn des letzten Quartals eines Jahr verschlechterte sich das Klima im langjährigen Durchschnitt immer etwas – ist eine Abflachung der Klimawerte deutlich zu erkennen.

Die befragten Architekten waren zu Beginn des Berichtsquartals sichtlich unzufriedener als in den beiden vorangegangenen Quartalen. Der Anteil der Testteilnehmer, die ihre aktuelle Lage als »gut« bezeichneten, verringerte sich gegenüber dem Vorquartal um 5 Prozentpunkte auf 42%, und der Anteil der »schlecht«-Meldungen erhöhte sich von 16 auf 19%. Es überwogen somit weiterhin die positiven Urteile zur aktuellen **Geschäftslage** – obwohl die Urteile der Architekten offensichtlich deutlich zurückhaltender ausfielen.

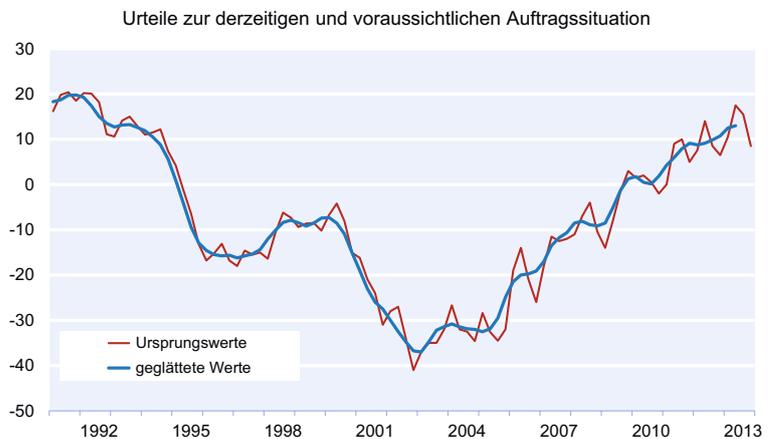
Die Architekten äußerten sich auch etwas vorsichtiger bezüglich ihrer **Geschäftsaussichten** in den nächsten sechs Monaten. So ging im Berichtsquartal zwar immer noch jeder achte Testteilnehmer (Vorquartal: 14%) von einer »eher günstigeren« Auftragsituation in etwa einem halben Jahr aus. Der Anteil der Architekten, die eine »eher ungünstigere« Entwicklung erwarteten, stieg gleichzeitig jedoch spürbar von 14 auf 19%.

Der Anteil der freischaffenden Architekten, die im Verlauf des dritten Quartals 2013 **neue Verträge** abschließen konnten, betrug 54% (zweites Quartal 2013: 55%; vgl. Abb. 2). Der langjährige Durchschnitt (50½%) wurde damit leicht übertroffen.

Das **geschätzte Bauvolumen** aus den neu abgeschlossenen Verträgen (Neubauten ohne Planungsleistungen im Bestand) lag im Durchschnitt aller Bundesländer im dritten Quartal 2013 rund 6% über dem Niveau des Vorquartals (vgl. Abb. 3). Dabei waren die Volumina im Wohnungsbau geringfügig

Abb. 1

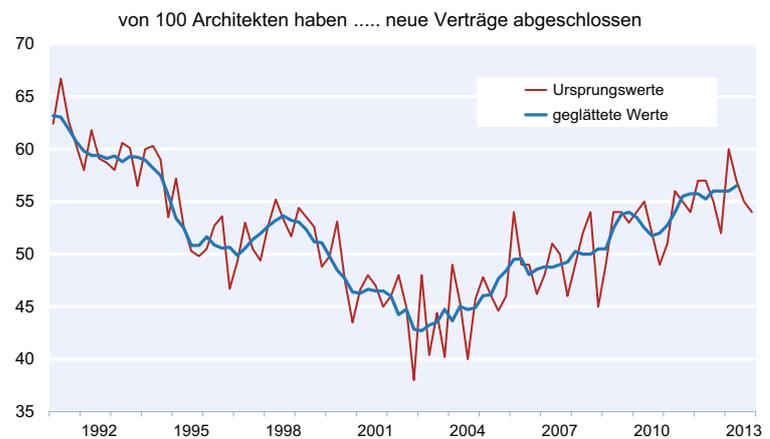
Geschäftsklima bei den freischaffenden Architekten



Quelle: ifo Architektenumfrage.

Abb. 2

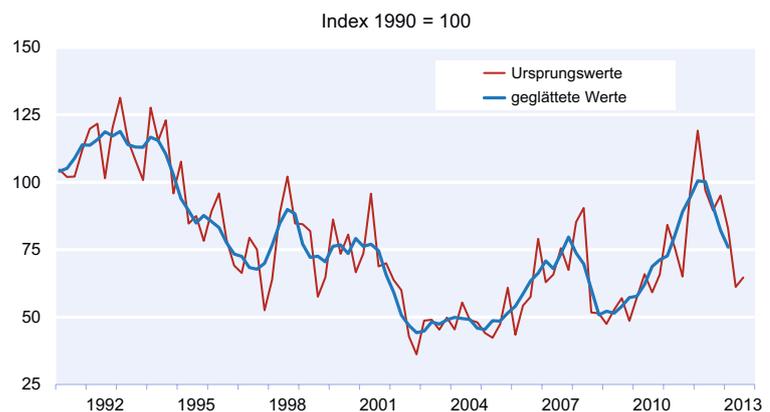
Vertragsabschlüsse der freischaffenden Architekten



Quelle: ifo Architektenumfrage.

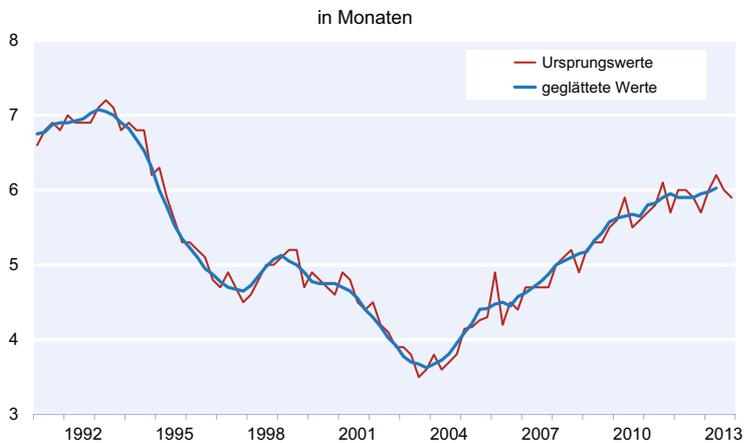
Abb. 3

Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten im Hochbau insgesamt (EUR)



Quelle : ifo Architektenumfrage.

Abb. 4
Auftragsbestände der freischaffenden Architekten



Quelle: ifo Architektenumfrage.

kleiner (– 4%), im Nichtwohnbau dagegen rund 18% größer als im Vorquartal.

Der Umfang der neu hereingenommenen Aufträge zur Planung von **Ein- und Zweifamilienhäusern** war im Berichtsquartal ähnlich hoch wie im zweiten Quartal 2013; er war damit auch nur etwas geringer als im Durchschnitt der letzten drei Jahre. Die Vergaben von Planungsleistungen zum Bau von **Mehrfamiliengebäuden** schrumpften erneut. Das Volumen erreichte nur noch gut die Hälfte des Spitzenwerts vom vierten Quartal 2012 und sank in etwa auf das Niveau, das bereits vor knapp zwei Jahren erreicht worden war.

Die von den Architekten akquirierten Planungsaufträge von **gewerblichen Auftraggebern** lagen im dritten Quartal 2013 zwar etwas über dem Niveau des Vorquartals. Die im Verlauf des Jahres 2012 hereingenommenen Aufträge waren im Durchschnitt jedoch fast doppelt so hoch. Im Bereich der **öffentlichen Auftraggeber** kam es nach drei rückläufigen Quartalen zu einer Gegenbewegung. Von dem dramatischen Einbruch um rund 75% in weniger als einem Jahr konnte jedoch nur ein kleiner Teil wieder wettgemacht werden.

Die Reichweite der **Auftragsbestände** schrumpfte lediglich leicht und erreichte zu Beginn des vierten Quartals 2013 rund 5,9 Monate (vgl. Abb. 4). Sieht man einmal von dem Ausreißer im ersten Quartal 2013 (6,2 Monate) ab, so halten sich die Auftragsreserven der Architekten bereits seit rund zweieinhalb Jahren auf einem beachtlichen Niveau von rund sechs Monaten. In Bayern übertrafen die durchschnittlichen Auftragsbestände sogar die Marke von acht Monaten.

ifo Dresden Studien

- 50 *Sächsischer Technologiebericht 2009.*
Von J. Ragnitz, H. Schmalholz, B. Ziegenbalg, B. Gehrke, U. Schasse. 426 S. 2010. € 15,-
- 51 *Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Fortschritte im Osten Deutschlands 1998–2008.*
Von J. Ragnitz, S. Scharfe, B. Schirwitz. 74 S. 2009. € 15,-
- 52 *Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Ausgabenstruktur künftiger Haushalte.*
Von J. Ragnitz, H. Seitz. 240 S. 2010. € 15,-
- 53 *Methodenexpertise zur Analyse der Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Wirtschaft im Land Brandenburg.*
Von J. Ragnitz, S. Arent, W. Nierhaus, B. Schirwitz, J. Steinbrecher, G. Vogt, B. Ziegenbalg. 117 S. 2010. € 15,-
- 54 *Wachstumsperspektiven und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen für Sachsen-Anhalt.*
Von J. Ragnitz, S. Arent, J. Steinbrecher, B. Ziegenbalg. 159 S. 2010. € 15,-
- 55 *Fiskalische Einsparpotenziale durch die Kreisstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern.*
Von J. Ragnitz, J. Steinbrecher, C. Thater. 60 S. 2010. € 15,-
- 56 *Öffentliche Abgaben als Belastungsfaktoren der Unternehmen – dargestellt am Beispiel der Region Leipzig.*
Von A. Montén, J. Ragnitz, Chr. Thater. 280 S. 2010. € 25,-
- 57 *Langfristige Prognose der Einnahmeentwicklung für den Landeshaushalt des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025.*
Von J. Steinbrecher, Chr. Thater, M. Thum. 60 S. 2010. € 15,-
- 58 *Haushaltskonsolidierung, Infrastruktur und Standortwettbewerb.*
Von A. Eck, J. Ragnitz, J. Steinbrecher, Chr. Thater. 114 S. 2011. € 15,-
- 59 *Wirtschaftliche Entwicklung Sachsens im Ländervergleich: Bestandsaufnahme und Perspektiven.*
Von S. Arent, A. Eck, O. Krohmer, R. Lehmann, W. Nagl, J. Ragnitz, M. Thum. 142 S. 2011. € 15,-
- 60 *Evaluierung des aktuellen Standes und der Potenziale der Industriellen Biotechnologie im Freistaat Sachsen.*
Von A. Ballin, K. Baum, J. Freitag. 246 S. 2011. € 20,-
- 61 *Einkommensentwicklung im Freistaat Sachsen.*
Von S. Arent, W. Nagl, J. Ragnitz. 122 S. 2011. € 15,-
- 62 *Finanzierungserfordernisse des sächsischen Handwerks: gegenwärtige Situation, Perspektiven und wirtschaftliche Implikationen.*
Von J. Ragnitz, J. Steinbrecher. 220 S. 2011. € 20,-
- 63 *Auswirkungen veränderter Transferzahlungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Länder.*
Von M. Kloß, R. Lehmann, J. Ragnitz, G. Untiedt, O. Fiala. 100 S. 2012. € 15,-
- 64 *Wachstum und Beschäftigung am Wirtschaftsstandort Dresden.*
Von J. Kluge, A. Montén, W. Nagl, B. Schirwitz, M. Thum. 60 S. 2012. € 15,-
- 65 *Wirtschaftliche Verflechtungen im Grenzraum Sachsen – Böhmen – Niederschlesien.*
Von R. Lehmann, J. Steinbrecher, M. Thum. 146 S. 2012. € 15,-
- 66 *Analyse der Selbstfinanzierungsquote von staatlichen Förderprogrammen.*
Von M. Kloß, O. Krohmer, J. Ragnitz. 134 S. 2012. € 15,-
- 67 *Evaluation der Zukunftsfestigkeit des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen.*
Von A. Eck, J. Ragnitz, J. Steinbrecher, Chr. Thater. 130 S. 2012. € 15,-
- 68 *Bildungsland Sachsen – Eine Zukunftsinvestition für Deutschland.*
Von S. Arent, W. Nagl, J. Ragnitz. 100 S. 2013. € 15,-
- 69 *Ausgestaltung eines neuen EFRE-Förderinstruments Innovationszulage.*
Von J. Kloos, O. Krohmer, Chr. Ochsner, J. Ragnitz, C. Rauch und M. Schulte. 60 S. 2013. € 15,-

Online-Informationendienste der CESifo Gruppe München



Der ifo Newsletter ist ein kostenloser Service des ifo Instituts und wird einmal im Monat per E-Mail verschickt. Er informiert Sie in deutscher Sprache über neue Forschungsergebnisse, wichtige Publikationen, ausgewählte Veranstaltungen, Personalien, Termine und vieles mehr aus dem ifo Institut.

Wenn Sie den ifo Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: newsletter@ifo.de.



CESifo veröffentlicht monatlich über 30 Working Papers mit den Forschungsergebnissen seines weltweiten akademischen Netzwerks. Der CESifo Newsletter präsentiert in englischer Sprache ausgewählte Papers in einem leicht verständlichen Stil mit dem Ziel, den wissenschaftlichen Output für ein breiteres Publikum zugänglich zu machen.

Wenn Sie den CESifo Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: saavedra@cesifo.de.

Möchten Sie zusätzlich unsere aktuellen Pressemitteilungen beziehen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: presseabteilung@ifo.de.

Sie können uns auch gerne ein Fax schicken an:

ifo Institut, Fax: (089) 9224-1267

Bitte nehmen Sie mich in den Verteiler auf für:

- ifo Newsletter CESifo Newsletter Pressemitteilungen

Name:
Institution:
Straße:
Ort:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

ifo Institut

im Internet:

<http://www.cesifo-group.de>

